



Thomas Müller:

Auch ein Weg der Finanzsanierung

Bayerisch Eisensteins Bürgermeister will künftig als Koch die Gemeindekasse aufbessern. Dabei setzt er auf spendenfreudige Gäste. **Seite 2**



Heinrich Trapp:

Auf Klick mehr Behörden-Durchblick

Das Landratsamt Dingolfing erweitert mit baynet.de seinen Internet-Auftritt. Für den Landrat bietet diese Lösung entscheidende Vorteile. **Seite 6**



Prof. Klaus Jamin:

Professionelle Klärung von Fachbegriffen

Bei der GZ-Zukunftswerkstatt in Garching wird der EDV-Experte dafür Sorge tragen, dass Technik nicht daran scheitern muss, dass sie keiner versteht. **Seite 7**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 5. Juni 2003

54. Jahrgang / Nummer 12

Bayerischer Städtetag:

Eine Geldspritze ist überfällig!

Bezirksversammlung Mittelfranken in Zirndorf

Bei der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags in Zirndorf forderte der Vorsitzende des Verbandes, Oberbürgermeister Josef Deimer, die Staatsregierung auf, sich zu einer Modernisierung der Gewerbesteuer zu bekennen. Während sich Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung im März bereits auf eine Erneuerung der Gewerbesteuer festgelegt habe und die SPD-Bundestagsfraktion in einem Eckpunktepapier im wesentlichen das Gewerbesteuermodell unterstütze, halte sich die CDU/CSU bedeckt.

In Deimers Augen kommt der bayerischen Stimme die Rolle des Züngleins an der Waage innerhalb der Unionsparteien zu. Deimer: „Wenn die Staatsregierung so kommunalfreundlich ist, wie sie gerne vorgibt, dann ist es

höchste Zeit, dass sie sich für das von kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagene Modell einer reformierten Gewerbesteuer ausspricht“. Der Vorsitzende warnte die unionsregierten Bun- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Bauindustrieverband:

Revitalisierung der Gewerbesteuer ist Sterbehilfe für die Wirtschaft

Dramatische Folgen für die Wirtschaft befürchtet der Geschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess, wenn es zu der von Städten und Gemeinden betriebenen Revitalisierung der Gewerbesteuer kommt.

Selbstverständlich bräuchten die Kommunen eine bessere und verlässliche Finanzausstattung - aber „auch wer aus der Not heraus Reformen fordert, muss an morgen denken.“ Die Forderung der Kommunen, die Steuerlast anzuhäufeln und künftig Zinsen, Leasingraten und Pachten der Unternehmen zu besteuern, führe genau in die falsche Richtung. Hess: „Damit reden die Kommunen einer neuen Substanzbesteuerung das Wort. Es ist absurd, das ein „Revitalisierungsmodell“ zu nennen. Heute müsste jedem klar sein: Substanzbesteuerung von Unternehmen bringt keine Wiederbelebung, sie ist schlicht Sterbehilfe.“

Kommunen dürfen sich nicht missbrauchen lassen

Hess fordert die Kommunen auf, sich nicht als verlängerter Arm verfehlter rot-grüner Steuerpolitik missbrauchen zu lassen. Es dürfe nicht geschehen, dass die mit dem Steuervergünsti-

gungsabbaugesetz im Bundesrat gescheiterte, als Mindeststeuer getarnte Substanzsteuer durch die Hintertür der Kommunalen Finanzreform fröhlich Wieder- auferstanding feiere. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Bürgermeister, die in Berching protestiert haben, über die negativen Auswirkungen informiert waren, die das Gewerbesteuermodell des deutschen Städtetages vor Ort bringt.

Wegen schwacher Eigenkapitalausstattung müssen mittelständische Unternehmen ihre Anlagen und Geräte häufig mieten oder leasen. Es sei, so Hess, nicht nachvollziehbar, wenn die dafür anfallenden Finanzierungskosten zusätzlich zum Unternehmensgewinn besteuert würden. Vorhersehbare Folge wären Insolvenzen, damit Verlust von Arbeitsplätzen, verschärfter wirtschaftlicher Niedergang und neue Steuerausfälle für die Kommunen. □



Etwa 5000 Repräsentanten bayerischer Kommunen waren der Aufforderung von Gemeindefinanzpräsident Dr. Uwe Brandl gefolgt und nach Berching zur Demonstration gekommen. Unter ihnen auch der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, OB Josef Deimer, und der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner. Foto: ...

Gemeindefinanzpräsident Brandl:

„Rettet die Kommunen!“

5000 Teilnehmer bei Bürgermeister-Demo in Berching

Eine imposante Kulisse für eine großangelegte Protestaktion lieferte kürzlich die oberpfälzische Stadt Berching: Etwa 5000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderatsmitglieder, Landräte, Rathausmitarbeiter und kommunale Ehrenamtliche aus ganz Bayern demonstrierten dort gegen die kommunale Finanznot. Auf Plakaten und Transparenten forderten sie die Bundesregierung auf, den Städten und Gemeinden mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Die Bayerische Staatsregierung wurde aufgefordert, ihr Wort zu halten und als „Ausfallbürge“ für den Bund einzustehen, wenn dieser zum 1. Januar 2004 die Gemeindefinanzreform nicht umsetzt. „Es ist bereits fünf nach zwölf. Wenn den Gemeinden nicht rasch geholfen wird, gehen sie endgültig vor die Hunde“, rief Gemeindefinanzpräsident Dr. Uwe Brandl den aufgebracht kommunalpolitikern zu.

Verlässliche Grundlage

„Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten für ihre Steuern entsprechende Leistungen der Gemeinden. Wir Bürgermeister fordern: Bund und Freistaat - gebt uns eine verlässliche Finanzgrundlage, damit wir wieder Dienstleistungen erbringen und öffentliche Aufträge vergeben können!“ Vom Bund verlangte Präsident

Brandl eine sofortige Senkung der Gewerbesteuermulde und das umgehende Aus von Steuer-Schlupflöchern für Großunternehmen, die keine Gewerbesteuer mehr zahlen.

Konnexitätsprinzip muss ins Grundgesetz

Außerdem müsse die Gemeindefinanzreform - wie vom Bundeskanzler versprochen - zum 1. Januar 2004 in Kraft treten und den Kommunen echte Entlastungen bringen. Und nicht zuletzt gehöre das Konnexitätsprinzip („Wer anschafft, zahlt“) im Grundgesetz verankert. Den Freistaat Bayern forderte Brandl auf, die genannten Forderungen an den Bund im Bundesrat tatkräftig zu unterstützen und die zugesagten Soforthilfen zu leisten. Innenminister Dr. Günther Beckstein überreichte er einen Forderungskatalog an die Bayerische Staatsregierung. Die Bundesregierung, die in Berching durch Abwesenheit glänzte, wird ebenfalls einen Forderungskatalog erhalten. Der kommunale Investitions- (Fortsetzung auf Seite 4)

aktuelle Update 2003

Behörde erneut in Garching

Am 2. Juli trifft sich die kommunale EDV-Szene im Garchinger Bürgerhaus. Die Bayerische Gemeindezeitung lädt gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu ihrer 7. Zukunftswerkstatt „Die virtuelle Behörde“.

Unsere Themen:

- **Behördenanwendungen**
Kameralistik versus kaufmännische Buchhaltung, digitale Signatur, Bürgerinformationssysteme, Haushaltsinterne Prozesse, Einsparpotenziale, Beschaffung
- **Internet/Intranet**
Bürger und Amt in Internet und Intranet, Dokumente und Formulare, Lebenslagen-Konzept, Marktplatz Bayern, Portale, Sicherheit
- **Geo-Informationssysteme**
Baugenehmigungsverfahren, digitale Flurkarte, Katasteramt, Geoprtale, Gewerbeflächenmanagement.
- **Netzwerke**

Bei der Verlosung wartet auf unsere Gäste eine besondere Überraschung! Wir freuen uns auf Ihr Kommen!



Not macht erfinderisch. So möchte Hoffnungsträgerin Claudia Elfer die Kommune in ein großes System des Tauschhandels einbeziehen. Für die Vorzimmerperle ist das, was früher vielleicht unter dem Sammelbegriff „Nachbarschaftshilfe“ gelaufen wäre, ein höchst genialer Schachzug. **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Sie kämpfen wieder! Im ganzen Freistaat sind neben Sportereignissen auch Historienspiele, Ritterturniere, Musikfestivals, Sommerkonzerte und andere Freilichtaufführungen in vollem Gang. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Die Spektakel bereiten Einheimischen und Feriengästen gleichermaßen Vergnügen und der Tourismus wird auch noch angekurbelt. Unsere Aufnahme entstand bei den Proben für das größte Ritterturnier der Welt, das Prinz Luitpold von Bayern auch dieses Jahr vom 4. bis 20. Juli auf Schloss Kaltenberg ausrichtet (vgl. S. 15). Foto: P. Ernstz

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Landtag beschließt Verfassungsänderung	2
Neue Schulden? Nein danke!	2
Vor dem Endspurt zur Finanzreform	2
Sozialhilfe darf kein Lückenbüßer sein	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber:	
Bewährungsprobe für duale Berufsausbildung	3
Museen haben Freunde	3
PPP für Kommunen	3
GZ-Fachthemen:	
EDV-Ausstattung für die Kommunalverwaltung	5 - 11
Kommunalfahrzeuge, Brand- und Katastrophenschutz	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Landtag beschließt Verfassungsänderung

Einstimmig für Konnexität, stärkere Betonung der Menschenwürde und Kinderrechte - Wählbar wird man künftig schon mit 18 Jahren

Dem Volksentscheid zur Verfassungsänderung am 21. September, dem Tag der Landtagswahl, steht nichts mehr im Weg. Einstimmig hat der Landtag mehrere Verfassungsänderungen beschlossen, darunter die Verankerung des Konnexitätsprinzips „Wer anschafft, muss auch zahlen“, die stärkere Betonung der Menschenwürde und des Schutzes der Kinder sowie die Herabsetzung des Wahlbarkeitsalters von 21 auf 18 Jahre. Vorangegangen war ein jahrelanges Tauziehen zwischen CSU und Opposition. Das Drängen der kommunalen Spitzenverbände und schließlich das von den Freien Wählern angekündigte Konnexitäts-Volksbegehren haben Staatsregierung und Regierungsfraktion zum Ja bewogen.

„Ich will nicht verhehlen,“ bekannte Innenminister Dr. Günther Beckstein bei der abschließenden Zweiten Gesetzeslesung im Plenum, „dass es am Anfang des Denkprozesses unterschiedliche Meinungen in der Staatsregierung gegeben hat.“ Nun werde Bayern das Land mit dem striktesten und umfangreichsten Konnexitätsprinzip. Die Bedenken gingen dahin, dass durch dieses Prinzip die Arbeit der einzelnen Ministerien komplizierter und teilweise bürokratischer würde.

Finanzieller Ausgleich

Die Komplexität wird am neuen Wortlaut des Artikels 83 der Verfassung erkennbar: „Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“

Dazu wird den kommunalen Spitzenverbänden ein Konsultationsverfahren mit der Staatsregierung kodifiziert. Ihr Anhörungsrecht im Landtag ist derzeit nur in der Geschäftsordnung des Parlaments verbrieft. Verfassungsgrundsatz wird auch das Recht des Landtags, von der Staatsregierung unterrichtet zu werden. Die Details hat der Landtag in der gleichen Sitzung gesetzlich festgelegt.

Angesichts der fast unbegrenzten Möglichkeiten in der Gen- und Embryonalforschung wird Artikel 100 der Landesver-

fassung dem Grundgesetzartikel 1 angeglichen. Statt „Die Würde der menschlichen Persönlichkeit ist in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege zu achten“, soll es künftig heißen: „Die

Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche

Kindern und Jugendlichen wird in den Artikeln 125 und 126 der Schutz vor Ausbeutung, sittlicher, geistiger und körperlicher Verwahrlosung und vor Miss-handlung gewährleistet. Das Wahlbarkeitsalter (das passive Wahlrecht), entspricht nun dem Volljährigkeitszeitpunkt und dem aktiven Wahlrecht.

Die Verhandlungsführer der drei Fraktionen hoben hervor, dass es auch um eine Stärkung

der Volksvertretung gehe. „Selbstbewusst, wie es ihm zukommt“, habe das Parlament gehandelt, betonte Peter Welnhofner (CSU). Harald Güller (SPD) und Ulrike Gote (Grüne) schlossen sich dem an. Kleine Spitzen richteten sie gegen die CSU, die zum Einlenken habe genötigt werden müssen. Auch bleibe abzuwarten, wie das Konnexitätsprinzip in die Praxis umgesetzt werde. Innenminister und CSU mahnten SPD und Grüne, nun auch beim Bund für das Konnexitätsprinzip zu sorgen. Schließlich beruhe der größere Teil der finanziellen Lasten der Kommunen auf Bundesgesetzen und Aufgabenübertragungen.

In namentlicher Abstimmung gaben alle 185 anwesenden Abgeordneten ihr Ja zur Verfassungsänderung. Notwendig sind Zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags, also 136 von 204. Beim Volksentscheid genügt die einfache Mehrheit der Abstimmenden. **rm**



Auch ein Weg der Finanzsanierung

Aufgrund der Finanznot seiner Gemeinde will Bürgermeister Thomas Müller künftig als Koch die Gemeindekasse aufbessern. Der 30-jährige Kommunalpolitiker aus Bayerisch Eisenstein, Landkreis Regen, hat sich vorgenommen, zwei bis drei Mal im Jahr gemeinsam mit prominenten Kochpartnern ein Menü zusammenzustellen und spendenfreudige Gäste einzuladen. „Ich möchte dabei mindestens so viel Geld einnehmen, wie ich der Gemeinde als ehrenamtlicher Bürgermeister koste“, erklärte der CSU-Politiker. Seine Einnahmen plant das Gemeindeoberhaupt dem Kindergarten, der Feuerwehr, örtlichen Museen oder Vereinen zukommen zu lassen. Bei etwa drei Veranstaltungen in diesem Jahr hofft der Bürgermeister rund 35.000 € einzunehmen. „Mein Menü soll kostenlos sein. Ich setze auf spendenfreudige Gäste“, erklärte Müller. Bei der Wahl seiner Kochzutaten will der Rathauschef regionale Produkte verwenden. Bis zum 21. Juni lässt sich der Hobbykoch noch Zeit, um zu trainieren. Dann will er gemeinsam mit dem Erbprinzen Karl Friedrich von Hohenzollern zum ersten Mal seine Kochkünste präsentieren. Müller hat bereits bayerische Politiker zu einem Fünf-Gänge-Menü in ein Gasthaus am Großen Arber geladen. Unser Bild zeigt Müller gemeinsam mit Profikoch Hans Schölling **DK**

mentierte Emma Kellner sinn- gemäß gleich. Durch einen Nachtragshaushalt würde das Sparkonzept auch für den Bürger transparent.

Schuldenabbauprogramm

Faltlhausers, von der Opposition beanstandetes Konzept sieht vor, dass mit der zusätzlichen Fünf-Prozent-Sperre 182 Millionen gespart werden. 223 Millionen € soll der Einzug von Ausgabenbesten bis zum Jahresende bringen; weitere 100 Millionen € werden aus noch verfügbaren Reserven zusammengekratzt. Wie es 2004 weitergeht, ist of-

fen. Faltlhauser kalkuliert derzeit 778 Millionen € Fehlbetrag. Genaueres werde sich aber erst nach der November-Steuerschätzung sagen lassen. Dann wird dem Landtag auch der für jeden Doppelhaushalt übliche Nachtrag zu dem im Dezember 2002 vorläufig beschlossenen Etat 2004 zugeleitet. An dem letztes Jahr beschlossenen Schulden-Abbauprogramm will der Finanzminister nichts ändern. Es sieht heuer Kreditemächtigungen von netto 350,7 Millionen € vor, 2004 sollen es 229,4 Millionen € sein, 2005 rund 112 Millionen € und 2006 dann 0,0. **rm**

Neue Schulden? Nein danke!

Bayern will das 505-Millionen-Loch im Etat durch Ausschöpfen von Reserven und höhere Ausgabensperre füllen - Opposition verlangt einen Nachtragshaushalt

Trotz weiter lammender Konjunktur und damit sinkender Steuereinnahmen bleibt die Staatsregierung dabei, den Etat ohne zusätzliche Neuverschuldung ausgeglichen zu halten; mit dem Ziel, ab 2006 überhaupt keine Kredite mehr aufnehmen zu müssen. Die nach der Mai-Steuerschätzung heuer zu erwartende Finanzierungslücke von 505 Millionen € im 35-Milliarden-Haushalt soll durch Ausschöpfen letzter Reserven aus besseren Zeiten und Sperre aller nicht rechtlich begründeten Ausgaben um 20% statt geplanten 15% - ausgenommen Schule, Bildung und innere Sicherheit - erreicht werden. Auch den Kommunen zugesagte Investitionshilfen können in einzelnen Fällen um ein bis zwei Jahre hinausgeschoben werden.

In diesem Sinn hat Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser im Haushaltsausschuss des Landtags einen Lagebericht gegeben. Die Opposition hatte ihn nach Bekanntgabe der Schätzung beantragt, verbunden mit der Forderung, dem Parlament einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Das lehnte der Minister mit Zustimmung der CSU-Fraktion ab. Vorsitzender Alois Glück und Haushaltsausschuss-vorsitzender Manfred Ach hatten an der Kabinettsitzung teilgenommen, in der das Sparkonzept in aller Eile beschlossen worden war.

Rechte des Parlaments versus Sache der Exekutive

Die Opposition war der Ansicht, hier gehe es um das Budgetrecht des Parlaments, auch dürfe nicht nach „Methode Rasenmäher“ gespart werden. Der Minister verwies darauf, dass es um den Haushaltsvollzug gehe;

und der sei immer Sache der Exekutive. Er habe alle Ministerien angewiesen, die zusätzlichen fünf Prozent nach eigenem Ermessen zu sperren bzw. Einsparungen vorzunehmen. Mit ihrer Forderung wollten SPD und Grüne „uns in die Nähe der Unzuverlässigkeit und Schlampelei der Bundesregierung rücken“. Würde Bayern den Berliner Weg von mehr Schulden gehen, „wäre das ein fatales Signal“.

Politische Verantwortung

Engelbert Kupka (CSU) sekundierte: „Ein Nachtragshaushalt heißt nur, die Dinge zu verschleiern.“ Im übrigen wäre ein Nachtragshaushalt vom Parlament gar nicht mehr zu beraten und zu verabschieden. Bis zu den Sommerferien blieben nur noch vier Sitzungswochen, praktisch die letzten dieser Legislaturperiode vor der Neuwahl am 21. September. Für die SPD räumten der stellvertretende Ausschussvorsitzende Johannes Strasser und Gerhard Hartmann zwar ein, es müsse gespart werden und in Berlin sei nicht alles nach Wunsch gelaufen, aber die politische Verantwortung des Parlaments müsse vor der Resor- tivverantwortung stehen; deshalb sei der Nachtragshaushalt notwendig. Für die Grünen argu-

Vor dem Endspurt zur Finanzreform

Staatsregierung bereitet Auffanglösung für die Kommunen vor - Opposition setzt auf rasche Entscheidung von Bundesregierung und Bundestag

Finanzielle Erleichterungen heuer und nächstes Jahr als bayerische Auffanglösung zugunsten der Kommunen, falls das Reformkonzept der Bundesregierung 2004 nicht wirksam werde, hat Innenminister Dr. Günther Beckstein im Landtag angekündigt. Zusätzlich werde über den Bundesrat versucht, auf die Berliner Entscheidung Einfluss zu nehmen. Dem Reformvorschlag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) erteilte der Innenminister eine „klare Absage“ zugunsten des von Städte- und Gemeindetag vorgelegten Modells, wobei über Einzelheiten noch zu verhandeln bleibe.

Einen Tag nach der Berchinger Demonstration von rund 5000 Kommunalpolitikern und -bediensteten, bei der auch Staatsregierung und Landtagsfraktionen vertreten waren, forderten CSU und Opposition im Plenum in einer von der SPD bestimmten Aktuelle Stunde Soforthilfen, wobei Regierungsfraktion und Staatsregierung die Versäumnisse des Bundes zum Ausgangspunkt ihrer Kritik und bayerischer Initiativen machten, während SPD und Grüne auf Berliner Gesetze im Herbst hoffen und dazu Hilfen für die Kommunen in Landes-Zuständigkeit beantragten.

Sofortprogramm

Beckstein verwies auf Bayerns an die Bundesregierung gerichtete 8-Punkte-Sofortprogramm, das im Bundesrat zu behandeln sein werde. Dadurch sollen heuer 2,0 Milliarden € und nächstes Jahr 3,4 Milliarden € zusätzlich in die deutschen Gemeindekassen fließen. Es geht um eine sofortige Senkung der Gewerbesteuerumlage und die Erhöhung des Umsatzsteueran-

teils der Gemeinden für ein Jahr von 2,2 auf 3,0 Prozentpunkte. Mindestens 1,4 Milliarden € sollen sie durch Einsparungen bei kostspieligen, durch Bundesgesetze auferlegten Leistungen in den Kassen behalten. Ihre Belastung durch die heuer eingeführte Grundsicherung sollte vom Bund ausgeglichen oder - besser noch - diese Art einer Mindestrente ohne vorherige Selbstbeteiligung des Empfängers wieder aufgehoben werden. Falls die Bundesregierung nicht schon für 2004 eine finanzielle Entlastung der Gemeinden zustandebringe, werde es eine bayerische Zwischenschaltung mit 100 bis 200 Millionen € geben.

Staatsregierung favorisiert Modell der Spitzenverbände

Sprecher der CSU, darunter der Kommunalausschussvorsitzende Dr. Herbert Kempfner, begrüßten, dass die Staatsregierung das Modell von Städte- und Gemeindetag „favorisiert“, und gaben die Gesamtverantwortung für die Not der Kommunen ebenfalls „eindeutig der Bundesregierung“.

Bayerische Bezirke:

Sozialhilfe darf kein Lückenbüßer sein!

Der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke befasste sich in Bad Gögging mit der Lage der Sozialpsychiatrischen Dienste im Freistaat. Das Gremium bedauerte, dass sich weder die gesetzlichen Krankenkassen noch das Sozialministerium an der Grundfinanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste im Sinne des Zweiten Bayerischen Psychiatrieplans beteiligen. In Gesprächen mit Sozialministerin Christa Stewens sowie den Krankenkassenverbänden war es zuvor nicht gelungen, einen für die Bezirke handhabbaren Konsens zu finden.

Die Krankenkassenverbände haben sich lediglich bereit erklärt, mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege eine Vereinbarung für die neue Leistung „ambulante Psychotherapie“ abzuschließen. Damit wird die Problematik der Grundfinanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste nach Auffassung des Verbandes der bayerischen Bezirke in keinsten Weise gelöst. Gleichwohl stehen diese zu den Sozialpsychiatrischen Diensten.

Nachdrücklich stellte der Hauptausschuss fest, dass die Sozialhilfe, insbesondere die Eingliederungshilfe, auf Dauer nicht als Lückenbüßer für strukturelle Defizite in der ambulanten-komplexen psychiatrischen Versorgung dienen dürfe. So wurde der Bundesgesetzgeber aufgefordert, vorrangig verpflichtete Leistungsträger und Rehabilitationsträger auch in die Verantwortung für chronisch psychisch Kranke einzubeziehen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kodmeir
86447 Todtenweis
am 16.6.

Bürgermeister Hans Lauberger
93093 Donaustauf
am 20.6.

Bürgermeister Horst Dunkel
877679 Trunkelsberg
am 20.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhold Sing
89426 Wittislingen
am 24.6.

Bürgermeister Rolf Zeitler
85716 Unterschleißheim
am 27.6.

Bürgermeister Franz-Xaver Wiesner
931661 Sinzing
am 29.6.

Bürgermeister Werner Brandhofer
94151 Mauth
am 30.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Wende
94255 Böbrach
am 26.6.

Bürgermeister Klaus Knies
95163 Weißenstadt
am 29.6.

Bürgermeister Martin Heiß
95135 Titting
am 30.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Jungf
82223 Eichenau
am 21.6.

Bürgermeister Josef Mühlbauer
93473 Arnschwang
am 25.6.

Bürgermeister Christian Wiesner
89358 Kammeltal
am 25.6.

Bürgermeister Arthur Arnold
97502 Euerbach
am 27.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Martini
95709 Tröstau
am 29.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhold Köhler
63868 Großwallstadt
am 18.6.

Internationaler Museumstag:

„Museen haben Freunde“

Weit über 200 Museen in Bayern mit Aktionen präsent

Am 18. Mai wurde weltweit zum 25. Mal der Internationale Museumstag, diesmal unter dem Motto „Museen haben Freunde“ („Museums and Friends“) begangen. Der Internationale Museumsrat (International Council of Museums, ICOM) hatte den Tag 1977 erstmals ausgerufen und seither jedes Jahr mit einem besonderen Schwerpunktthema versehen.

Es gibt viele Möglichkeiten, Freund eines Museum zu sein: als regelmäßiger Besucher, der sich zu einer ehrenamtlichen Mitarbeit entschließt; im Museums-Freundeskreis, der sich uneigennützig einem Museum zur Verfügung stellt; als Leih-

machen: Das Museum stellt sich, seine Sammlung, seine Mitarbeiter und seine Projekte vor, Freundeskreise berichten von ihrem Wirken, Förderern und Sponsoren wird für ihr Engagement gedankt. Alle zusammen können auf vielfältige Weise ei-

chäologen erzählten, wie man einem Haus „auf den Zahn fühlt“. Im Museum der Kommunikations- und Bürogeschichte in Bamberg wurden Bilddokumentationen sowohl über Satelliten und die Internationale Raumstation ISS als auch über den Büroarbeitsplatz im Wandel der Zeit von der Antike bis heute gezeigt. Ebenso sprach ein Experte über Codieren, Geheimschrift und Geheimdienst im 2. Weltkrieg. Im Eichstätter Diözesanmuseum wiederum fand eine Ausstellung mit dem Thema „Eichstätter Münzen im Wandel der Zeit“ regen Zuspruch. Höhepunkt waren Prägeaktionen einer Neuanfertigung einer Münze zum Jahre 2003 in Zusammenarbeit mit der Sparkasse Eichstätt.

Vielfältige Exponate, Bilder und Geschichten

Das Museum der Seefahrt in Geiselhöring, Landkreis Straubing-Bogen, wartete mit vielen Schiffsmodellen, Mini-Kanonen, echten Schiffsutensilien, Bildern und Geschichten auf. Letztere wurden von der Tochter eines ehemaligen Seefahrers erzählt. In Kipfenberg, Landkreis Eichstätt, stand „der erste echte Bayer“ mit einem bunten Markt rund um die Zeit des Frühmittelalters im Römer und Bajuwaren Museum im Mittelpunkt des Interesses. Präsentiert wurden altes Handwerk, Schaukämpfe, römisch-germanisches Essen und Trinken sowie kostenlose Museumsführungen. Bajuwaren, Germanen, Kelten, Langobarden und Römer zeigten ihr altes Handwerk und antike Handarbeiten. Abgerundet wurde der gelungene Tag mit römisch-germanischem Essen und Trinken und geselligem Beisammensein.

Kinderprogramm

Das Stadtmuseum Schwandorf wiederum zeigte eine Sonderausstellung zum Thema „Kaffeegenuss - Kaffeemühlen und ihre Geschichte“. Ein Museumscafé und eine „Kaffee-Quiz“ für Kinder rundeten das Programm ab. In Seebuck, Landkreis Traunstein, traten im Römermuseum Bedauium Mitglieder des Kulturhistorischen Vereins des Landkreises in kelti-

schen und römischen Gewändern auf. Zudem wurden Münzgießen, keltische Märchen und Spiele, Töpferei, Amulettgießen, Brotbacken, Preisrätsel, Kutschfahrten, Gulasch aus dem Kessel und Keltenbier angeboten. Im Nostalgie-Museum Wörth-Hofdorf, Landkreis Regensburg, fand schließlich eine

Sonderausstellung „Kopfbedeckungen“ mit Vorführungen - Spinnen, Klöppeln, Besenbinden und einer Druckerei in Betrieb - statt. Darüber hinaus konnten Kinder sich in der Kunst des Hufeisenwerfens üben. Anschließend wurden die Besucher im Nostalgie-Café ansprechend verköstigt. **DK**

MAI-Konferenz in Dachau:

Konsequenzen für den Wirtschaftsraum

Demografische Entwicklung in Südbayern / Zielkonflikte in der Arbeitswelt

Die erste Konferenz des Wirtschaftsraums Südbayern MAI in diesem Jahr in Dachau widmete sich dem Thema „Demografische Entwicklung in Südbayern - Konsequenzen für den Wirtschaftsraum“. Namhafte Experten präsentierten Trends, die sich auf Kommunen und Unternehmen auswirken, und schufen mit ihren Vorträgen die Basis für eine anregende Diskussion.

Nach den Aussagen von Dr. Reinhold Koch aus dem bayerischen Umweltministerium ist bei der Bevölkerungsentwicklung in Bayern mit einer Zunahme bis 2005/2010 und danach bis 2050 mit einem Rückgang auf 10 Millionen Einwohner zu rechnen. Der Wirtschaftsraum Südbayern weise die stärksten Bevölkerungszunahmen in ganz Bayern auf. Die Altersgruppe 75 bis 80 werde um 2040 die stärkste Altersgruppe darstellen.

Wanderungsgewinne

Die Wanderungsgewinne Bayerns gegenüber den anderen Bundesländern seien erheblich. Mittelfristig werde es keine deutliche Entlastung auf dem Arbeitsmarkt geben. Eine demographische Entlastung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern setze früher als in den alten

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>eMail: info@gemeindezeitung.de

geber, der großzügig durch Objekte die Sammlung eines Museums bereichert; als Förderer oder Sponsor, der - gerade in finanziell schwierigen Zeiten - ein Museum unterstützt; als Stifter und Mäzen, der komplette Sammlungen einem Museum und damit der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Freundschaft zum Museum zeigen aber auch Schulen und andere Institutionen, die vom Bildungsangebot der Museen profitieren.

Grundstein für neue Freundschaften

Der Internationale Museumstag bietet den Museen die Gelegenheit, all ihre Freunde einzuladen und miteinander bekannt zu

Hans-Joachim Wolff

PPP für Kommunen

Mit Wirtschaftlichkeit und Effizienz aus der Krise

Immer mehr Kommunen geht finanziell die Luft aus, die öffentliche Infrastruktur - Straßen, Rathäuser, Schulen, Sozial-, Sport- und Kultureinrichtungen - kommt unter die Räder. Dabei, so Dr. Jörg Christen, Ministerialrat im Rheinland-Pfälzischen Finanzministerium, „liegt die Chance, etwas für unsere aktuelle finanzielle Situation zu tun, auf der Straße.“

Auf Einladung des Bayerischen Bauindustrieverbandes berichtete Dr. Jörg Christen vor über 100 Vertretern bayerischer Kommunen und bauindustrieller Unternehmen über seine Erfahrungen als Koordinator verschiedener von Bund und Bauwirtschaft eingesetzter Gremien zur Entwicklung von PPP-Modellen - Public Privat Partnership - für öffentliche Hochbauvorhaben. An Beispielen aus Großbritannien, wo PPP bereits einen Marktanteil von 20 Prozent hat, belegte er eindrucksvolle Wirtschaftlichkeits- und Effizienzvorteile. Auch aus Deutschland lägen Zahlen vor, die Einsparungen von im Schnitt über 20 % gegenüber dem Bau und Betrieb öffentlicher Einrichtungen in staatlicher Regie annehmen lassen.

Ökonomische Zielvorgaben

Detlef Knop, Direktor bei Bilfinger Berger, ergänzte, durch Public Privat Partnership würden strenge wirtschaftliche Zielvorgaben erzwungen, was der bei öffentlichen Bauvorhaben häufigen Kostenexplosion nachweis-

nen interessanten, in vielen Ländern begangenen Tag unter Freunden im Museum erleben und damit den Grundstein für neue Freundschaften legen.

Koordinierte Aktionen

ICOM-Deutschland, der Deutsche Museumsbund und die Museumsämter und -verbände der Länder koordinierten mit Unterstützung der Kulturstiftungen der Sparkassen die Aktionen der Museen. Allein in Bayern bereiteten weit über 200 Museen unterschiedlichste Angebote und Aktionen vor.

So wurde im Heimatmuseum Adlhoeh-Haus in Altdorf bei Landshut ein altes Haus auf Herz und Nieren überprüft. Restauratoren, Bauernforscher und Ar-

GZ Kolumne Gerhard Weber

Liebe Leserinnen
und Leser!

Zu den Trümpfen, die der Standort Deutschland im weltweiten wirtschaftlichen Poker ohne Zweifel aufzuweisen hat, gehört unser duales Berufsausbildungssystem. Die sinnvolle Verzahnung der Ausbildung junger Leute in der betrieblichen Praxis einerseits und in der Berufsschule andererseits ist bis heute unübertroffen und wird von nicht wenigen Ländern nachgemacht. Die duale Ausbildung stellt eine sichere Grundlage dafür dar, dass in unserem Land auch in Zukunft der Wirtschaft hochqualifizierte Fachleute zur Verfügung stehen.

Der Freistaat Bayern und viele bayerische Städte und Landkreise investieren Jahr für Jahr sehr große Summen in eine hohe Qualität der beruflichen Schulen, insbesondere ihrer Ausstattung mit moderner Technologie und mit guten Lehrkräften. Die duale Ausbildung kann al-



auch in schwierigen Zeiten nicht einfach von ihrer Verpflichtung zur Ausbildung ihres eigenen Nachwuchses davon stehlen. Schließlich sind es ihre zu-künftigen Mitarbeiter, die sie heute ausbilden muss, damit sie morgen über qualifizierten Nachwuchs verfügt. Es ist deshalb mehr als kurzfristig, die Zahl der Ausbildungsstellen immer weiter zu reduzieren, weil damit die in einigen Jahren dringend benötigten gut ausgebildeten Arbeitskräfte nicht zur Verfü-

gung stehen. Während die kleineren und mittleren Betriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe ihrer Ausbildungspflicht noch einigermaßen nachkommen, haben sich viele große Industrie- und Dienstleistungs AGs aus einer angemessenen Ausbildung weitgehend verabschiedet. Auf Dauer können Staat und Gesellschaft aber nicht hinnehmen, dass der eine Teil der Wirtschaft mit erheblichem Aufwand ausreichend Nachwuchskräfte ausbildet, die der andere Teil der Wirtschaft dann bei Bedarf einfach abwirbt.

Und noch eines ist nicht akzeptabel: Es dürfen nicht immer noch mehr junge Leute in außerbetriebliche Berufsausbildungsstellen - Schulen, Lehrgänge, Ausbildungsmaßnahmen - abgedrängt werden, weil sie im dualen Ausbildungssystem keinen Platz finden. Auf diese Art und Weise wird Verantwortung von der Wirtschaft auf die öffentliche Hand verschoben, was aber die öffentliche Hand nicht leisten kann. Jeder Ausbildungswillige, dem ein angemessener Einstieg in sein Berufsleben verwehrt wird, stellt eine versumpte Chance für unsere Gesellschaft dar.

Auch die Städte und Landkreise, die in äußerst schwierigen finanziellen Zeiten unter großen Opfern gut für ihre Berufsschulen sorgen, können erwarten, dass die Wirtschaft ihren Teil zum Erhalt unseres bewährten dualen Berufsausbildungssystems beiträgt. Wer nicht will, dass der Staat immer noch mehr Aufgaben übernehmen muss und damit immer noch höhere Steuern und Abgaben erheben muss, der muss seine eigene Verantwortung wahrnehmen. Das duale Ausbildungssystem steht in einer entscheidenden Bewährungsprobe. Es liegt jetzt an der Wirtschaft, ob dieses hervorragende System auch in Zukunft bewahrt werden kann.

Gerhard Weber

Gerhard Weber

Bewährungsprobe für duale Berufsausbildung

lerdings nur dann funktionieren, wenn auch ihre zweite Säule, die Wirtschaft, ihren Verpflichtungen nachkommt. Doch gerade in diesem Bereich liegen zur Zeit besorgniserregende Zahlen auf dem Tisch. So ist in den alten Bundesländern die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen innerhalb von zwei Jahren um 59.000 auf 363.000 zurück gegangen (-15,94 %). Dabei erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Ausbildungssuchenden im selben Zeitraum noch leicht auf 410.000 (Stand jeweils April 2003). Das Verhältnis der Berufsausbildungsstellen je Bewerber verschlechterte sich von 1,03 auf 0,89 Stellen je Bewerber. In Bayern standen im April rund 42.000 noch nicht vermittelten Bewerbern nur 28.500 noch nicht besetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Damit setzt sich auch heuer ein negativer Trend fort, der schon seit einigen Jahren anhält.

Natürlich liegt ein Teil der Ursachen für diese Entwicklung in der schwachen Konjunktur, dem fast nicht vorhandenen Wirtschaftswachstum und dem Reformstau in unserem Land. Für diese Probleme ist die rot-grüne Bundesregierung zu einem erheblichen Teil mitverantwortlich. Aber die Wirtschaft darf sich trotz allem

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssten zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen und die vorhandenen altersadäquat gestaltet werden. Es sollte dabei aber auch speziell auf die Qualifikationen und besonderen Fähigkeiten Älterer eingegangen werden. Um die Arbeitsmarktchancen der „Älteren“ zu verbessern, müsse Vollbeschäftigung angestrebt werden. Es geht allerdings nicht nur darum, einen Arbeitsplatz zu haben, sondern auch darum, dort „in Ehren“ alt zu werden.

Neue Märkte durch angepasste Leistungen

In seinem Fachvortrag „Neue Märkte durch angepasste Dienstleistungen und Produkte: Verschlafft die Wirtschaft einen Millionenmarkt?“ stellte Emil Hofmann (Beratung, Schulung und Kommunikation) dar, wie Senioren ein immer lukrativeres Marktsegment mit großem Wertschöpfungspotenzial darstellen. Die Zurückhaltung der Wirtschaft beim Angebot adäquater Dienstleistungen und Produkte für alle Lebensbereiche dieser Zielgruppe sei völlig unverständlich. Die stiefmütterliche Behandlung dieses immer größer werdenden Marktsegmentes ziehe sich durch alle Unternehmensgrößen und Wirtschaftszweige.

Neue Technologien nutzen

Viele Dienstleister, z.B. Banken oder die Deutsche Bahn, setzten beim Kunden heute die Verfügbarkeit eines Online-Zu-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Eine Geldspritze ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)
desländer davor, im Bundesrat die Reform der Gemeindefinanzen zu verzögern oder sogar zu blockieren.

Warnung vor BDI-Modell

Gewarnt hat Deimer auch davor, auf das Steuermodell des Bundes der Deutschen Industrie (BDI) zu setzen. Dieser Vorschlag sieht vor, die Gewerbesteuer abzuschaffen und dafür ein kommunales Zuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer einzuführen. Für den Vorsitzenden des Städtetags wollen sich die Unternehmen damit aus der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur, die sie als Standortfaktor durchaus schätzen, total ausklinken. Die Einkommensteuerzahler wären die Leidtragenden, weil die Körperschaftsteuer derzeit ohnehin nur noch marginale Beiträge in die Kassen der Finanzämter spült. Im vergangenen Jahr waren es bundesweit nur noch rund 2 Milliarden € Deimer: „Es kann doch nicht sein, dass der Busfahrer und die Krankenschwester den Unterhalt der Kommune finanzieren, während dividendeträchtige Großkonzerne ihre Steuerschuld auf Null reduzieren. Mit einer solchen Gesetzgebung wird an den Grundfesten des Sozialstaates gerüttelt.“

Kommunale Betriebssteuer

Bedenken gegen das Hebesatzmodell der Industrie hat Deimer auch, weil damit einer weiteren Zersiedelung des Landes Vorschub geleistet werde. Die Städte, die hohe Leistungen für überörtliche Einrichtungen im Bildungs-, Sozial- und Verkehrsbereich erbringen müssen, wären gezwungen, ihre Bürger bei den Hebesätzen zur Kasse zu bitten. Bezieher höherer Einkommen dürften dann auf Sicht gesehen ins steuergünstige Umland ausweichen: „Damit ist die schlechende Auszehrung der Städte, die das Rückgrat dieses Landes bilden, programmiert.“

Um diese Entwicklung aufzuhalten, hat der Bayerische Städtetag ein Modell einer kommunalen Betriebssteuer vorgelegt. Kernpunkt des Vorschlages ist es, die tatsächliche Wertschöp-

fung vor Ort zu besteuern. Um dies zu erreichen, soll die sog. gewerbesteuerliche Organschaft - also das Verrechnen von Gewinnen und Verlusten innerhalb der Konzerne - aufgehoben werden. Ebenso sieht das Modell vor, die Verlustvorträge eines Unternehmens nach Zeit und Höhe zu begrenzen. Der Steuer unterworfen werden sollen auch ertragsunabhängige Bestandteile wie Mieten, Zinsen und Leasingraten.

Dank für Sofortprogramm

Ausdrücklich begrüßte Josef Deimer das Angebot von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, anlässlich der Tagung des Landkreistags in Bad Füssing den Kommunen mit einem Sofortprogramm zu helfen: „Wir brauchen unbedingt eine Geldspritze, wenn nicht die Lichter in den Städten ausgehen sollen.“ Für den Städtetagschef kommt es vor allem darauf an, dass den Kommunen im nächsten Jahr freie Mittel zum Ausgleich ihrer Verwaltungshaushalte zur Verfügung gestellt werden, damit sie nicht handlungsunfähig werden. Er wies darauf hin, dass schon heute eine Reihe von großen, mittleren und kleineren Städten ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen können und damit über keine genehmigten Haushalte mehr verfügen.

Die Bundesregierung forderte der Bayerische Städtetagsvorsit-

zende zum wiederholten Male auf, endlich als Sofortmaßnahme die Erhöhung der Gewerbesteuer-Umlage zum 1.1.2001 wieder zurückzunehmen. Deimer: „Diese Erhöhung war ein gewaltsamer Eingriff in die kommunalen Finanzen, der durch nichts gerechtfertigt war.“

Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Begrüßt hat Deimer indes die geplante Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem neuen Leistungsrecht für alle Arbeitslosen, die kein Arbeitslosengeld mehr erhalten. Die Kommunen erhoffen sich von dieser Maßnahme eine Entlastung in Milliardenhöhe. Im Schlussbericht der von der Gemeindefinanzreformkommission eingesetzten Arbeitsgruppe „Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe“ wird die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe unter dem Namen „Arbeitslosengeld II“ angekündigt. Heftig umstritten ist aber noch, ob für dieses neue Leistungsrecht künftig die Bundesanstalt für Arbeit oder gar die Kommunen selbst zuständig sein sollen. „Wir setzen darauf, dass sich der mehrheitliche Vorschlag der Arbeitsgruppe durchsetzt und das Leistungsrecht durch die Arbeitsverwaltung vollzogen wird“, erklärte der Vorsitzende.

Der Bundeskanzler hatte laut

Deimer zwar in seiner Regierungserklärung vom 14. März angekündigt, dass künftig die Bundesanstalt für Arbeit zuständig sei. Es gebe aber Stimmen dafür, die Kommunen für zuständig zu erklären. Unklar sei noch, welche Position die Bundesländer einnehmen. Deren Auffassung sei aber wichtig, da die Reformgesetze die Zustimmung des Bundesrats benötigen. Im Präsidiumsbeschluss von CDU und CSU vom 4. Mai 2003 werde zwar auch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gefordert; eine Aussage über die künftige Zuständigkeit fehle jedoch.

Gebrannte Kinder

Die Kommunen haben im Jahr 2001 bundesweit für 860.000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger rund 6,3 Milliarden € Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben. Die bayerischen Sozialhilfeträger, also die kreisfreien Städte und die Landkreise, schätzen das Entlastungsvolumen im Falle einer Zuständigkeit der Arbeitsverwaltung von 590 bis 750 Millionen € Dagegen würde eine Zuständigkeit der Kommunen für das neue Leistungsrecht in Bayern Mehrkosten für die Sozialhilfeträger zwischen 970 Millionen und 1,13 Milliarden € zur Folge haben. Deimer: „Wir sind gebrannte Kinder, was den Ausgleich für vom Bund übernommene Aufgaben betrifft. Daher können wir uns auf das Risiko einer kommunalen Zuständigkeit keinesfalls einlassen.“ DK

Konsequenzen für den ...

(Fortsetzung von Seite 3)
gangs und den sicheren Umgang mit neuen Technologien (z.B. Internet) voraus. Die junge Generation sei mit den modernen Medien aufgewachsen und habe hier einen eindeutigen Vorteil. Die Dienstleister sähen sich bisher nicht veranlasst, Senioren an Online-Transaktionen heranzuführen, ihnen den Zugang zu den neuen Systemen zu erleichtern und schmackhaft zu machen. Wer nicht über die technische Infrastruktur und das nötige Know-How verfüge, ist nach Auffassung der Anbieter offensichtlich selbst schuld.

Laut Hofmann gibt es viele weitere Bereiche, in denen sich Hersteller von Produkten und Dienstleistungen, aber auch der

Handel, auf die Zielgruppe der Senioren noch stärker einstellen müssten. Folgende Felder seien davon „betroffen“:

- Gerade der Konsumentkreis in der zweiten Lebenshälfte freut sich bei erklärungsbedürftigen, technischen Produkten über Bedienungsanleitungen, die auch ohne Fachwörterbuch und Ingenieursstudium zu verstehen sind.
- Ladengeschäfte sollten so eingerichtet und gestaltet sein, dass dort auch Kunden problemlos einkaufen können, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer physischen Kräfte sind (z.B. Sehkraft). Eine behindertengerechte Ausstattung sollte ohnehin selbstverständlich sein.
- Kundenbindung lässt sich ge-

rade bei Senioren durch Nachkaufmarketing erhöhen. Beispiel: Eine Apotheke meldet sich 4 Wochen vor Ablauf der Garantiezeit beim Kunden, ob das vor 11 Monaten erworbene Blutdruckmessgerät noch funktionsfähig ist.

Geldaktive Zielgruppe

Hofmann zufolge muss angezweifelt werden, dass die Wirtschaft das gewaltige Potenzial des Marktsegments „Senioren“ bereits erkannt hat. Nach wie vor seien vorwiegend junge, makellose Menschen Werbeträger von Produkten und Dienstleistungen. Mit Älteren werde fast nur für Produkte geworben, die sich ausdrücklich an diese Zielgruppe richten (z.B. Haftcreme für die Dritten oder Knoblauchkapseln). Hofmann: „Vergessen die Werbungtreibenden, dass es nicht die 20-Jährigen sind, die sich für 20.000 € eine Harley Davidson kaufen? Vergessen sie, dass Weltreisen und Kreuzfahrten boomen wie nie zuvor in der Geschichte?“ Auf diese Weise, so der Referent, würden Jahr für Jahr in der deutschen Wirtschaft Millionen an möglicher Wertschöpfung verschlafen. DK

Rathäuser bald ohne Beamte?

NRW-Regierungskommission empfiehlt Einheitsbeschäftigte im öffentlichen Dienst - Städtetag hält am Beamtentum fest

Gegensätzliche Empfehlungen zum Berufsbeamtentum haben der Deutsche Städtetag und die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingesetzte Expertenkommission zur Zukunft des öffentlichen Dienstes vorgelegt. Die Kommission hält den Beamtenstatus, u.a. in der Kommunalverwaltung, „weder für begründet, noch für gerechtfertigt“. Dagegen legt die Vertretung der Städte weiter auf Beamte in den Rathäusern Wert.

In NRW will man die herkömmliche Unterscheidung zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern zugunsten eines neuen „Einheitsangestellten“ aufzugeben. Dessen Bezahlung soll nicht mehr von Alter, Familienstand und Kinderzahl abhängen. Stattdessen empfiehlt die „Bull-Kommission“ eine fixe Basisvergütung und daneben variable leistungsbezogene Gehaltsbestandteile.

20 Forderungen zur Linderung der kommunalen Finanznot

Zehn Forderungen an die Bundesregierung:

1. Entlastung der Kommunen von der Flutopferhilfe
2. Aussetzung des Solidarbeitrags für 2003 und 2004
3. Soforthilfe für die Gemeinden zur Stützung der Verwaltungshaushalte
4. Auflage eines konjunkturfördernden Investitionsprogramms für die Kommunen
5. Aussetzung der Gewerbesteuerumlage für 2003 und 2004
6. Verstärkung des Gewerbesteueraufkommens
7. Stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer
8. Entlastung der Kommunen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
9. Abschluss der Gemeindefinanzreform bis zum 31. 12. 2003
10. Sofortige Einführung des Konnexitätsprinzips im Bund

Zehn Forderungen an die Bayerische Staatsregierung:

1. Erhöhung der Schlüsselzuweisungsmasse
2. Soforthilfeprogramm für bedürftige Gemeinden
3. Umsetzung des Konnexitätsprinzips und des Konsultationsverfahrens
4. Beachtung der Grundsätze der Konnexität im Jahr 2003
5. Lastenverschiebungen des Staates auf die Kommunen
6. Abbau von Standards
7. Schutz der bayerischen Kommunen vor Belastungen durch Bundesgesetze.
8. Forderungen im Umweltbereich
9. Erleichterungen im Vergabewesen
10. Unterstützung der an die Bundesregierung gerichteten Resolution. DK

Rettet die Kommunen!

(Fortsetzung von Seite 1)
bedarf wird immer größer. Geschätzte 50 Milliarden € könnten Bayerns Städte und Gemeinden in Schulen, Kindergärten, Straßen und sonstige Infrastrukturmaßnahmen investieren - wenn sie nur das Geld dazu hätten. Handwerk und Industrie entgegen auf diese Weise dringend notwendige Aufträge. Die vom Staat angebotenen verbilligten Kredite helfen den Kommunen nicht. Viele Gemeinden sind bereits so stark verschuldet, dass sie haushaltsrechtlich solche Kredite gar nicht annehmen dürfen.

Langjährige Forderung

Brandl verließ seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Abgeordneten des Bayerischen Landtags einstimmig die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Bayerischen Verfassung beschlossen haben. Damit sei ein für die Gemeinden kostspieliges Volksbegehren unnötig geworden. Mit der Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Bayerische Verfassung werde eine langjährige Forderung des Bayerischen Gemeindetags eingelöst. Brandl dankte den Freien Wählern ausdrücklich für ihre Initiative, die ganz wesentlich dazu beigetragen habe „eine Einigung der im Landtag vertretenen Parteien zu erreichen“.

Mit Blick auf Innenminister Beckstein meinte Brandl: „Ich danke Ihnen ausdrücklich für die weitreichenden Zusagen, die Sie den bayerischen Kommunen gemacht haben.“ Beckstein hatte versprochen, dass die Staatsregierung in der Diskussion um die

Belegung der Gewerbesteuer als wichtiger kommunaler Einnahmequelle nicht das von der Industrie bevorzugte Modell, sondern das von den kommunalen Spitzenverbänden verfolgte Modell einer revitalisierten Gewerbesteuer grundsätzlich unterstützen werde. Des Weiteren stellte er eine Erhöhung der Bedarfszuweisungsmasse in Aussicht und bekräftigte das Versprechen von Ministerpräsident Stoiber, dass der Freistaat als Ausfallbürge für den Fall einspringen werde, wenn die versprochene Gemeindefinanzreform nicht zum 1. Januar 2004 in Kraft tritt.

Zünglein an der Waage

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, forderte seinerseits Edmund Stoiber auf, sich zu einer Modernisierung der Gewerbesteuer zu bekennen. Während sich Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung im März bereits auf die Gewerbesteuer festgelegt habe und die SPD-Bundestagsfraktion in einem Eckpunktepapier im wesentlichen das Gewerbesteuermodell unterstütze, habe sich die CDU/CSU noch nicht festgelegt.

In Deimers Augen kommt der bayerischen Stimme die Rolle des Züngleins an der Waage innerhalb der Unionsparteien zu. Deimer: „Wenn die Bayerische Staatsregierung so kommunalfreundlich ist, wie sie gerne vorgibt, dann ist es höchste Zeit, dass sie sich für das von kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagene Modell einer reformierten Gewerbesteuer ausspricht.“ Deimer warnte die unionsregierten Bundesländer davor, im Bundesrat die Reform der Gemeindefinanzen zu verzögern oder sogar zu blockieren.

Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags, meinte, wenn die Kommunen kein Geld mehr hätten, werde auch ökonomisch die Spirale nach unten in Gang gesetzt: keine Investitionen, keine Aufträge für die Unternehmen, sinkende Umsätze, weiterhin sinkende Steuern, Abbau von Arbeitsplätzen, Entlassungen usw. Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebunds plädierte schließlich für eine Revitalisierung der ausgehöhlten Gewerbesteuer auf Bundesebene und die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz. DK

Der Maibaum auf dem Prüfstand

Erstmals bildet Versicherungskammer Bayern Mitarbeiter von Kommunen zu sachkundigen Holz-Experten aus

Majestätisch ziert er den Marktplatz und streckt sich in voller Pracht in den weiß-blauen Himmel. Er gilt als Symbol bayerischen Brauchtums schlechthin und ist der Stolz so mancher Gemeinde und ihrer Bürger. Die Rede ist vom Maibaum. Doch keine Medaille ohne Kehrseite. Denn die „Traditionsstangerl“ sind nicht ganz unkundig. Presseberichte dokumentieren ihr Risiko: „Maibaum stürzt auf Postauto“, „Aichacher Maibaum kräftig gestutzt“ und „Sturm drückt Maibaum nieder“ - so oder ähnlich lauten immer wieder die Schlagzeilen.

Grund genug für die Versicherungskammer Bayern das Thema „Sicherheit von Maibäumen“ aktiv anzugehen. Hierfür lädt sie in diesem Jahr zum ersten Mal zuständige Mitarbeiter von Kommunen zu dem Fachseminar „Holz prüfen“ ein (Termine

siehe Kasten). Ausführlich erklärt zunächst ein Versicherungsexperte die haftungsrechtliche Situation. Nach gerichtlichen Urteilen müssen Maibäume in regelmäßigen Abständen auf ihre Sicherheit überprüft werden: Vorgeschrieben sind jährliche Kontrollen, erstmals nach zwei Jahren durch Personen mit besonderer Sachkenntnis, die meist nur ein Sachverständiger hat; nach fünf Jahren ist der Maibaum grundsätzlich abzubauen.

Strafrechtliche Folgen

Aufgrund dieser Anforderungen kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Unsicherheiten und Fragen seitens der Gemeinden. Der Grund: Zwar besteht im Rahmen der Kommunalen Haftpflichtversicherung in fast allen Fällen - ausgeschlossen ist bei-

spielsweise der Vorsatz - Versicherungsschutz für Schäden durch den Maibaum. Wer aber fahrlässig mit der von der Rechtsprechung geforderten Sorgfaltspflicht umgeht, hat im Ernstfall strafrechtliche Folgen zu tragen.

Und genau das ist die Krux: Die Prüfung der Maibäume muss ein qualifizierter Holzfachmann (Sachverständiger) vornehmen. Solche Leute kosten aber Geld, was wiederum den Unmut der Gemeinden nach sich zog. Das nötige Rüstzeug, damit in Zukunft Mitarbeiter der Kommunen als geschulte sachkundige Fachmänner die Prüfungen in der Regel selbst vornehmen können, vermittelt in dem Fachseminar „Holz prüfen“ Professor Dr. Martin Illner. Als Professor der Fachhochschule Rosenheim, Fachgebiet Holzbau, und öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für baulichen Holzschutz, Holzschutzverfahren und Holzschäden macht er die Teilnehmer mit dem erforderlichen theoretischen Wissen rund um das Thema Holz vertraut und gibt ihnen gekonnt das praktische Know-how für die Umsetzung an die Hand. □

Termine

Die nächsten Termine für das Fachseminar „Holz prüfen“ finden statt am: 26. Juni in Deggendorf, 24. Juli in Rosenheim und am 29. Juli in München. Die Teilnahmegebühr für die eintägige Veranstaltung beträgt 150 € zzgl. MwSt. (inkl. Seminarunterlagen und Mittagimbiss). Kontakt: Tel. 089/2160-1920. □

Huber eröffnet BayernOnline-Kongress:

Bayern ist Trendsetter im eGovernment

Richtig eingesetzte IuK-Technologie ist eine Investition in die Zukunft

Bei der Eröffnung des Bayern-Online Kongresses in München warb Staatsminister Huber für einen breiten, zielgerichteten Einsatz der IuK-Technologie in allen Branchen und Lebensbereichen, vom privaten Haushalt über das Lernen, den Handel bis hin zur Verwaltung. „Richtig eingesetzte IuK-Technologie“, so Huber, „ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in die Zukunft. Wir haben die Möglichkeiten dieser Technologien erst ansatzweise ausgeschöpft. Mit verstärkten Investitionen in diese Technik kommt eine wichtige Branche wieder in Fahrt, die in Deutschland Arbeitsplätze und Steuereinnahmen produziert.“

Als „Zugpferde der Entwicklung in den nächsten Monaten und wahrscheinlich auch Jahren“ sieht Huber den Softwaresektor, breitbandige Datenkommunikationstechnologien wie Wireless-Lan-Technologie, Breitbandkabelnetze, UMTS und die Telekommunikationsdienstleistungen, die für den Betrieb dieser Breitbandnetze benötigt werden.

Drahtlose Kommunikation

„Für den privaten Nutzer“, so Huber, „ist im Moment die drahtlose Kommunikation besonders interessant. Hier liegt die Zukunft: Bluetooth für die drahtlose Verbindung innerhalb auch kleinster Netzwerke, UMTS für die neue Generation mobiler Datendienste, W-LAN für die breitbandige Vernetzung von PCs und zur Highspeed-Anbindung an Internet-Einwahlknoten.

„Die Vielzahl der auf dem Markt angebotenen Geräte und die Begeisterung bei der wichtigen Zielgruppe der 14 bis 35-Jährigen zeigt“, so Huber, „W-LAN ist ein absolutes In-Thema. Es gibt schon heute schöne Beispiele für gelungene W-LAN-Initiativen. Dazu zählen beispielsweise die Hotspots am Chinesischen Turm, im Münchner Flughafen oder in Hotels.“ Leistungsfähige und entsprechend abgesicherte W-LAN-Hotspots können nicht nur Privatpersonen, sondern auch Mitarbeiter in Unternehmen oder Behörden nutzen. Der derzeitige Standard in der W-Lan-Technologie erlaubt eine Reichweite von bis zu 300 Metern im Umkreis der Antenne. Diese modernste Technologie ist kostengünstig und wartungsfreundlich. Bei bereits bestehenden Gebäuden sind sie einer nachträglichen Verkabelung

schon aus Kostengründen deutlich überlegen.

W-LAN-Initiativen

Huber lud bei der Eröffnungsveranstaltung Firmenvertreter und Bürgernetz-Vereine dazu ein, Bayern auf dem drahtlosen Weg ins Internetzeitalter weiter nach vorne zu bringen. Huber:

Kostensenken und eGovernment in Einem!

Auf effizientes Formularmanagement und eGovernment hat sich die FJD AG spezialisiert. Mit ihrem neuen multiformat Formulareserver bringt die FJD beides unter einen Hut. Und das auch noch zu wesentlich günstigeren Kosten als der traditionelle Vordruckeinkauf. Bis zu 50% Kostenersparnis sind drin. In Zeiten angespannter Haushalte eine attraktive Leistung, besonders da der Umstieg problemlos in 24 Stunden vollzogen ist.

Aber elektronische Formulare bringen weitere Vorteile. So sind die Vordrucke inhaus und im Internet auf der Homepage der Gemeinde zwar lokal zu finden, tatsächlich kümmert sich FJD aber automatisch um die Aktualisierungen. Für die überlastete EDV in den Kommunen fällt keine Arbeit mehr an. Darüber hinaus bietet der ASP Dienst die Formulare nun auch in vier verschiedenen Formaten wie z.B. PDF und XML. Damit kann ein barrierefreier Zugang für alle Nutzer gewährt werden. FJD stellt den neuen Dienst auf den Garching GZ-Computertagen im Detail vor. Interessierte können aber schon jetzt einen Blick darauf werfen. So ist der Dienst bereits komplett im Virtuellen Marktplatz Bayern (www.baynet.de) integriert oder kann direkt unter www.formulareserver.de getestet werden. □

„Helfen Sie mit, Bayern zum W-LAN-Hotspot zu machen! Wir können damit eine neue Welle von Unternehmensgründungen

und technischer Weiterentwicklung auslösen.“

Vor einem Jahr hatte Staatsminister Huber auf dem BayernOnline Kongress die eGovernment-Initiative des Freistaats verkündet und gestartet. Huber: „Der Aufbau leistungsfähiger eGovernment-Strukturen aus einem Guss ist nach wie vor eines der ganz großen Projekte der Staatsregierung. Wir haben im letzten Jahr in einer in Deutschland einzigartigen Aktion weit über 1.300 Verwaltungsleistungen der bayerischen Staatsverwaltung erhoben und auf ihr Optimierungspotential und ihre Online-Fähigkeit untersucht. Über 50 Anwendungen sind schon heute online. Es besteht kein Zweifel: eGovernment wird zu den ent-



Das Alpen-Highlight in Garching:

Cruiser-Feeling pur!

Hauptgewinn bei der Zukunftswerkstatt „Die virtuelle Behörde“ am 2. Juli 2003

Einen sensationellen Hauptgewinn sponsert BMW-Motorradreisen für die GZ-Zukunftswerkstatt „Die virtuelle Behörde“ am 2. Juli 2003. Unter den Besucherinnen und Besuchern verlosen wir u. a. eine 3-tägige Motorradtour für zwei Personen. Die Gewinner erwartet ein tolles Programm.

Entspannt cruisen wir von München Richtung Alpen, Eibsee, vorbei an Oberammergau und Kloster Ettal. Die chromblitzenden Maschinen mit ihrem lässig-gemütlichen Sitzkomfort sorgen in unserer Gruppe augenblicklich für echtes Easy-Rider-Feeling: Andere Verkehrsteilnehmer blicken uns sehnsüchtig nach. Auch die Übernachtungen im 5-Sterne Hotel auf dem Seefelder Hochplateau stehen in puncto Luxus und Glanz unseren Maschinen in nichts nach. Am nächsten Tag schrauben wir uns den Jaufenpass hinauf und überwinden das Timmelsjoch - das auch als geheimes Tor zum Süden bekannt ist. Denn schon seit Jahrhunderten wurde dieser Weg von Schmugglern, Händlern und Bauern auf ihrem Weg ins Ötztal genutzt. Weder Schnelligkeit noch Etappenziele zählen, denn der Schlüssel zum Genuss liegt in der bekannten Weisheit: Der Weg ist das Ziel! Abends lassen wir uns von der vorzüglichen Küche unseres Hotels verwöhnen und genießen je nach Laune das Sport oder Wellnessprogramm. Der letzte Tag führt uns durch den Ochsengarten und das Kühtal nach Mittenwald und auf romantischen Wegen und Straßen wieder zurück nach München. Eine stressfreie Genießer-Tour, um ein wenig auszuspannen. □

München neigt sich Linux zu

München ist die erste deutsche Großstadt, in der die Stadtverwaltung in München auf Linux und ein Office-Paket aus der Open-Source-Szene setzt. Der endgültige Beschluss für das freie Betriebssystem fiel auf der jüngsten Stadtratsitzung. Der Umstieg der über 14.000 PCs und Notebooks mit über 16.000 Benutzern soll in einer „sanften Migration“ erfolgen.

Der Entscheidung der bayerischen Landeshauptstadt wird bundesweit eine gewisse Signal-

wirkung zugesprochen. Auch Microsoft-Chef Steve Ballmer machte der Stadt weitreichende Rabattangebote. „Wir sind uns voll darüber bewusst, dass unsere Entscheidung Signalwirkung hat. Deshalb haben wir uns intensiv mit der Materie auseinandergesetzt“, erklärte Stadträtin Christine Strobl, SPD-Sprecherin im zuständigen Personal- und Verwaltungsausschuss. Die beiden Angebote von Microsoft für Windows und IBM für Linux sind nach Darstellung der SPD praktisch gleichwertig. Schließlich gaben nach Darstellung Strobls langfristige strategische

Überlegungen den Ausschlag. Die Migration garantiere die größere Herstellerunabhängigkeit und mehr Flexibilität bei der künftigen Gestaltung der IT-Landschaft der Stadtverwaltung. Auch erhoffe man sich hochwertige neue Arbeitsplätze in München und der gesamten Region, zumal die Technische Universität das Projekt wissenschaftlich begleiten wird.

Auch die Grünen sehen die Entscheidung für Linux vor allem unter dem strategischen Gesichtspunkt. Daneben wollen sie aber auch offensichtlich die Marktstellung von Microsoft brechen. „Die Entscheidung des Münchner Stadtrats pro Linux wird eine Bresche in die monopolartige Stellung von Microsoft schlagen. Mit der Stadt München entschließt sich zum erstenmal eine große deutsche Kommune für Open-Source-Software“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Boris Schwarzat.

Poker um die Konditionen

Die CSU wollte um die besten Konditionen noch weiter pokern. „Wir hätten lieber bis zum Ende ausgelotet, was der Markt hergibt“, sagte Stadtrat Helmut Pfundstein vor der Presse. „Wir verschenken sonst eine unglaubliche Möglichkeit, noch mehr rauszuholen“. Seine Fraktion befürchtet überdies, dass eine Migration dieser Größenordnung einige Referate „an den Rand der Handlungsfähigkeit“, bringen werde.

Bis zum nächsten Frühjahr prüfen nunmehr EDV-Spezialisten, wie die Umstellung ablaufen soll. Zudem gibt es Überlegungen, einige Spezialanwendungen weiter auf Windows-Basis laufen zu lassen. Sollte sich Microsoft dazu entscheiden, seine Programme zu öffnen und zugänglich zu machen, kann der Weltmarktführer bei künftigen Ausschreibungen wieder im Boot sein. □

Unilog bei der „Virtuellen Behörde“

Der Gutachter der Landeshauptstadt München, Hans-Joachim Schmid, wird die Argumente der Unternehmensberatung Unilog Integrita „Linux versus Microsoft“ bei der Podiumsdiskussion der GZ-Zukunftswerkstatt am 2. Juli im Garching Bürgerhaus darstellen. □

Siemens und Microsoft arbeiten bei eGovernment zusammen

Eine enge strategische Partnerschaft haben jetzt Siemens Business Services (SBS) und Microsoft vereinbart. Die beiden Unternehmen werden gemeinsam eGovernment-Lösungen entwickeln und europaweit vermarkten. SBS sei führend bei öffentlichen Institutionen in Westeuropa und Microsoft vertreibe die am häufigsten verwendete Software in Behörden und Verwaltungen, hieß es vor der Presse.

Schwerpunkte der gemeinsamen Angebote soll die eGovernment Solution Suite von Siemens sein, eine Gesamtlösung für Online-Portale der öffentlichen Hand. Sie basiert auf einer zentralen Plattform mit .NET-Technologie von Microsoft und stellt die Verbindung zwischen den öffentlich zugänglichen Internetseiten und den Back-Office-Prozessen der öffentlichen Hand her. Sie wird als eine offene Architektur bezeichnet, in die beliebige bestehende Verfahren integriert werden können. So können Bürger über derartige Portale sämtliche Kontakte mit den Behörden abwickeln - von der Steuererklärung über Adressänderungen bis zur Anmeldung eines Fahrzeugs.

Durch die Partnerschaft hoffen die Unternehmen ihre Lösungen standardisieren, günstiger anbieten und schneller beim Kunden implementieren zu können. Sie werden künftig gemeinsame Angebote bei den Kunden abgeben. Die beiden Unternehmen wollen öffentlichen Auftraggebern nicht nur die Konzeption einer eGovernment-Strategie anbieten, sondern über das Design einer eGovernment-Architektur und Transaktionsplattform - inklusive Government Gateway, Portal, Call-Center-Lösung so wie Schulung der Mitarbeiter, auch den Betrieb der IT-Infrastruktur durchführen. JoHo

Informationssystem für alle

adKOMM KIM® für alle Fachämter, den Chef und alle Mitarbeiter

Die Erwartungen an die kommunalen Verwaltungen steigen von Jahr zu Jahr. Die Bürger wollen schnellen und guten Service bei Auskünften und Anträgen. In Gremien und Ausschüssen müssen zuverlässige, aktuelle Daten und Informationen präsentiert werden. Die Verwaltungsführung benötigt ebenso umfassende und aussagekräftige Auskünfte und Auswertungen für Entscheidungen und das sofort. Wie soll das alles ohne lange Suche und Aufbereitung der Daten bei einer immer größer werdenden Datenflut funktionieren? Also hier der Wunschgedanke - ein Informationssystem für die gesamte Verwaltung: alle vorhandenen Daten werden fach- und ämterübergreifend verknüpft und stehen über eine Benutzerverwaltung, welche den Zugriff regelt, der gesamten Verwaltung zur Verfügung.

Das Verwaltungsinformationssystem von KOB erfüllt diese Ansprüche voll und ganz. Entsprechend den Aufgaben in der Verwaltung gliedert es sich thematisch in vier Bereiche: GRIS - Grundstücksinformationssystem und PERSIS - Personeninformationssystem sowie FIS Finanzinformationssystem und EWIS

führung fach- und ämterübergreifend bereitgestellt

- stets aktuelle und breite Informationsbasis gegenüber Bürgern und Vorgesetzten
- Auswertungen und Statistiken sichern breites Wissen in allen Planungs- und Entscheidungsphasen
- der einfache und übersichtliche Zugang ermöglicht es ohne

genden Anforderungen gerecht und ist Vorbild für jede moderne Kommunalverwaltung.

Personeninformationssystem

Hier erhalten Sie Auskunft zu allen mit der Kommune in Verbindung stehenden Personen. Damit sind Einwohner und auch steuer- und abgabenpflichtige Flurstückseigentümer, Zweckverbände, Unternehmen oder übergeordnete Behörden eingeschlossen. Zu jeder Person können bei entsprechender Berechtigung alle vorhandenen Daten vom offenen Posten bis zu Bescheiden abgefragt werden.

Grundstücksinformationssystem

Grundlage bilden die Katasterdaten, insbesondere das Automatisierte Liegenschaftsbuch. Diese Daten sind voll integriert und mit den vorhandenen Daten z. B. aus dem Bauamt, Einwohnermeldeamt oder dem Steueramt verknüpft. Ausgangspunkt ist das Grundstück, zu diesem finden Sie dann übersichtlich aufbereitet verschiedene Angaben z. B.: Eigentümer, Lage, Nutzung, Gebäude, Miet- und Pachtverhältnisse, Steuern, Abgaben, Beiträge, Einwohner oder Inhalte von Bauanträgen.

Finanz- und Einwohnerinformationssystem

Schwerpunkt dieser beiden Programme ist das kommunale Berichtswesen mit Auswertungen, Statistiken und Kennzahlen für den jeweiligen Fachbereich. Aufbauend auf die Finanz- und Einwohnerdaten können vielfältige, individuell gestaltete Auswertungen erstellt werden. Durch die Kombination mit dem kommunalen DataWarehouse eröffnet sich ein im bisherigen Umfang nicht vorstellbares Spektrum an Analysemöglichkeiten. Auf der Basis der aktuellen und historischen Daten sind Tendenzen zu erkennen, Entwicklungen abzuschätzen und stehen Entscheidungshilfen für Ausschüsse und Gremien zur Verfügung.

Die KOB EDV - Systeme bietet als Hersteller eine breite Produktpalette für fast alle Aufgaben einer Kommune: vom Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen über das Einwohnermeldeprogramm bis zu vielfältigen Anwendungen für das Bauamt. Weitere Schwerpunkte auf der „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ werden das Neue Kommunale Finanzmanagement und das Geographische Informationssystem sein.

Neues Kommunales Finanzmanagement

Das alles bestimmende Thema in den Finanzabteilungen ist die Ministerentscheidung für das Optionsmodell: Erweiterte Kameralistik oder Kaufmännische Buchführung.

Die KOB EDV - Systeme, als Anbieter einer kommunalen Gesamtlösung, hat sich mit dieser Entscheidung und ihren Konsequenzen für die Praxis intensiv auseinandergesetzt. Das Ergebnis ist eine den neuen Bedürfnissen angepasste Finanzlösung

adKOMM® NKF (= Neues Kommunales Finanzmanagement).

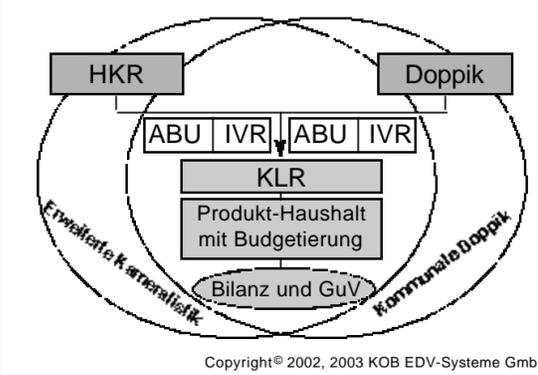
Basis von adKOMM® NKF ist die erweiterte Kameralistik und kaufmännische doppelte Buchführung. Dieses neue Rechnungswesen wird von den betriebswirtschaftlichen Instrumenten, wie z. B. Kosten- und Leistungsrechnung, Interne Leistungsverrechnung und kommunale Vermögensverwaltung ergänzt.

Das optimale Zusammenspiel der Elemente des Rechnungswesens ist eines der Hauptziele von adKOMM® NKF, wie die Abbildung zeigt. Das Rechnungswesen setzt sich aus dem externen Rechnungswesen (Rechnenschaftslegung für die Öffentlichkeit - HKR oder Doppik), internen Rechnungswesen (Kosten- und Leistungsrechnung - KLR und Budgetierung) und dem Controlling zusammen. Die finanzwirtschaftlichen Instrumente umfassen zum Beispiel ABU - Anlagenbuchhaltung, IVR - Interne Leistungsverrechnung, Bilanz und GuV.

Um Ihnen den Übergang zum neuen Rechnungswesen zu erleichtern, wurde adKOMM® NKF so konzipiert, dass es zunächst keine Veränderung im Buchungsstil gibt. Mit adKOMM® NKF erzeugen Sie Buchungen, also Einnahmen und Ausgaben wie bisher und erweitern diese automatisiert um Erträge und Aufwand. Mit dieser Lösung wurden die Instrumente des Neuen Steuerungsmodells so integriert, dass die Ziele zur Darstellung und dem Nachweis von Gesamtressourcenaufkommen und -verbrauch geschlossen abgebildet werden.

Die einzelnen Elemente von adKOMM® NKF stehen modular zur Verfügung. Sie wählen, welche Instrumente Sie wann nutzen wollen und bauen so Schritt für Schritt Ihr individuelles Neues Kommunales Finanzmanagement entsprechend

Neues Kommunales Finanzmanagement - NKF



Das optimale Zusammenspiel der Elemente des Rechnungswesens im adKOMM® NKF.

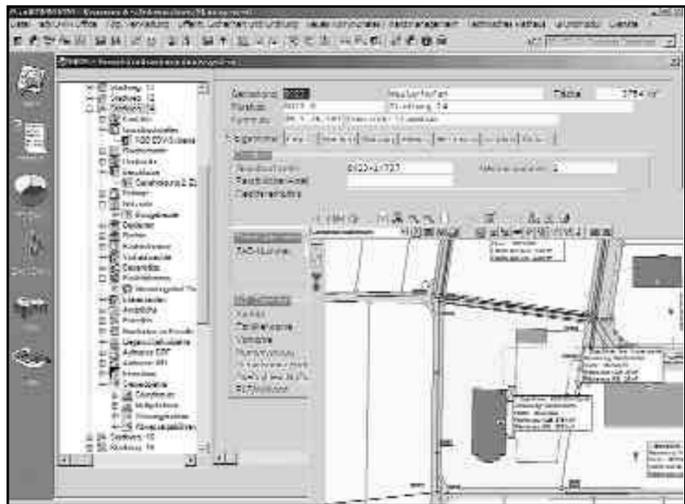
Ihren Informations- und Organisationsbedürfnissen bis hin zur Finanzbuchhaltung aus.

Rund ums Geographische Informationssystem

Mit der breiten Verfügbarkeit von Geodaten, insbesondere der Digitalen Flurkarte der Bayerischen Vermessungsverwaltung haben sich Geographische Informationssysteme in vielen Kommunalverwaltungen als wichtiges Werkzeug etabliert. Im Vordergrund der kommunalen Anwendungen stehen räumliche, d.h. flurstücksbezogene Informationen. Einen wichtigen Sachdatenpool bilden die Daten der Kommunen in der adKOMM® Flurstücksverwaltung. Darüber hinaus werden alle Anwendungen unterstützt, die auf flurstücksbezogene Daten zurückgreifen oder diese verwalten: Bauantragsverwaltung, die Verwaltung kommunaler Liegenschaften, Beitragsabrechnungen und die Bauleitplanung sind die wichtigsten Anwendungen. Zahlreiche Fachkataster (Kanal, Wasser, Gas und Strom) verwalten Ihre Daten auf der Ba-

sis des Geographischen Informationssystems. Das System ist skalierbar vom Auskunftsbis zum Ingenieurarbeitsplatz. Der Austausch mit Daten z. B. vom Ingenieurbüro zeichnet die Lösung aus. In Verbindung mit dem Grundstücksinformationssystem und seinen zahlreichen fachübergreifenden Auskünften entwickelt sich das Geographische Informationssysteme (GIS) immer stärker zu einem echten Auskunftssystem in den Kommunen - zum Vorteil und Nutzen für Verwaltung und Bürger.

Die Softwarelösungen haben Ihr Interesse geweckt und Sie wollen mehr davon sehen? Besuchen Sie die Homepage www.adKOMM.de oder noch besser schauen Sie auf einem der Messestände vorbei. Sie finden die adKOMM GmbH: am 2. Juli auf der Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung in Garching (Stand 18), am 8. und 9. Juli auf den BVS - Computertagen in der Stadthalle Germering (Stand A 26 und 27) und am 15. und 16. Oktober auf der Kommunale in Nürnberg. Ein Besuch lohnt sich - versprochen!



GIS und GRIS: graphische Auskünfte aus dem GIS um weiterführende Informationen aus dem GRIS ergänzt.

Einwohnerinformationssystem auf der Basis eines kommunalen DataWarehouse. Die Datenbasis und Benutzerführung ist stets gleich. Die bekannte Baumstruktur aus den Windowsanwendungen macht die Bedienung einfach und übersichtlich. Die kommunalen Informationssysteme bieten alle:

- jederzeit schnellen und sicheren Zugang zu Informationen für Sachbearbeiter, Ressortleiter ebenso wie für Geschäftsleiter und Bürgermeister
- die Informationen werden

Programmkennnisse die Informationen zu erhalten

- Datensicherheit und Datenschutz werden durch eine individuelle Benutzerführung auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt.
- Die Verwaltung, vom Sachbearbeiter bis zur Verwaltungsführung, gewinnt mehr Unabhängigkeit in ihrer Arbeit. Warten auf Auskünfte gehört der Vergangenheit an, die täglichen Aufgaben können schneller und effektiver erledigt werden für mehr Service am Bürger. Damit wird Ihre Verwaltung den stei-

Auf Klick mehr Behörden-Durchblick

Landratsamt Dingolfing erweitert mit baynet.de seinen Internetauftritt

Das Landratsamt Dingolfing hat sich entschieden, den Bayerischen Behördenwegweiser von baynet.de zu integrieren. Ab sofort sind die Inhalte der Landratsamt-Homepage mit denen der baynet.de-Seite verknüpft. Dadurch erhalten Bürger und Interessierte jetzt noch umfassendere Informationen. Links auf der Internetseite des Landratsamtes Dingolfing führen Ratsuchende direkt zu den für sie relevanten Stellen des Behördenwegweisers. So können jetzt etwa Informationen zu allen Dienstleistungen des Landratsamtes, den für die Bürger des Landkreises zuständigen staatlichen Behörden, den Städten im Landkreis und den Mitarbeitern des Landratsamtes abgerufen werden. Zusätzlich finden alle Interessierten einen bayernweiten Veranstaltungskalender.

Die VMB Virtueller Marktplatz Bayern GmbH bietet mit ihrem Online-Portal baynet.de und dem darin beinhalteten Bayerischen Behördenwegweiser eine zunehmend genutzte Möglichkeit für Landkreise und Kommunen, ihre Dienstleistungsangebote online verfügbar zu machen. Die Einbindung der Inhalte geschieht etwa in Form von direkter Verlinkung vom eigenen Internetauftritt auf die entsprechende kommunale Seite im Behördenwegweiser.

Landrat sieht Vorteile

„Für das Landratsamt Dingolfing bietet die baynet.de-Lösung entscheidende Vorteile“, sagt Landrat Heinrich Trapp. „Durch die Verknüpfung mit der baynet.de-Seite schaffen wir für unsere Bürger eine noch größere Fülle an Informationen und somit eine optimale Verbindung von Inhalten. Zudem sind die Pflege der Daten auf der baynet.de-Seite und die Nutzung des Redaktionssystems kostenlos.“

Mit Unterstützung des Bayerischen Innenministeriums schuf der VMB einen bundesweit einzigartigen Behörden-

wegweiser, der von immer mehr Landkreisen und Kommunen genutzt wird. Der Mehrwert wird dadurch geschaffen, dass bereits vorhandene Internetauftritte hinsichtlich Gestaltung und Aufbau völlig unberührt bleiben und lediglich durch Links auf baynet.de erweitert werden.

Informationsaustausch unter den Kommunen

„Wir wollen mit unserem Gratis-Angebot keinen Wettbe-

Bundesweit einheitliche Verwaltungswege im eGovernment gefordert

KK. Für den Aufbau von eGovernment hat der Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) bundesweit einheitliche Verwaltungswege gefordert. Derzeit hätten jede Kommune und jedes Land eigene Formulare und eigene Verwaltungswege.

Beim Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für die elektronische Verwaltung müssten Verwaltungsprozesse vereinheitlicht und Insellösungen vermieden werden. Selbst bei einem Umzug von einer zur anderen Gemeinde könnten die Bürger

werb zu den Internetauftritten der Städte, Landkreise und Gemeinden erzeugen“, erklärt Bernd Axmann, Geschäftsführer der VMB Virtueller Marktplatz Bayern GmbH. „Vielmehr geht es uns um einen Informationsaustausch, durch den beide Seiten profitieren. Wir wollen dem Bürger möglichst viele Anlaufstellen bieten, um ihn auf seiner Suche nach Informationen nicht allein zu lassen.“

Pressekonferenz

Den neuen Internetauftritt des Landkreises Dingolfing präsentierte Landrat Trapp gemeinsam mit dem Reisbacher Bürgermeister Josef Steinberger, Andrea Willaredt von VMB Virtueller Marktplatz Bayern GmbH, sowie Jürgen Ammon von InfraServ bei einer Pressekonferenz. Die beiden Fachleute gaben Auskunft über die speziellen Online-Möglichkeiten im Landkreis.

das An- und Abmeldeverfahren bislang nicht in einem Schritt ausführen. „eGovernment muss mehr sein als ein neuer Weg der Informationsbeschaffung und Kommunikation“, sagte Peiner. Für rationellere Arbeitsvorgänge ohne Medienbrüche seien neue Verwaltungsprozesse und der Aufbau übergreifender Verwaltungsnetze nötig. Die Verwaltungen müssten über Information und Kommunikation hinaus zur elektronischen Transaktion zwischen Bürgern, Betrieben und öffentlicher Verwaltung kommen.

Das virtuelle Jugendamt stärkt Elternkompetenz

Ein Beitrag von Helmut Hartwich und Brigitte Gerner-Titz
Landratsamt Bamberg, Kreisjugendamt, www.landkreis-bamberg.de

Das neue Verständnis von Jugendhilfe verlangt auch eine veränderte Darstellung von Jugendamt und Jugendhilfe in der Öffentlichkeit. Der neue Internetauftritt des Kreisjugendamtes Bamberg macht die Vielfalt der Dienstleistungen einer modernen Jugendhilfe transparent, begegnet jungen Menschen in einer zeitgemäßen Art beim „Surfen im Netz“ und stärkt Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung.

Das Kreisjugendamt Bamberg nutzt seine neuen eGovernment-Ressourcen für die Transparenz der regionalen Angebotspalette an Jugendhilfeleistungen und zur Darstellung seines Profils in der Öffentlichkeit. Zeitnah kann die stellvertretende Jugendamtsleiterin in ihrer Funktion als Internetredakteurin auf den Internetseiten des Kreisjugendamtes z. B. unter „Aktuelles“ oder „Vermischtes“ Veranstaltungen des Kreisjugendamtes, Fachberichte, Mitwirkungen an Forschungsprojekten, aktuelle Rechtsprechungen u. a. darstellen und jederzeit pflegen.

SerWa® OTT:

Daten-Service und Informationssystem für Wassermessnetze

In Europa werden große Messnetze betrieben, die Grund- und Oberflächengewässer quantitativ und qualitativ erfassen. Da das Wissen und die Kontrolle über den Wasserhaushalt immer mehr an Bedeutung gewinnt, wachsen auch die Messnetze mit. Ein Teil der Daten dient zur langfristigen Prognose und Überwachung und muss deshalb über lange Zeiträume kontinuierlich erfasst, archiviert und zugänglich gemacht werden. Daneben gewinnen Kurzzeitprognosen zur Hochwassermodellierung und zur Information der Bevölkerung an Bedeutung. Hierzu ist ein dichtes Messnetz notwendig, das Daten quasi online zur Verfügung stellt.

Die Logistik zum Datenabruf und zur Weiterverarbeitung der Daten stellt heute einen erheblichen Aufwand und eine finanzielle Belastung für Messnetzbetreiber dar.

OTT bietet Kunden ein komplettes Datenmanagement-Konzept für Oberflächen- und Grundwassermessnetze als Dienstleistung an. Daten werden direkt von der Messstelle zu einer Zentrale übertragen, gespeichert, geprüft und dem Kunden sowie der Öffentlichkeit über Internet zeitnah zur Verfügung gestellt. Durch die Entlastung der Datenleitungen und der Mitarbeiter selbst gewinnen diese mehr Zeit zur Interpretation der Daten. Diese Idee heißt OTT SerWa.

Weitere Informationen: <http://www.ott-hydrometry.de>

ner Info-Seite „Pflegeeltern gesucht!“ mit Informationsmaterial zum Download auch spezielle „Info-Seiten für Kinder, Jugendliche und Eltern“ angeboten werden.

Virtuelle Beratung

Diese stellen eine virtuelle Beratungsmöglichkeit für Fragen rund um die Erziehung dar und bieten Informationen zu kinder- und jugendtypischen Themen. Entsprechende Links führen z. B. zu einer Auswahl gut gestalteter Webseiten für Kinder und Jugendliche bzw. zu virtuellen, ausführlichen Ratgebern/Handbüchern für Erziehung und Familie (z. B. das „Online-Familienhandbuch“ vom Jugendinstitut für Frühpädagogik München,

oder „Eltern im Netz“ vom Bayerischen Landesjugendamt München). Die Kinder können auf ihrer „Infoseite für Kinder“ z. B. folgende Links anklicken:

- **Aktuelles für Kids im Landkreis Bamberg**
[Kreisjugendring Bamberg](#)
- **Aktuelles für Kids allgemein**
[Webseiten für Kids](#)

Eine Sammlung von Webseiten, die dem Team gut gefallen haben
[Allgemeine Themen](#)
[Taschengeldfragen](#)
[Kindertelefon](#)
[Handy](#)

Das Lexikon von Microsoft bietet Euch gut aufbereitete Informationen zum Thema Handy.
[Rechte für Kinder und Jugendliche](#)
[Kinder- und Jugendschutz](#)
[Gewalt in der Familie](#)
[Schule](#)

[Auf der „Infoseite für Jugendliche“ finden Teens folgende Links:](#)
[Webseiten für Jugendliche](#)
Eine Sammlung von Webseiten, die dem Team gut gefallen haben
[Kommunale Jugendarbeit](#)
[Aktuelles für Jugendliche im Landkreis Bamberg](#)
[Taschengeldfragen](#)
[Jugendschutz](#)
[Schule, Ausbildung](#)
[Rechte für Kinder und Jugendliche](#)
[Partnerschaft und Sexualität](#)
[Bundeswehr](#)
[Gewalt in der Familie](#)

• **Sonstige Themen**
[Handy](#)
Das Lexikon von Microsoft bietet gut aufbereitete Informationen zum Thema Handy.
[Führerschein](#)
Die Site bietet viele Informationen zu den Themen Führerschein, Fahrschule, Ausbildung, Prüfung, Verkehrsregeln und mehr
[Jugendherbergsausweis](#)
[Jugendarbeit](#)
[Individualzuschüsse für Maßnahmen](#)
[Jugendarbeit, Förderung freier Träger](#)

• **Die „Infoseite für Eltern“ enthält folgende Themen:**
• **Aktuelles**
[Neue Serviceleistungen für Familien](#)
[Familien-Servicestellen der Versorgungsämter](#)
[Online-Wissensbank Erziehungsgeld von A-Z](#)
[„Eltern im Netz“](#), ein Erziehungsratgeber des Bayerischen Landesjugendamtes

• **Allgemeine Themen**
[Allgemeine Beratung zur Familie](#)
[Elternschaft, Beratung, Selbsthilfe](#)
[Elternschaft und Recht](#)
[Geburt](#)
[Gesundheit](#)
[Gewalt in der Familie](#)
[Jugendschutz](#)
[Kinderrechte](#)
[Kindersicherheit](#)
[Krankheit, Behinderung des Kindes](#)
[Materialdienst/Bestellung für Eltern](#)
[Medien](#)
[Namen für mein Kind](#)
[Publikationen](#)
[Schule und Eltern](#)
[Sozial-Fibel](#)
[Taschengeldfragen](#)

Im sogenannten „Bürgerservice“ der Homepage des Landkreises Bamberg findet der Bürger unter der Kategorie „Kinder, Jugend und Familie“ eine Fülle von Dienstleistungen der Jugendhilfe (sog. Aufgaben) von A bis Z. Beim Anklicken einer Leistung wird ein Fenster geöffnet, in dem der Bürger seinen Wohnort anklicken kann. Danach erscheint eine sog. virtuelle Visitenkarte der jeweils zuständigen Fachkraft mit allen wichtigen Daten wie Telefon, E-Mail, Fax, Erreichbarkeit. Der Bürger erhält neben den Angaben „seiner“ zuständigen Fachkraft auch eine ausführliche Beschreibung und weiterführende Hinweise zur gewählten Dienstleistung (z. B. Erziehungsberatung, Scheidung usw.).

Die weiteren Aktivitäten im Bereich eGovernment, wie zum Beispiel

- PCs mit Intranet- und Internetausschluss an allen Arbeitsplätzen,
- digitale Telefonanlage als gemeinsame Kommunikationsplattform,
- Fax-Funktionalität an allen Arbeitsplätzen über PC,
- kommunales Behördennetz im Landkreis mit Gemeinden,
- umfassendes elektronisches Formularangebot zum Download,

machen deutlich, dass sich das Landratsamt/Kreisjugendamt Bamberg intensiv auf die neuen Kommunikationsformen eingestellt hat. Es leistet mit diesem

[Kinderhorte im Landkreis](#)

[Kinderkrippen](#)

[Tagespflegestellen](#)

• **Behörden der Jugendhilfe/Jugendarbeit**

Bayerisches Landesjugendamt München www.blja.bayern.de

Bayerischer Jugendring www.bjr-online.de

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit www.stmas.bayern.de/

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMS www.bmfsfj.de/

• **Allgemeine Themen**

[Allgemeine Beratung zur Familie](#)

[Elternschaft, Beratung, Selbsthilfe](#)

[Elternschaft und Recht](#)

[Geburt](#)

[Gesundheit](#)

[Gewalt in der Familie](#)

[Jugendschutz](#)

[Kinderrechte](#)

[Kindersicherheit](#)

[Krankheit, Behinderung des Kindes](#)

[Materialdienst/Bestellung für Eltern](#)

[Medien](#)

[Namen für mein Kind](#)

[Publikationen](#)

[Schule und Eltern](#)

[Sozial-Fibel](#)

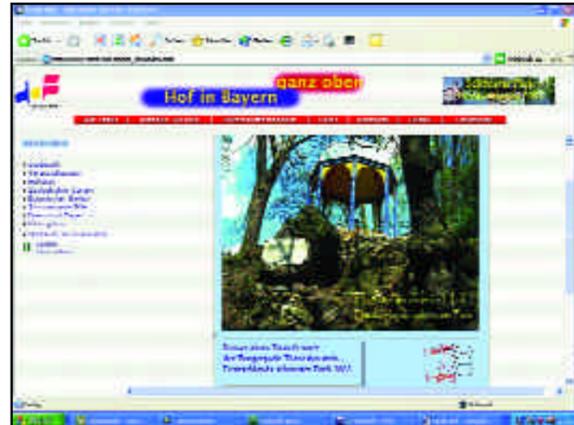
[Taschengeldfragen](#)

Im sogenannten „Bürgerservice“ der Homepage des Landkreises Bamberg findet der Bürger unter der Kategorie „Kinder, Jugend und Familie“ eine Fülle von Dienstleistungen der Jugendhilfe (sog. Aufgaben) von A bis Z. Beim Anklicken einer Leistung wird ein Fenster geöffnet, in dem der Bürger seinen Wohnort anklicken kann. Danach erscheint eine sog. virtuelle Visitenkarte der jeweils zuständigen Fachkraft mit allen wichtigen Daten wie Telefon, E-Mail, Fax, Erreichbarkeit. Der Bürger erhält neben den Angaben „seiner“ zuständigen Fachkraft auch eine ausführliche Beschreibung und weiterführende Hinweise zur gewählten Dienstleistung (z. B. Erziehungsberatung, Scheidung usw.).

Die weiteren Aktivitäten im Bereich eGovernment, wie zum Beispiel

- PCs mit Intranet- und Internetausschluss an allen Arbeitsplätzen,
- digitale Telefonanlage als gemeinsame Kommunikationsplattform,
- Fax-Funktionalität an allen Arbeitsplätzen über PC,
- kommunales Behördennetz im Landkreis mit Gemeinden,
- umfassendes elektronisches Formularangebot zum Download,

machen deutlich, dass sich das Landratsamt/Kreisjugendamt Bamberg intensiv auf die neuen Kommunikationsformen eingestellt hat. Es leistet mit diesem



E-Mails mit dem Hofer Theresienstein

Deutschlands schönster Park auf virtuellen Postkarten

Ganz neu auf der Homepage der Stadt Hof sind die virtuellen Postkarten mit Motiven vom Hofer Theresienstein. Gerade rechtzeitig zur Verleihung des Preises „Deutschlands schönster Park“ am 21. Mai 2003 an die Stadt Hof mit ihrem Bürgerpark Theresienstein wurde auf www.hof.de und www.theresienstein.de die Möglichkeit geschaffen, Fotos per Mail zu versenden. Sechs Motive stehen zur Auswahl, die automatisch mit einer Postkarten-ähnlichen Maske versehen werden. Natürlich ist genügend Platz, um beispielsweise einem Foto des Thomaspavillons noch persönliche Grüße beizufügen. Auch Fotos des Bürgerbrunnens im Botanischen Garten, des Sonnentempels oder ein Blick über das Teppichbeet zur Stadt hin stehen zur Auswahl. Ergänzt werden müssen nur noch die Adresse des Empfängers und die eigene Mail-Adresse. „Wir sprechen damit auch die Internet-Nutzer an und schaffen auf dieser modernen Kommunikationsplattform die Möglichkeit, ganz einfach Freunde über den schönsten Park Deutschlands zu informieren“ erläutert Oberbürgermeister Dieter Döhla und fordert dazu auf, dieses Instrument rege zu nutzen: „So kann man optisch gut aufbereitet ganz einfach eine Einladung versenden.“ www.theresienstein.de oder www.schoenste-parks.de

dargestellten eGovernment seinen virtuellen Informationsseiten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Elternkompetenz. Dies zeigt auch die positive Resonanz der Zielgruppen. Das „Jugendamt“ wird als lebensweltorientierte und dienstleistungsorientierte und dienstleistungsorientierte und dienstleistungsorientierte

der Öffentlichkeit präsentiert. Gleichzeitig wurde die Datenchnittstelle zum zentralen Behördenwegweiser des Freistaates Bayern im „Virtuellen Marktplatz Bayern“ vorgestellt. Auf der Cebit 2002 konnten die Internetseiten erstmals im Rah-

Prof. Jamin klärt Fachbegriffe:

„Man spricht deutsch!“

„Was sind eigentlich Betriebssysteme?“ wird er immer wieder gefragt; erst recht, seit der Münchner Entscheidung für eine „Open-Source-Lösung“. Deshalb wird Prof. Dr. Klaus Jamin bei der GZ-Zukunftswerkstatt in Garching am 2. Juli seinem Publikum dieses Thema nochmals grundsätzlich erläutern. Neben der Auslegung von Fachbegriffen sind weitere wichtige Punkte bei der „Virtuellen Behörde“ die Probleme der Wertorientierung und der Sicherheit. „Wir wollen dazu beitragen, dass das Verständnis für diese spannende Materie auch durch eine präzise Sprache verbessert wird, erklärt der EDV-Professor. „Es ist schade, dass Technik immer wieder daran scheitert, dass keiner sie versteht.“

de Fachbehörde erlebt, die als kompetenter Ansprechpartner jungen Menschen und ihren Eltern sowie Familien in ihren individuellen Lebenslagen mit Rat und Hilfestellung zur Seite steht. Im vergangenen Jahr wurde im Landratsamt Bamberg der neu gestaltete Internetauftritt des Landkreises Bamberg in einer Pressekonferenz mit Umweltminister Dr. Werner Schnappauf

men der Sonderausstellung „Moderner Staat - moderne Verwaltung“ gezeigt werden.

Das Herzstück des Internetauftrittes ist das Bürgerinfosystem, das nach dem Motto „Was erledige ich wo?“ arbeitet. Es orientiert sich an den Inhalten des Behördenwegweisers des Freistaates Bayern, in dem die Aufgaben der einzelnen Behörden genau beschrieben sind.

Flächendeckendes Internet-GIS für die Verwaltung

Der professionelle und kostengünstigste Einstieg in die Welt der digitalen Geoinformationen

Bis jetzt war der Einstieg in leistungsfähige und sichere geographische Informationssysteme (GIS) mit sehr hohen Investitionskosten verbunden. Die GIS-Lösung, ein Lösungsmodul der eGovernment Plattform der Deutschen Telekom AG tritt mit ihrem Ansatz dem entgegen. GIS Lösungen müssen nicht zwangsläufig mit hohen Investitionskosten verbunden sein. Kommunen bzw. öffentliche Verwaltungen mieten ganz einfach die dazu benötigte GIS Lösung von der Deutschen Telekom. Eine GIS-Lösung quasi aus der „Steckdose“.

Grundsätzlich erlaubt GIS einer Verwaltung ihre topologischen Daten, wie z. B. Daten von Grundstücksgrenzen, Straßenzügen, Baugebieten etc. aufzubereiten und jederzeit per Mausclick abzurufen.

Vielschichtigkeit

Viele Kommunen und Behörden entscheiden und handeln heute schon auf Basis dieser vielschichtigen Informationen, die ein GIS bietet. Dort sind die zumeist projektbezogenen Daten aus unterschiedlichen Quellen inhaltlich zusammengefasst und für die elektronische Verarbeitung aufbereitet. Abhängig vom Anwendungsbereich können die GIS-Daten in Form von Grafiken, Karten, Plots, Statistiken oder auch Multimediatechniken dargestellt werden.

Bei herkömmlichen Lösungsansätzen benötigt man alleine für das Ablegen und Verwalten dieser Vielzahl an unterschiedlichsten Datentypen Rechner mit einer immensen Speicherleistung.

GIS aus der „Steckdose“

GIS aus der „Steckdose“ dagegen läuft auf einem mehrfach gesicherten Datenbankserver der Deutschen Telekom. Hier stehen dem Nutzer ständig die aktualisierten Geobasis- und Geofachdaten, wie beispielsweise das automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB), die

digitalen Flurkarten (DFK), digitale Luftbilder, Topographische Karten, Kanal- und Wasserkatasterdaten oder Informationen aus der Bauleitplanung der einzelnen Gemeinden zur Verfügung. Der Zugriff und die Nutzung findet ohne zeitraubende und komplizierte Umsetzungen aus Fremdsystemen statt.

Problemlose Einstellung

Auch Daten unterschiedlichster Quellen werden dort über vorhandene standardisierte Schnittstellen problemlos normiert eingestellt und stehen den Sachbearbeitern in der Kommune ständig in dieser Qualität zur Verfügung. Das Gleiche gilt ebenfalls für die Einbindung und zur Verfügungstellung von graphischen Datenbeständen der Vermessungsverwaltung.

Schneller Zugriff

Einer der größten Vorteile ist in diesem Zusammenhang die internetgestützte Abwicklung. Über jeden Standardrechner mit Internetzugang kann auf diese stets aktuelle Applikation bzw. Anwendung auf einfachste Art und Weise und in Sekundenschnelle zugegriffen werden. Der Kauf und die Unterhaltung von teuren Hard- u. Softwarekomponenten ist somit nicht mehr nötig und stellt einen sofortigen Einsparungspotential dar. Die Internetlö-

sung unterstützt die Technik von kommunalen Behördennetzen und kann zudem über die zukunftssträchtige eGovernment Plattform (Portal) der Deutschen Telekom als Erweiterungsmodul abgerufen werden.

Mobile Clients (z.B. Notebook) können jederzeit per Datenfunk ebenfalls sehr einfach

T-Mobile Deutschland:

Positives Zeichen für IuK-Standort Nürnberg

Ein positives Signal für den IuK-Standort Nürnberg setzt T-Mobile Deutschland: Die T-Mobile Niederlassung Nürnberg übernimmt seit kurzem die Verantwortung für den Betrieb des T-D1-Mobilfunknetzes in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Nordrhein-Westfalen. Aus diesem Grund hat T-Mobile am Standort Nürnberg 50 neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Die übrigen Bundesländer werden von der T-Mobil Niederlassung Berlin betreut.

Die T-Mobile Niederlassung Nürnberg besteht seit dem 1. Januar 1994. Die Niederlassung hat von Beginn an neben der Betreuung des Mobilfunknetzes von T-Mobile in Nordbayern weitere zentrale Aufgaben übernommen. So wurde beispielsweise in Nürnberg eine bundesweit einmalige Referenzanlage für die Nachbildung von komplexen Fehlern im Funknetz installiert und ein Expertenteam zu deren Behebung zusammengeführt. Nach und nach kamen immer weitere zentrale Aufgaben hinzu.

Vielfältige Aufgaben

Heute ist die Niederlassung Nürnberg neben dem zentralen Netzbetrieb u.a. auch für die Geschäfte mit internationalen Roamingpartnern zuständig,

eingebunden werden (GPRS / UMTS).

Datenqualität gewährleistet

Das Thema redundante Datenhaltung bei Dienstleistern, Kommunen und Landratsämtern wird durch den Einsatz eines zentralen Geodatenserver vermieden. „Denn so wird der anfallende Aufwand für Datensicherung, Datenintegrationen auf ein Minimum reduziert, sowie die Datenqualität gewährleistet“, erklärt Lothar Finster, Vertriebsleiter eGovernment Portale bei T-Systems.

Weitere Argumente, wie aktuelle Verfügbarkeit sämtlicher Daten, einheitliche Technolo-

gie, Lizenzunabhängigkeit, Qualitätssicherung, sowie ein hohes Maß an Kostenoptimierung durch die Mehrfachnutzung sprechen zudem für eine solche Lösung. Als weiteren Vorteil bisher getätigter Erfahrungen stellt sich die einzigartige interkommunale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und dem Landratsamt, in der sich eine positive Gesamtsynergie für alle Beteiligten einstellt.

Konzeptioneller Ansatz

In Verbindung mit diesem gesamt-konzeptionellen Ansatz kann auf komplexe Datenbestände von Landratsämtern, Wasserwirtschaftsämtern und

zählt das Unternehmen zu den wichtigsten Auftraggebern in der Region, nicht nur für Systemanbieter wie Lucent Technologies und Siemens, sondern auch für viele mittelständische Zulieferbetriebe.

IuK-Hauptstadt

Dr. Roland Fleck, Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg, bezeichnete Nürnberg als eine der IuK-Hauptstädte Europas. Hier gebe es ideale Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen aus der Informations- und Kommunikationsbranche. Die Entscheidung von T-Mobile, den zentralen Netzbetrieb für Süd- und Westdeutschland in Nürnberg anzusiedeln, sei dafür der beste Beweis.

Netzmonitoring

Zu den Aufgaben der T-Mobile Niederlassung Nürnberg gehört jetzt das Netzmonitoring, d.h. die Kontrolle der Funkstandorte sowie der zugehörigen Netzknoten auf ihre Funktionsbereitschaft. Mehrere tausend vermeintliche und tatsächliche Störungen werden pro Monat nach Nürnberg gemeldet. Nach Eingang der Störungsmeldung ist die Niederlassung auch für die schnelle Behebung des Fehlers (Fault-Clearing) verantwortlich: Nach einer Erstanalyse

anderen Institutionen, wie beispielsweise Naturschutzgebiete, Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete, Denkmäler, Altlasten, Kiesgruben, usw. zugegriffen werden.

Höchste Sicherheit

Zugriffsrechte werden dabei individuell, auf die jeweiligen Nutzer abgestimmt, so dass höchste Sicherheit gewährleistet ist. Die monatlichen Kosten sind auf lange Zeit kalkulierbar und im Vergleich zu statischen, lokalen Lösungen minimal.

Eine zukunftsorientierte, kostengünstige Lösung, die GIS für einen weiten Anwenderkreis nutzbar macht. □

werden - falls erforderlich - Entstöraktionen eingeleitet. Soweit die Ursache des Fehlers nicht ferngesteuert behoben werden kann, erfolgt der Einsatz eines Service-Technikers vor Ort. Im Zuge der Neuorganisation wurde in Nürnberg außerdem die Organisationseinheit Configuration Management Center (CMC) angesiedelt, die für nahezu alle Aufgaben in der bundesweiten Netzkonfiguration zuständig ist.

Projektbeginn

Rund 18.000 Standorte bundesweit sorgen bei T-Mobile für eine nahezu flächendeckende Versorgung mit digitalem Mobilfunk. Bereits im Jahr 2000 begann die Arbeit am Projekt „Zentraler Netzbetrieb“.

Optimierte Arbeitsabläufe

Die Idee ist, die bislang in zehn Niederlassungen regional erledigten Betriebsaufgaben in weiten Teilen zusammenzufassen. Durch die Bündelung der Aufgaben in Nürnberg und Berlin wurden Arbeitsabläufe optimiert, interne Schnittstellen minimiert und die Netzqualität weiter gesteigert. Dadurch stellt T-Mobile sicher, dass in den Regionen genügend Mitarbeiter zur Verfügung stehen, um den Aufbau des neuen UMTS-Netzes voranzutreiben. **DK**

Geomarketing:

Alltag im „Kommunal-Business“?

Geomarketing und Business - Begriffe, die man eher mit der privaten Wirtschaft als mit der Öffentlichen Verwaltung in Verbindung bringt. Was aber, wenn in den Kommunen eigentlich schon längst Geomarketing gemacht wird?

Kindergärten werden anhand der Bevölkerungsstruktur in Stadtteilen geplant, Wahllokale werden neu verteilt - funktional gesehen kaum ein Unterschied zur Planung eines neuen Supermarktstandortes.

Raumbezogene Analysen

Geomarketing bedeutet, dass raumbezogene Analysen zur Optimierung von Geschäftsaufgaben herangezogen werden. Das kann im kommunalen Umfeld unterschiedlich erfolgen: Aus Sicht einer straffen, kostenbewussten Behördenorganisation und/oder aus der Sicht des Kundenservice - was kann ich für die Bürger verbessern? Es ist auch stets die Frage nach „wie weit hat es ein Kunde künftig?“, „bin ich im Straßensbild noch präsent?“, wohin empfehle ich Kunde A künftig zu gehen, wenn Filiale B eröffnet/geschlossen wird?“

Verarbeitung und Analyse

Fragestellungen, die zu Kosteneinsparungen und/oder Serviceverbesserung führen, werden mit Geografischen Informationssystemen (GIS) bearbeitet. Hierzu werden raumbezogene Informationen wie Daten zu Bevölkerungsstruktur, Verkehr, Infrastruktur mit entsprechender Software von ESRI und darin enthaltenen Methoden verarbeitet und analysiert. Das Ergebnis kann in Form von Karten, die als Entscheidungshilfen dienen, ausgegeben werden.

Ein Beispiel, wie es schon an

(Verkehr, Schulen, Freizeit, ...), Bevölkerungsentwicklung, Kundenpotenzial, etc. Mit Hilfe von GIS können diese aufbereitet, analysiert und potenziellen Interessenten analog oder auch per Web zugänglich gemacht werden (siehe z.B. die Detailsuche bei www.gis-ela.de).

Neue Verteilungen

Neben der Standortbeurteilung und -bewertung gibt es konkrete Fälle mit Controlling- und Struktur-Fragen: Das Sozialamt einer Stadt hat mehrere Dienststellen. Jede dieser Dienststellen ist für einen festgelegten Bezirk zuständig. Änderungen in der Sozialstruktur der Stadtteile haben im Laufe der Zeit sehr ungleiche Arbeits-

belastungen und Kosten einzelner Ämter entstehen lassen. Gleichzeitig gibt es in den Dienststellen, die sich einer höheren Belastung ausgesetzt sehen, keine neuen Stellen. Es müssen also neue Verteilungen unter Berücksichtigung der für den „Kunden“ zumutbaren Wege vorgenommen werden. Diese Restrukturierungsaufgabe ist ohne ein geographisches Informationssystem optimal nicht lösbar.

Vorgänge überprüfen

Viele Aufgaben kommunaler Verwaltung haben Raumbzug - alle Vorgänge müssen hinsichtlich Aufwand und Kosten überprüft werden. Geomarketing bietet hierzu Methoden und eignet sich hervorragend als Hilfsmittel in der kommunalen Planung und Dienstleistung.

Nähere Informationen unter <http://ESRI-Germany.de> □

Rosenheim:

Virtuelles Fundbüro eröffnet neue Möglichkeiten

„Jeder wird nervös, wenn er etwas verloren hat“, weiß Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer aus eigener Erfahrung und findet daher das neueste e-government-Projekt „FundInfo“ grandios. Ab sofort haben Rosenheimer Bürger die Möglichkeit verlorengegangene Gegenstände auch per Internet zu suchen und zu finden - und das 24 Stunden täglich, sieben Tage die Woche.

Nach dem Vorbild der Hansestadt Hamburg entwickelte Projektleiter Roland Clas vom Amt für Informationsverarbeitung gemeinsam mit Fundbüroleiter Dieter Kirstein das virtuelle Fundbüro für Rosenheim.

Während bislang gefundene Gegenstände manuell in Karteikarten und Listen vermerkt wurden, werden ab sofort alle Fundgegenstände in den Computer eingegeben und sind neben den bisherigen Möglichkeiten (Persönliche oder telefonische Suchanfra-

ge beim Fundamt) auch online abrufbar. Übersichtlich nach Sparten geordnet, kann der Suchende von jedem Internetanschluss aus seine verlorengegangenen Schätze mit Hilfe mehrerer Suchmasken auf der Rosenheimer Homepage unter www.rosenheim.de rechts oben als neues Projekt „FundInfo“ oder unter dem Stichwort „Lebenslagen A - Z“ finden. Um Missbrauch zu vermeiden, wurden verschiedene Sicherungssysteme eingebaut. □

Erlangen mit neuem Internetkiosk

Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis hat der Öffentlichkeit einen weiteren Internetkiosk übergeben. Künftig können Bürger im Rathausfoyer der Stadt im Internet recherchieren und vor allem die Online-Anwendungen Erlangens nutzen. Damit soll auch Bürgern ohne eigenen PC die Nutzung kommunaler Internet-Dienste ermöglicht werden.

Filterprogramm

Der neue öffentliche Zugang wurde vom E-Government-Center Erlangen und der Curiavant Internet GmbH im Rahmen des MEDIA@Komm-Projektes realisiert. Ein Filterprogramm am Terminal verhindert den Aufruf rechtlich problematischer Seiten. Als eine der fünf Städte der MEDIA@Komm-Region Nürnberg verfolgt Erlangen das Ziel, möglichst viele Dienstleistungen auch online anzubieten. Dies verbessert die Informationsmöglichkeiten der Bürger erheblich und vereinfacht den Kontakt zur Behörde. Das neue Terminal ist bereits das zweite seiner Art in Erlangen: In den Räumen der Sparkasse Büchenbach wird bereits ein Kioskterminal mit Internetzugang reger genutzt.

Weitere Informationen erhältlich unter www.digitalins-rathaus.info und www.curiavant.de □

Das „virtuelle Rathaus“:

Neues elektronisches Wissens- und Informationssystem

Auf dem Fachkongress BayernOnline in München hat Carl Link / Wolters Kluwer Deutschland sein neues elektronisches Wissens- und Informationssystem eWIMS vorgestellt, das mit Hilfe des Internets die Arbeit in der Öffentlichen Verwaltung zukunftsweisend gestaltet.

Das System liegt als Basisversion für die Bereiche Bauwesen und Straßenverkehrsweisen jeweils für Bayern und Nordrhein-Westfalen vor. Eine erste Offline-Version ist ab sofort zum Einstiegspreis verfügbar. Das System wird auch auf der Fachmesse Zukunft Kommune am 25. und 26. Juni 2003 in Düsseldorf vorgestellt.

Das Internet wird mehr und mehr zu einem wichtigen Instrument in der Kommunikation zwischen Bürgern und Behörde. Waren die letzten Jahre eher von Skepsis geprägt, da es erst wenige verbindliche Richtlinien für ein bürgernahes eGovernment gab, so werden spätestens seit der Verabschiedung verbindlicher Standards für die Digitale Signatur die Vorteile virtueller Rathäuser allorts nicht nur akzeptiert, sondern vielmehr forciert.

Die Herausforderung: Rechtssicherheit

Seit Einführung des Internets ist das Thema der Sicherheit und der Verbindlichkeit vorhandener Informationen Gegenstand intensiver Diskussionen. Viele im Internet auffindbare Rechtsinformationen sind unklarer Herkunft und bieten nicht die für die Öffentliche Verwal-

tung dringend notwendige Zuverlässigkeit, geschweige denn entsprechen sie den Anforderungen an höchste Aktualität. Der Carl Link Verlag, ein Unternehmensbereich von Wolters Kluwer Deutschland, hat ein neues elektronisches Wissens- und Informations-Management-System namens eWIMS entwickelt, dessen Vorzüge genau in diesen Aspekten zu sehen sind.

Stets auf neuestem Stand

Werden zum Beispiel elektronische Formulare bisher oft von Systemhäusern angeboten, deren Kompetenz nicht im Bereich aktueller und rechtssicherer Informationen liegen kann, so gewährleistet der renommierte Verlag der Öffentlichen Verwaltung mit eWIMS rechtssichere und stets aktuelle Formulare. Diese werden durch die hohe Kompetenz des Carl Link Verlages im Bereich medienneutraler Datenhaltung den Kunden genau in den Formaten angeboten, die sie benötigen. Die Formulare werden direkt vom Verlag via Internet tagesaktuell gepflegt, so dass die Behörde die Sicherheit hat, immer den aktuellen Stand zu erhalten, ohne Gefahr zu laufen, aus Versehen ein älteres, nicht

mehr rechtsgültiges Formular zu verwenden.

Der Lösungsansatz: Vernetzte Informationen

Ein weiterer wesentlicher Vorteil von eWIMS ist die Vernetzung sämtlicher angebotener Formulare mit der integrierten Wissensdatenbank, die neben den notwendigen Gesetzestexten des Bundes- und Landesrechts Kommentare und Fachaufsätze beinhaltet. Diese Datenbank dient nicht nur zum schnellen und unkomplizierten Recherchieren bei anstehenden Entscheidungen, sondern ist mit den elektronischen Formularen verknüpft. So erhält einerseits der Bürger beim Ausfüllen direkt online Hilfestellung, was die Fehlerquote entscheidend reduziert. Andererseits unterstützen Rechtsinformationen den Sachbearbeiter bei der Klärung offener Rechtsfragen und beschleunigen und sichern somit die Entscheidung.

Wissensdatenbank

Die Wissensdatenbank speist sich aus den umfangreichen Fachinformationen des Carl Link Verlages: Hochwertige und praxisrelevante Kommentierungen, Gesetze, die von einer eigenen Redaktion gepflegt werden und in der Praxis seit Jahren verwendete und anerkannte Formulare bieten die optimale Basis für die tägliche

Kommunalpraxis. Insbesondere die Kommentierungen, die von Praktikern aus der Öffentlichen Verwaltung stammen, bieten umfangreiche Hilfestellungen, wenn es um die Lösung kniffliger Rechtsfragen geht.

Kommunikation aus einer Hand

eWIMS geht weit über reine Formularanwendungen hinaus. Mit diesem Angebot wird die Öffentliche Verwaltung in Zukunft auch individuelle Ablaufplanungen und Workflows organisieren können. Damit kann das interne Qualitätsmanagement entscheidend unterstützt werden, da der Sachbearbeiter die definierten internen Abläufe direkt am Arbeitsplatz kontrolliert, organisiert und weiterleitet.

Zugriff auf alle Infos

Das elektronische Wissens- und Informations-Management-System des Carl Link Verlages kann somit auch als verwaltungsinternes Intranet-System verstanden werden, da jeder Arbeitsplatz, der über einen Internetzugang verfügt, daran angeschlossen werden kann. Dadurch ist gewährleistet, dass jeder Mitarbeiter ständig Zugriff

auf alle Informationen des Formular-, Wissensdatenbank- und Ablaufplanungs-Servers hat und sich auch mit Kollegen direkt online austauschen kann. eWIMS fügt sich damit in die Abläufe ein, ohne dass Workflow-Anpassungen beim Kunden geschehen müssen.

Individuelle Lösungen

Zu beachten ist auch der modulare Aufbau von eWIMS. Basierend auf der Internettechnologie muss die Behörde nicht das gesamte System anschaffen, sondern kann genau die Bausteine auswählen, die aktuell benötigt werden. Will man z. B. das Bauamt in einem ersten Schritt onlinefähig machen, so wählt die Kommune nur die Module, die dieses Amt betreffen. Die Aufteilung nach Sachgebieten schafft Transparenz und sichert so die größtmögliche Individualität. So hat man auch in der Zukunft die Sicherheit, das System nach und nach ausbauen zu können, zumal sich eWIMS in die bestehende IT-Infrastruktur nahtlos integrieren lässt. Auch in der Tiefe sind die Module wählbar; ob PDF-, XML- oder intelligente Formulare, die Behörde entscheidet, welche Technik sie in der Kom-

munikation mit dem Bürger einsetzen wird.

Natürlich richtet sich auch die Preisgestaltung nach den individuellen Anforderungen der Behörde. Die Anzahl der Module, deren technische Anforderungen sowie die Einwohnerzahl der Kommune oder des Landkreises sind die Faktoren, die die Ausgestaltung beeinflussen. Neben dem Kauf des Systems steht die Option für ein Mietmodell, das dem Kunden ebenfalls eine dauerhafte und zuverlässige Unterstützung gewährt.

Höchstmäß an Entscheidungs-freiheit

Modularer Aufbau, transparente und auf Kundeninteressen konkret zugeschnittene Preismodelle sowie die individuelle Beratung vor Ort durch Spezialisten von Carl Link / Wolters Kluwer bieten dem Kunden ein Höchstmaß an Unterstützung und Entscheidungsfreiheit. Nur so ist sichergestellt, dass die Behörde auch in Zeiten knapper Kassen optimalen Bürgerservice und rechtssichere Verabschiedung bieten kann.

Weitere Informationen dazu finden sich auf der Homepage www.eWIMS.de □

Barrierefrei ins Internet

Internetseiten des Landkreises Bamberg ab sofort behindertengerecht

Am 01. Mai 2002 ist das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft getreten. U.a. ist dort auch geregelt, dass nach einer Übergangszeit (bis 2005) öffentliche Verwaltungen ihr Webangebot so gestalten, dass z.B. auch sehbehinderte oder blinde Menschen dieses uneingeschränkt nutzen können. Die Homepage des Landkreises Bamberg gewährt ab sofort diesen barrierefreien Einblick. Damit gehört der Landkreis Bamberg zu einigen wenigen Landkreisen in Deutschland, die dies bereits jetzt im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen verwirklicht haben.

Auf der Homepage des Landkreises Bamberg unter www.landkreis-bamberg.de ist ab sofort in der linken Leiste der Navigationspunkt „barrierefrei“ anklickbar. Nach dem Klick erscheinen die Internetseiten des Landkreises als Textversion. Beim Gebrauch von bestimmten behindertengerechten Internet-Browsern wird dies automatisch erkannt und gleich die Textversion gestartet. Dieses Ergebnis erhält man auch durch die Eingabe von www.landkreis-bamberg.de/barriere_freie.phtml.

Screen-Reader

Sehbehinderte Menschen können auf Internetseiten beispielsweise mit Hilfe eines Programms zugreifen, einem sogenannten Screen-Reader. Diese können ihnen Bildschirmhalte, also auch Internetseiten, z.B. vorlesen. Behindertengerechte Seiten sollen so aufgebaut sein, dass sie sich für Screen-Reader eignen oder über eine sog. Braillezeile lesbar (ertastbar) sind.

Webangebote für Normalsichtige werden immer bebildeter, dynamischer, farbiger und interaktiver. Barrierefreie Internetseiten für Sehbehinderte müssen hingegen klare große Schriften aufweisen und sollen nur wenig dynamische Effekte enthalten.

Grundkonzept

Eine Webseite, die beiden Anforderungen gleichermaßen genügt, ist für beide Seiten ein schlechter Kompromiss. Daher zielt das Grundkonzept heute nicht auf Internetauftritte, die für normalsichtige und sehbehinderte Menschen gleichermaßen ansehnlich sind, sondern auf die automatisierte Ausgabe beider Darstellungsarten durch technische Maßnahmen. Barrierefreie Internetseiten, die sich auch für den

Screen-Reader u.a. eignen, müssen spezifische technische und gestalterische Merkmale aufweisen. Zum einen sind sie aus technischer Sicht „Frameless“ und ohne Java und Javascript zu erstellen.

Gestaltung

Zum anderen ist aus gestalterischer Sicht darauf zu achten, dass die Schriften klar, groß und kontrastreich gewählt wer-

Landratsamt Lichtenfels:

Modernisiertes Intranet

„Bürgerinnen und Bürger erwarten einen leistungsfähigen und produktiven öffentlichen Dienstleister und eine schnelle Bearbeitung ihrer Anliegen“, so Lichtenfels' Landrat Reinhard Leutner beim Startschuss für das neue Informationsnetz des Landratsamtes.

Der Landkreischef wies darauf hin, dass bereits Mitte 1999 das interne Kommunikationsnetz (Intranet) des Landratsamtes Lichtenfels in Betrieb genommen und mittlerweile zu einem unverzichtbaren Organisationsbestandteil geworden sei. Den Mitarbeitern werde nunmehr eine noch umfassendere elektronische Datensammlung an die Hand gegeben. Alle Daten seien sofort verfügbar und immer auf dem aktuellen Rechtsstand - lästige und zeitraubende Recherchen gehörten damit der Vergangenheit an.

Hoher Standard

Wie Leutner betonte, verfüge das Landratsamt Lichtenfels mittlerweile über einen anerkannt hohen Standard im Bereich der Kommunikationstechnik. Hausinterne Schulungen, die von eigenem Personal durchgeführt wurden, hätten die Grundlage dafür gebildet, dass die modernen EDV-Anwendungen zielorientiert in die Praxis umgesetzt werden. Alle Mitarbeiter hätten mittlerweile

den und die Navigationspunkte nicht zu dicht beieinander angeordnet sind.

Gefilterte Inhalte

Der Landkreis Bamberg nutzt seit über einem Jahr ein datenbankgestütztes Content-Management-System für die Erstellung und Pflege seiner Internetseiten. Durch die strikte Trennung von Layout und Inhalt ist es leicht möglich, die bestehenden Inhalte zu filtern und speziell für Sehgeschädigte oder Blinde als Textversion (ohne Bilder und pdf-Dateien) automatisiert aufzubereiten.

Für weitere Anregungen und Hinweise von Menschen mit Behinderungen oder ihrer Organisationen ist der Landkreis Bamberg dankbar. □

Zugang zum Bayerischen Behördennetz. Die gesamten Verwaltungsabläufe seien durch die EDV deutlich beschleunigt worden. Überhaupt sei die EDV-Entwicklung die Grundlage dafür, dass erhebliche Umstrukturierungen im personellen Bereich vorgenommen werden konnten. Die enormen Aufwendungen des Landkreises in diesem Bereich hätten sich also ausgezahlt.

Weitere Einsparungen

Die neuen technischen Möglichkeiten nimmt das Landratsamt zum Anlass, weitere Einsparungen, z. B. bei juristischen Loseblatt-Ergänzungswerken, zu erreichen. Mittelfristig sollen auch in diesem Bereich noch mehr Online-Lösungen zur Verfügung gestellt werden. Leutner: „Der Neuaufbau und die Modernisierung des hausinternen Intranets ist damit ein weiterer wichtiger Schritt zur Verwaltungsvereinfachung und zur Kostenminimierung. Der Bürger steht für uns immer im Mittelpunkt unseres Handelns.“ **DK**

Zahlreiche NKF-Piloten am Start

Fertige mps-Lösung fürs neue kommunale Finanzmanagement

Koblenz - Die mps public solutions gmbh präsentierte auf der KOMCOM 2003 zahlreichen begeisterten Anwendern und IT-Entscheidern die neue vollständig integrierte Komplettlösung für das neue kommunale Finanzmanagement - mpsNF.

In Zusammenarbeit mit zahlreichen Kunden hat mps die hohen Anforderungen kommunaler Verwaltungen an das NKF in seine wegweisende Neuentwicklung einfließen lassen.

Kameralistik und Doppik in einem Verfahren

mpsNF ist ein integriertes Gesamtpaket, das kameralistische und doppische Elemente in einem Verfahren vereint. Es beinhaltet auch Budgetplanung und

die outputorientierte Produktplanung. Die automatische Kontierung in einen doppischen Kontenrahmen nach NKF-Muster ermöglicht das Drei-Komponenten-Rechnungswesen mit Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung. Darüber hinaus deckt mps den gesamten Bereich der Steuern, Abgaben und Verbrauchsabrechnung ab.

Hinzu kommen Module für die Finanzbuchhaltung, Kosten- und Leistungsrechnung und kommunale Vermögensverwal-

tung, d.h. Anlagenbuchhaltung inklusive Verzinsung und Abschreibung nach Indextabelle/Wiederbeschaffungszeitwert; Inventarverwaltung mit umfangreichen Funktionen sowie Darlehensverwaltung. Nicht zuletzt integriert mps mit der Bescheid-Archivierung und Verwaltungsvollstreckung schnittstellen- und redundanzfrei weitere nützliche Zusatzfunktionen, die bei Mitbewerbern nur mit externen Verfahren abgedeckt werden können. Neben Projektcontrolling und Ressourcenverwaltung bietet sich dem Anwender die beliebige Generierung komfortabler und flexibler Auswertungen und Berichte.

Enorme Synergieeffekte

Die mps-Lösung ist mandantenfähig, d.h. die Verwaltung kann in einer Datenbank das Rechnungswesen für mehrere Körperschaften oder Betriebe durchführen - und ist dabei unabhängig von der Rechtsform: Verwaltungen, Betriebe gewerblicher Art, Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften können gemeinsam verwaltet werden; auch ein Konzernabschluss ist leicht einzurichten. Diese Zusammenfassung spart Kosten, strafft die IT-Verwaltung und setzt enorme Synergieeffekte frei!

Bundesweit nutzen ca. 1000 Verwaltungen hochwertige mps-Lösungen, über 60 Verwaltun-

gen haben den Umstieg auf mpsNF entweder schon abgeschlossen, befinden sich in der Umstellung oder sind mit verschiedenen Modulen bereits produktiv. Die Anwender schätzen vor allem die hohe fachliche Tiefe und die Funktionsvielfalt bei optimalem Bedienungskomfort sowie die Stabilität der Software.

Modulweise Umstellung

Ein besonderer Vorteil für Anwender, die bereits ältere mps-Verfahren nutzen, ist die modulweise bzw. schrittweise Umstellung auf das neue kommunale Finanzmanagement. So können diese z.B. bereits mit neuen Planungsmodulen, der Anlagenbuchhaltung oder der Kosten- und Leistungsrechnung mpsCONTROL arbeiten, während gleichzeitig Haushaltsüberwachung, Kasse und Steuern im bisherigen alten mps-Verfahren erledigt werden. Das Gesamtprojekt NKF kann so zeitlich, wirtschaftlich und organisatorisch aufgliedert werden, ohne höheren Gesamtaufwand.

Microsoft Business Solutions-Partner

Die Entscheider in öffentlichen Verwaltungen erwarten vom Software-Anbieter ausgeprägtes Branchen-Know-how, kurze Einführungszeiten, niedrige Total Cost of Ownership (TCO) sowie Investitionssicherheit. mps public solutions gmbh ist Entwicklungs- und Service-Partner von Microsoft Business

Solutions und verfügt als eigenständiges Systemhaus über 25 Jahre Erfahrung in Software-Entwicklung, Support und Schulungen im Public Sector. mps-Anwendungen basieren auf der Standardsoftware Microsoft Business Solutions-Navision. Das gewährleistet flexible, zukunftssichere Technologie vereint mit langjähriger Geschäftskompetenz. mps passte die neuen Komplettlösungen

exakt den individuellen Bedürfnissen der öffentlichen Verwaltungen an. Sie ermöglichen die durchgängige Automatisierung von Geschäftsprozessen zwischen Kunden/Bürgern, Mitarbeitern, Partnern und Lieferanten. Sie sind schnell zu implementieren, einfach zu bedienen und leicht an wechselnde Anforderungen anpassbar.

Nähere Informationen unter www.mps-kommunal.de □

Neues bayerisches Behördennetz:

Augsburg als erster Landkreis angeschlossen

Der Wechsel zum „neuen“ Behördennetz ist vollzogen. Die British Telecom (BT) hatte in einer EU-weiten Ausschreibung den Zuschlag für den Betrieb des Behördennetzes bekommen. Die Laufzeit beträgt sieben Jahre. Der bisherige Betreiber hatte sich nicht mehr durchsetzen können. BT bietet mehr Service für weniger Geld. Neben dem Zugang zum Behördennetz und zum Internet bietet BT nun auch die Möglichkeit der Sprachübermittlung. Die angeschlossenen Behörden könnten innerhalb des Behördennetzes kostenlos miteinander telefonieren. Dazu würde es aber noch einer zusätzlichen technischen Ausstattung bedürfen.

Am alten Behördennetz waren mehr als 2.000 staatliche und kommunale Stellen angeschlossen. Diese werden nun Schritt für Schritt auf das neue Netz umgestellt. Der Anfang wurde jetzt beim Landratsamt Augsburg gemacht. Nicht ohne Stolz vernahm Landrat Dr. Karl Voegelé die Worte von Swen Graf von Bernstorff, Ministerialdirigent im Bayerischen Innenministerium: „Der Landkreis Augsburg ist bayernweit führend bei der Nutzung des Behördennetzes. Die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung, die Verwaltungspraxis verstärkt online-fähig zu machen, fallen hier auf fruchtbaren Boden. Deshalb findet hier der Auftakt statt.“ Das Landratsamt bietet seinen Gemeinden über ein kommunales Behördennetz Zugang zum bayerischen Behördennetz. Neben einer Rechtsdatenbank finden sich hier unter anderem ein kostenfreier Zugang zum Ausländerzentralregister, zum Kraftfahrtbundesamt, zur Bundesdruckerei oder zum zentralen Dokumentenserver des Freistaates Bayern. 23 der 29 Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften im Landkreis Augsburg haben sich bereits dem kommunalen Behördennetz angeschlossen.

Der Landkreis spart sich zukünftig 440 Euro im Monat. Um diesen Betrag ist der neue Zugang zum Behördennetz günstiger. Das bayerische Behördennetz bildet die Basis für E-Government. In diesem Hochleistungsnetz können die bayerischen

Behörden untereinander Daten auf sicherem Wege austauschen. Ein Zugriff von außen ist nicht möglich. Diese Sicherheit ist Voraussetzung für die elektronische Zusammenarbeit der Verwaltungen. „Das wird mittelfristig zu finanziellen Einsparungen führen. Außerdem werden wir unseren Bürgern noch mehr Service bieten können“, bemerkte Voegelé. So erhält ein Bürger im Landkreis Augsburg, der seinen neuen Führerschein beantragt, diesen inzwischen zwei Tage früher. Die Daten werden nämlich online an das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg übermittelt.

Ebenso können sich die Einwohnermeldeämter bei der Beantragung eines neuen Personalausweises den Postweg sparen. In nicht allzu ferner Zukunft werde es zum Beispiel möglich sein, bei einem Umzug in eine andere Stadt am heimischen Bildschirm sich bei seinem Einwohnermeldeamt abzumelden. Dieses könne dann die Daten an den neuen Wohnort übermitteln. Die rechtlichen Voraussetzungen für die digitale Unterschrift seien gewährleistet, machte von Bernstorff deutlich. Zur Zeit werde aber mit der Wirtschaft noch hart darum gerungen, dass diese eine entsprechende Chipkarte und Kartenlesegeräte kostengünstig zur Verfügung stellen, damit E-Government in Schwung komme. Landrat Voegelé machte jedenfalls deutlich: „Wir werden den Weg der Modernisierung unserer Verwaltung konsequent weiter beschreiten.“ **DK**



Andreas Tischer (l.) erläuterte Mdl Marianne Deml die Intention und Möglichkeiten von Laber-Jura.de Bild: M.Bauer

Webportal „Laber-Jura.de“ jetzt online

Auch Landtagsabgeordnete Marianne Deml will es nutzen

Beratzhausen - Mit der Gewerbeschau hat auch das neue Internet-Portal „www.laber-jura.de“ seine Pforten geöffnet. Unter dieser Adresse verbirgt sich eine Plattform, die einen Informationsaustausch über das Leben, die Ereignisse und Veranstaltungen in den Gemeinden des früheren Landkreises Parsberg bietet. Dies bedeutet aber nicht nur Berichte und Reportagen über diese Kommunen. Der besondere Reiz des Forums liegt darin, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Gemeinden und natürlich auch andere Interessenten als registrierte Mitglieder aktiv einbringen können.

In Gesprächen wurde und wird immer wieder deutlich, dass selbst 30 Jahre nach der Gemeindegebietsreform, wo der Landkreis Parsberg aufgelöst und die ihm angehörenden Städte und Gemeinden mehreren Landkreisen und Regierungsbezirken zugeteilt wurden, vielfach die früheren Kontakte und Strukturen noch lebendig sind. Im Alltag sind die Bande jedoch häufig zerschnitten: In den herkömmlichen Medien erfolgt die Berichterstattung meist in Anlehnung an die Landkreise.

Blick über den Tellerrand

Im Internet gibt es hauptsächlich Homepages der Städte und Gemeinden bzw. der Landkreise und Regierungsbezirke. Der Blick über den Tellerrand hinaus, also zum Beispiel in die Nachbargemeinden des früheren Landkreises, vermittelt in diesen Medien nur marginale Eindrücke, obwohl die Verbindungen zwischen den Gemeinden zum Teil über Jahrzehnte oder Jahrhunderte gewachsen sind.

Neuigkeiten und Hintergrundinformationen

Dieses Defizit kann nun - zumindest auf der Ebene des Internet - gelöst werden. Mit dem Web-Portal „Laber-Jura“ schufen dessen Initiatoren, Andreas Tischler und Franz-Josef Schön von der Firma Wmm - Tischler & Schön GbR, eine Plattform zum Informationsaustausch für

die Gemeinden des früheren Landkreises Parsberg. Dieses Web-Portal reicht über die Ortsgrenzen hinweg, zumal Beziehungen und Verknüpfungen nicht an Gemeindegrenzen Halt machen.

Zudem möchte es nicht nur die Städte, Märkte und Gemeinden des Laber-Juragebietes, also im Wesentlichen des früheren Landkreises Parsberg (Beratzhausen, Breitenbrunn, Deuerling, Hemau, Hohenfels, Laaber, Lupburg, Painten, Parsberg, Seubersdorf und Velburg), abdecken, sondern auch überregional allen Interessierten Neuigkeiten und Hintergrundinformationen dieser Region näher bringen. Die Kommunen wurden im Vorfeld über diese neue Möglichkeit des Informationsaustausches informiert und um Mitarbeit gebeten.

Vielfältigste Inhalte

Im journalistischen Bereich finden sich Berichte und Reportagen über diese Orte und die Region insgesamt, zudem sind Beiträge über Personen mit besonderen Hobbys oder Leistungen enthalten. Darüber hinaus gibt es einen breiten Raum zum Informationsaustausch über kommunalpolitische, wirtschaftliche, kulturelle und kirchliche Ereignisse in den einzelnen Gemeinden. Konkret bedeutet dies auch, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ab sofort ihr Wissen, ihre Gedanken und Meinungen zu aktuellen örtli-

chen bzw. regionalen Themen im News- und Diskussions-Forum einzubringen. Einfach und unbürokratisch ist dies ab sofort möglich.

Großartiges Feedback

Auch die CSU-Landtagsabgeordnete und Stimmkreis-kandidatin Marianne Deml ließ sich bei ihrem Besuch bei der Beratzhausener Gewerbeschau von den Initiatoren des Projektes informieren und wird ihre Termine für diese Region auch in diesem Info-Portal ankündigen. Inzwischen sind für einen Teil des Einzugsgebietes bereits Berichte und Beiträge mit Fotos eingestellt. Auch für den Veranstaltungskalender kamen bereits erste Rückmeldungen. Andreas Tischler und Franz-Josef Schön zeigten sich sehr zufrieden über das Feedback auf ihr neues Projekt. Natürlich, so versicherten beide, werde das von ihnen privat betriebene Internet-Portal in

den kommenden Wochen noch verfeinert und mit weiteren Fotos versehen, so dass sich die angesprochenen Gemeinden und sich mittel- bis langfristig mit dem Portal identifizieren.

Einfache Registrierung

Genannt seien als weitere Rubriken der Veranstaltungskalender mit den Highlights aus den Gemeinden, ein Kleinanzeigenmarkt sowie ein Verbraucher- und Bauernmarkt. Um dieses Angebot aktiv zu nutzen, ist lediglich eine kostenlose Anmeldung auf dem web-Portal <http://www.laber-jura.de> nötig. An Kosten entstehen dem Nutzer nur die Telefongebühren. Der Benutzer-Name (login) und das Kennwort (password) sind frei wählbar. Doch die Email-Adresse muss richtig sein, da der Nutzer nach der Anmeldung eine Email-Nachricht erhält.

Markus Bauer

Fendt auf der „Demopark“ in Fulda:

Top Technik von 50 bis 310 PS für Kommunen und Gewerbe

Neue Schmalspurtraktoren und neue Rückfahreinrichtung für Vario 700

Innovative Technik für Kommunen, für die Landschaftspflege, für die Bauwirtschaft und für Industriebetriebe präsentiert Fendt auf der „Demopark“ in Fulda mit einem Traktoren-Programm von 50 bis 310 PS. Im Ausstellungsangebot des renommierten Traktoren-Herstellers aus dem bayerischen Marktberdorf auf der Messe in Nordhessen vom 15. bis 17. Juni: Systemfahrzeuge und Geräteträger, Großtraktoren und Kommunalschlepper - Top-Technik für den professionellen Einsatz im gesamten öffentlichen und gewerblichen Dienstleistungsreich.

Seit 35 Jahren bietet Fendt als Spezialist für Kommunal- und Gewerbeteknik bereits Traktoren an, die sich durch technische Qualität, hohe Wirtschaftlichkeit und großen Komfort auszeichnen. Das maßgeschneiderte Fendt-Programm mit 9 Baureihen und über 50 Modellen: die Systemfahrzeuge Xylon einschließlich der Geräteträger GTK und GKA, die Großtraktoren Farmer und Favorit Vario sowie die 200 V-Kommunalschlepper. Ergänzt wird dieses erfolgreiche Fahrzeugprogramm von Fendt durch leistungsstarke, exakt auf die Traktoren und ihre Einsatzzwecke abgestimmte Anbaugeräte führender Hersteller dieser Branche. Schlepper und Gerät bilden eine Arbeitseinheit - können somit sehr präzise, äußerst effektiv und dadurch besonders kostengünstig eingesetzt werden.

High-Tech auf schmaler Spur

Die neuen 200er-Kommunaltraktoren sind das neue Highlight von Fendt, wenn es um Leistung und Nutzlast, um Robustheit und Wirtschaftlichkeit, um Komfort und Produktivität geht. Die komplett neu kon-

zipierte Baureihe ist mit vier verschiedenen Motorvarianten erhältlich: Der 206 V mit 65 PS, der 207 V mit 73 PS, der 208 V und P mit 86 PS, sowie der 209 V und P mit 94 PS Maximalleistung. Alle Typen können auch mit Biodiesel gefahren werden.

Neue Hydraulik

Die neue Fendt-Hightech-Hydraulik ist beispielhaft für die Leistungsfähigkeit der neuen 200er Baureihe. Mit einer Förderleistung von 74 l/min können auch aufwändigste Arbeitskombinationen gefahren werden. Sowohl die EHR mit Schwingungstilgung, als auch die bis zu sechs elektrischen Proportionalventile und der Pendelkraftheber werden über das ergonomisch sehr gut platzierte Hydraulikcenter bedient. Alle Verbraucher können dabei unabhängig voneinander im Parallelbetrieb betrieben werden. Die Nutzlast beträgt 1,8 t, die Hydraulikhubkraft 2714 kp, die Zapfwellengeschwindigkeit 540 beziehungsweise 750 oder 1000 U/min. Dank Breitreifen, die den Bodendruck auf unter 1 kg/cm² reduzieren, können auch Problemflächen bodenschonend bearbeitet werden. Der 200er

erreicht zudem eine Spitzengeschwindigkeit bis zu 40 km/h.

Für die Vario-Baureihe Favorit 700 ist eine neuartige Rückfahreinrichtung der Firma Neumaier, Hofstetten erhältlich. Das Fahrzeug kann innerhalb

weniger Sekunden auf die andere Fahrtrichtung umgestellt werden. Der Drehvorgang erfolgt, ohne dass der Fahrer dazu vom Sitz aufstehen muss. In Rüf-Position nutzt der Fahrer zum Lenken ein in die linke Armlehne integriertes elektrisches Minilenkrad. Er hat beste Freisicht auf die Arbeitsgeräte, da kein Lenkturm sein Blickfeld einschränkt. Durch ein zusätzliches Display werden dabei alle notwendigen Informationen angezeigt. Dem Fahrer wird mit dieser neuartigen elektrischen Rückfahreinrichtung ein entspanntes und produktives Arbeiten auch an langen Arbeitstagen ermöglicht.

Xylon - ein Fahrzeug mit System

Mit dem Xylon stellt Fendt auf der „Demopark“ in Fulda vom 15. bis 17. Juni ein schnelles, universell einsetzbares Systemfahrzeug für Kommunen und Betriebe der Landschaftspflege, für die Bauwirtschaft und Industrieunternehmen vor. Angeboten werden der Xylon 520 mit 110 PS, der Xylon 522 mit 125 PS und der Xy-

lon 524 mit insgesamt 147 PS.

Die allradangetriebenen Systemfahrzeuge, ausgerüstet mit schadstoffarmen Vierzylindermotoren von MAN, verfügen über fünf Anbauräume, eine hohe Zapfwellenleistung und eine Nutzlast von sechs Tonnen. Die Xylons erreichen eine Spitzengeschwindigkeit von 50 km/h, haben eine gefederte Vorderachse, ein Turboshift-Lastschaltgetriebe und eine Varioturbokupplung für wandlerähnliche Anfahrverhalten. Aus der geräumigen Komfortkabine in schwingungsarmer Fahrzeugmitte haben zwei Personen einen hervorragenden Überblick über die gesamte Maschine.

Kosteneinsparung

Gefragt als Pflegemaschinen sind Xylons unter anderem auf großen Flugplätzen. In Verbindung mit einem dreiteiligen Schlegel-Mulchgerät wird das Gras auf den ausgedehnten Flächen jenseits der Start- und Landebahnen in einer Höhe von 20 Zentimetern gekappt und als verrottungsfähiges Mulchgut gleichmäßig verteilt. Das spart wesentliche Kompostierungskosten - und verhindert gefährlichen Vogelschlag, da Grasflächen mit dieser Stoppelhöhe als Brutregion auf Flugplätzen nicht mehr angenommen werden.

Geräteträger - vielseitig einsetzbar

Mit den gelben Geräteträgern bietet Fendt eine erfolgreiche Modellreihe für Kommunen und Gewerbebetriebe an. Das Programmangebot umfasst den 370 GTK und 370 GKA mit 75 PS sowie den 380 GKA mit 95 PS. Vielfältige Einsatzmöglichkeiten und schnelle Gerätewechsel zeichnen diese Maschinen aus, die vier Anbauräume vorhalten.

Ebenso wie der Xylon bietet der 380 GKA mit seinem Zentralholm-Konzept die Grundlage für ein hervorragendes Anbaugeräte-System: Frontlader, Anbaubagger und Auslegemäher werden modular im Schnellwechselverfahren auf eine Schwenkeinrichtung montiert und ermöglichen dadurch entscheidende Vorteile bei der

Leistungsfähigkeit und der Schlagkraft und steigern mithin die Wirtschaftlichkeit der Maschine.

Mit dem Einsatz des Schwenkladebetriebs verkürzen sich Rangierzeiten und -wege ganz erheblich. Das Ladegut kann unmittelbar neben dem Fahrzeug abgelegt werden, da die Frontladeeinrichtung im beliebigen Winkel zur Maschine einsetzbar ist. Eine automatische Blockierung des Drehgelenks sichert die Standfestigkeit des Fahrzeugs auch in schwierigem Gelände. Das praktische Schnellwechselkonzept zwischen den einzelnen Anbaugeräten stellt eine kurzfristige Verfügbarkeit aller Geräte sicher.

Großtraktoren mit Vario-Technologie

Weltweit als erster Traktoren-Hersteller bietet Fendt bei Schleppern von 95 bis 310 PS Maximalleistung ein stufenloses Vario-Getriebe an, das Geschwindigkeitsbereiche von 0,02 bis 50 km/h erlaubt. Mit diesen variablen, schaltfreien Fahrgeschwindigkeiten können Leistungsreserven genutzt werden, die bei einem Lastschaltgetriebe nicht möglich sind: Konventionelle Getriebe arbeiten vielfach einen Gang zu hoch oder zu niedrig.

Mobilisierte Reserven

Mit dem Vario hingegen werden alle Reserven in sämtlichen Zwischenstufen mobilisiert, da der Motor ständig stufenlos in optimalen, der augenblicklichen Last exakt angepassten Bereichen läuft. Die im Traktor vorhandene Leistung kann dadurch kontinuierlich maximal ausgenutzt werden, ohne dass der Fahrer eingreifen muss. Dank dieser extrem günstigen Auslastung sinkt auch der Spritverbrauch. Varios benötigen rund 10 Prozent weniger Treibstoff als Traktoren mit klassischen Getriebeformen.

Die Farmer und Favorit Vario, sowie die VarioTMS werden von Vier- bzw. Sechszylinder-

motoren von Deutz und MAN angetrieben, die von 3,8 bis 7 Liter Hubraum reichen und in 15 beziehungsweise 9 Sekunden auf ihre Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h kommen. Die Traktoren verfügen über eine gefederte Vorderachse, eine Komfortkabine und erstklassige Bedienungselemente - alle Fahrfunktionen einschließlich Hydraulik und Zapfwellen werden per Joystick aus dem Handgelenk heraus zentral gesteuert. Herzstück für 4,8 t Nutzlast ist ein Gussalbrahmenkonzept.

Ideale Voraussetzungen

Auf der „Demopark“ in Fulda stellt Fendt einige Vertreter aus seinem Vario-Angebot für den kompletten Kommunal- und Gewerbesektor vor: den Farmer 400 Vario von 95 bis 128 PS, den Favorit 700 Vario von 125 bis 165 PS und den Favorit 900 Vario von 198 bis 310 PS. Diese Großtraktoren schaffen ideale Arbeitsvoraussetzungen für leistungsstarke Anbaugeräte, beispielsweise für die Bodenstabilisierung mit Mischfräsen oder für die Rekulivierung von Forstflächen mit Mulchfräsen. Im Wegebau kann ein Fendt-Vario auch mit schweren Steinbrechern eingesetzt werden, mit großen Schlegel-Mulchgeräten sogar unter schwierigsten Bedingungen perfekt arbeiten. Ausgezeichnet bewährt haben sich die großen Traktoren der 900er-Baureihe darüber hinaus als kraftvolle Antriebseinheiten für zapfwellengetriebene Schneeräumgeräte im extremen Winterdienst.

Zusatzausrüstungen

Für die Varios bietet Fendt individuelle Zusatz- und Schutz-ausrüstungen an. Dazu zählen unter anderem großdimensionierte Reifen, eine Rückfahreinrichtung zur noch ökonomischeren Auslastung der Maschinen in der 900er-Baureihe sowie Panzerungen für Arbeiten mit Gefahrenpotenzialen. □

Neue Kleinkehrmaschine im Betriebshof Amberg

Sauberkeit sei - neben Sicherheit und Schönheit - eines der drei wichtigen „S“, die eine Stadt stets zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger beachten sollte. Diese Erkenntnis stellte Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer bei seiner „Jungfernfahrt“ mit der neuen Kleinkehrmaschine des Betriebshofs heraus. „Wir sind bemüht, unsere Stadt auf Hochglanz zu bringen“, richtete er den Blick auf die Anstrengungen in dieser Richtung, die der Betriebshof der Stadt Amberg in den vergangenen Jahren erheblich intensiviert hat.

So wird die Fußgängerzone täglich mit einer Kehrmaschine gereinigt - eine Aufgabe, die das neue, 35.000 Euro teure Gerät nun übernehmen soll. Die Maschine löst damit das etwas größere Modell ab, das bisher im Altstadtbereich unterwegs war und ab sofort Straßen und Wege rund um die City von Schmutz befreien wird. „Unser Fuhrpark ist damit komplett“, freut sich Betriebshofleiter Josef Alzinger und verweist auf die beiden Großkehrmaschinen, die in den Außenbereichen eingesetzt sind.

25 Sponsoren

Möglich gemacht haben die Neuanschaffung insgesamt 25 Sponsoren, die sich nach Aufforderung der Firma Brunner-Mobil aus Böblingen mit einer Werbeaufschrift an dem Kehrgerät beteiligt und so mehr als 90 Prozent der Anschaffungskosten übernommen haben.

Dafür bedankte sich Wolfgang Dandorfer nach seiner kurzen Rundfahrt über den Marktplatz bei den Vertretern der Firmen mit einer Urkunde.

Appell zur Sauberkeit

Die Bürgerinnen und Bürger forderte das Stadtoberhaupt bei dieser Gelegenheit dazu auf, ebenfalls zur Sauberkeit der Stadt Amberg beizutragen. „Manche Kommunen erweitern den Aufgabenbereich ihres Verkehrsüberwachungsdienstes, um der mutwilligen Verschmutzung begegnen zu können. „Ich weiß allerdings nicht, ob dies der richtige Weg ist“, meinte er in diesem Zusammenhang. Besser wäre es nach Ansicht von Wolfgang Dandorfer nämlich, wenn man die Menschen dazu bringen könnte, die Sauberkeit zu erhalten: „Dies sollte nicht nur die Aufgabe einer Stadt sein, sondern ein Anliegen der gesamten Bevölkerung.“ DK

Parkpflege und Naturschutz:

Juwel im Weltkulturerbe

(Bamberg) „Im Bamberger Hain erholen sich nicht nur die Bamberger Bürger vom Alltagsstress; der Hain ist auch ein Refugium für bedrohte Tiere und Pflanzen“, betonte Umweltminister Werner Schnappauf heute bei der Präsentation des neuen Pflegekonzepts für den Bamberger Stadtpark. Auf einer Fläche von rund 40 Hektar bieten die alten Eichen Unterschlupf für 46 Vogel- und 8 Fledermausarten. Aber auch Reptilien und ganz selten gewordene Käfer haben hier ihren Lebensraum.

Neben Hirschkäfer und Eremit ist vor allem der in Bayern vom Aussterben bedrohte Große Eichenbock der heimliche „Star“ des Parks. Der bis zu 5 Zentimeter lange Groß-Käfer braucht parkähnliche Landschaften oder Alleen mit Beständen von alten Eichen. Er bevorzugt einzelstehende, sonnenexponierte Bäume als Brut-Lebensraum. Der Park, der seit 1980 unter Denkmalschutz steht, hat daher als einer der ersten für die Öffentlichkeit zugänglichen Bürgerparks eine wichtige Funktion für den Arten- und Biotopschutz. Deshalb wurde er 2000 als FFH-Gebiet nach Brüssel gemeldet. Schnappauf: „Der Hain ergänzt das Weltkulturerbe um ein wichtiges Naturerbe.“

Verschiedene Belange vereinen

Die Belange der Denkmalpflege, des Arten- und Naturschutzes sowie der erholungssuchenden Bürger gilt es daher unter einen Hut zu bringen. Deshalb wird derzeit für den Bamberger Hain ein deutschlandweit neuartiges Parkpflegekonzept erarbeitet. Schnappauf: „In Bamberg ziehen alle an einem Strang - und alle haben was davon.“ Der Pflege des alten Baumbestandes als Lebensstätte des Hirschkäfers und des Eichenbocks wird dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die alten Eichen werden ausgelichtet, vom Unterholz befreit, und als ökologisch wertvolles Totholz stehen gelassen. Um keine Spaziergänger durch herabfallende Äste zu gefährden, werden deshalb sogar Parkwege verlegt. Die Gesamtkosten für das neue Pflegekonzept betragen 144.000 Euro. Für den naturschutzfachlichen Part stellt die Regierung von Oberfranken 24.000 Euro zur Verfügung, die Stadt Bamberg und das Landesamt für Denkmalpflege beteiligen sich mit jeweils ebenfalls 24.000 Euro. Die andere Hälfte in Höhe von 72.000 Euro trägt die Oberfrankenstiftung. □

Feuerwehr und Katastrophenschutz:

Rund 22 Millionen Euro aus Sicherheitspaket Bayern

2. Feuerwehrfachforum in Hirschaid mit Innenminister Günther Beckstein

Als Konsequenz aus dem 11. September 2001 hat die Bayerische Staatsregierung das Sicherheitspaket Bayern aufgelegt. Dafür stellt sie in den Jahren 2002 bis 2006 zusätzlich 200 Millionen Euro bereit. Davon fließen allein in Maßnahmen des Katastrophenschutzes von 2002 bis 2004 insgesamt 9,75 Millionen Euro. Der Feuerwehr kommen sogar 12 Millionen Euro zugute. Der Fördersatz für das Sonderförderprogramm beträgt 50 %. „Mit diesem Beschaffungs- und Zuschussprogramm über fast 22 Millionen Euro wollen wir die Ausstattung im Katastrophenschutz und bei den Feuerwehren an die neuen Dimensionen von Schadensereignissen und Großschadenslagen anpassen“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich des 2. Feuerwehrfachforums in Hirschaid.

Beckstein wies auf folgende Einzelheiten des Sonderförderprogramms hin:

- Die neu eingerichteten Unterstützungsguppen der Sanitäts-Einsatzleitungen erhalten eine staats-eigene Ausstattung. Sie soll es möglich machen, bei großen Schadensereignissen mit einer Vielzahl an Verletzten oder sonstigen Beteiligten Personendaten elektronisch zu erfassen und auf elektronischem Weg schnell weiterzuleiten. Dies könnte etwa an eine Auskunftsstelle wie die Gemeinsame Auskunftsstelle (GAST) beim Flughafen München, bei der man sich nach dem Verbleib von Personen erkundigen kann, erfolgen.

Weiter legt Bayern zugunsten der Unterstützungsgruppe der Sanitäts-Einsatzleitung ab diesem Jahr ein Förderprogramm für Einsatzleitwagen auf. Derzeit wird es mit den Landesverbänden der Hilfsorganisationen im Einzelnen abgestimmt. Angesichts der großen Bedeutung ist hier sogar ein Fördersatz von 80% vorgesehen. Bei einer Ko-

stenpauschale von 70.000 Euro je Fahrzeug ergibt dies einen Zuschuss von 56.000 Euro. Aus Mitteln des Doppelhaushalts 2003/2004 sollen zunächst 20 Zustimmungen zum vorzeitigen Maßnahmebeginn für die Beschaffung der Fahrzeuge erteilt werden. Das Zuschussvolumen beträgt hierbei insgesamt 1,12 Millionen Euro.

Einsatzleitwagen

- Darüber hinaus wurde das seit 1998 bestehende Förderprogramm für Einsatzleitwagen der Örtlichen Einsatzleitungen erheblich aufgestockt. Hier hat das Innenministerium die Zustimmung für die Beschaffung von 41 Einsatzleitfahrzeugen mit einem Gesamtvolumen von 2 Millionen Euro erteilen können.

Sanitätsdienst

- Im Sanitäts- und Betreuungsdienst hat Bayern die Ausstattung des Bundes seit 1999 durch ein mehrjähriges Förderprogramm für Schnelleinsatz-

zette bzw. Mehrzweckzette und für Handsprechfunkgeräte im 2m- und 4m-Band-Bereich verbessert. Mit den Landesverbänden der Hilfsorganisationen wurde bereits Anfang 2002 vereinbart, für die 126 Arzttruppkraftwagen des Bundes Notarzttrucksäcke und zur bestmöglichen Alarmierung der Schnelleinsatzgruppen des Bundes je 5 Meldeempfänger zu beschaffen. Die Auslieferung dieser Ausstattung ist inzwischen abgeschlossen.

Störfallbetriebe

- Weiter soll die Warnung der Bevölkerung in der Umgebung sogenannter Störfallbetriebe deutlich verbessert werden: In den letzten Jahren wurden bereits ca. 1.000 Sirenen in der Umgebung der bayerischen Kernkraftwerke so nachgerüstet bzw. ausgestattet, dass sie das Signal „Rundfunkgeräte einschalten und auf Durchsagen achten“ (einminütiger Heulton) geben können. Gleiches wird jetzt auch in der Umgebung von Störfallbetrieben durchgeführt.

Gefördert wird der Aufbau eines Sirenenwarnnetzes durch die Nachrüstung und Neuerrichtung von Sirenen.

- Beckstein wies darauf hin, dass wegen möglicher Giftgasanschläge die bereits bestehenden Vorräte an Antidoten bei den Giftnotrufen in Nürnberg und München weiter aufgestockt werden. Zusätzlich werden Depots in den Regionen angelegt. „Damit wollen wir denkbaren Anschlägen mit einer weitaus größeren Dimension Rechnung tragen und die Zeit bis zur Verabreichung erster Medikamente wesentlich verkürzen“, so der Minister.

- Im Brandschutz legt Bayern ein Sonderförderprogramm auf, um die Fahrzeug- und Geräteausrüstung der Feuerwehren für den Einsatz bei Großschadensereignissen mit gefährlichen Stoffen und Gütern flächendeckend zu verbessern: Jeder der 42 Einsatzbereiche für den Gerätewagen-Gefahrgut soll zusätzlich mit einem Gerätewagen Atemschutz/Strahlenschutz ausgestattet werden. Hinzu kommt ein Satz persönlicher ABC-Schutztausrüstung, bestehend aus 500 Einwegschutzanzügen, Atemschutzmasken mit Filtern, Schutzhandschuhen und Füllingen. Daneben sollen pro Regierungsbezirk zwei Abrollbehälter mit Sonderlöschmitteln zur Unterstützung bei großen Flüssigkeitsbränden gefördert werden.



Auf dem „Markt der Nachhaltigkeit“ konnten die Besucher vieles erleben und selbst ausprobieren, beispielsweise zu den Themen „Mobilität“ und „Wasser“.

Grüne Stadtentwicklung für Roth

Eröffnung der 5. Regionalgartenschau

Zum fünften Mal wird in Bayern eine Regionalgartenschau „Natur in der Stadt“ veranstaltet. Das mittelfränkische Roth wird die nächsten zwei Monate im Zentrum aller Gartenfreunde stehen. Ziel ist es, mit regionalen Gartenschauen die Stadtentwicklung ökologisch aufzuwerten.

In Roth konnte heuer wieder einmal mustergültig eine grüne Stadtentwicklung verwirklicht werden. So wurde ein neuer Stadtsee angelegt, der Stadtpark vergrößert und für die Jüngsten ein Märchenschloss Ratibor angelegt.

Der Freistaat Bayern fördert die regionalen Gartenschauen mit rund 1,5 Millionen Euro aus einem eigenen Förderprogramm. Weitere 380 000 Euro erhielt die Stadt darüber hinaus von der EU. Schnappauf betonte, dass bei kleineren Städten die Gartenschauen sehr begehrt sind. Mit der Finanzspritze vom Freistaat und der EU können die Städte neue städtebauliche Akzente für die Zukunft verwirklichen. Im Vordergrund steht dabei immer

wieder die Errichtung von innerstädtischen Erholungsflächen für Bürger und Besucher.

In Roth sind ein Landschaftspark sowie neue Fuß- und Radwege mit vier Kilometer Länge entstanden. Sie verbinden die beiden Ausstellungsgelände Lohbeete und die Kleingartenanlage. Unter anderem wurde eine neue „Stieberparkbrücke“, eine Fußwegverbindung vom Bahnhof in die Stadt, der Fuß- und Radweg mit den „Rother Gespinsten“ und die Anbindung an den historischen Rundweg der Innenstadt angelegt. Zudem wurde das Bahnhofsumfeld neu gestaltet. Als Highlight konnte zwischen Stadthalle und „Großer Wiese“ ein neuer Stadtsee mit Seebühne angelegt werden.

Regierung der Oberpfalz unterstützt Feuerwehren

Die Regierung der Oberpfalz unterstützte 2002 insgesamt 62 Feuerwehrgerätehäuser durch Zuwendungen in Höhe von rund 558.000 Euro. Davon erhielten Feuerwehren im Landkreis Regensburg und Schwandorf mit über 100.000 Euro den größten Anteil. Für 15 Maßnahmen wurde die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn erteilt.

Für Beschaffungen der Feuerwehren und den Bau von Löschwasserbehältern hat die Regierung der Oberpfalz 1,6 Mio. Euro ausbezahlt. Dabei wurden neben Feuerwehrgeräten und -fahrzeugen auch Feuerweherschutanzüge und Atemgeräte gefördert.

Höchste Dichte an Feuerwehrdienstleistenden

Mit 48.851 aktiven Feuerwehrleuten liegt die Oberpfalz an dritter Stelle in den bayerischen Regierungsbezirken hinter Oberbayern und knapp hinter Niederbayern. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hat die Oberpfalz die höchste Dichte an Feuerwehrdienstleistenden. An erster Stelle liegt die Oberpfalz auch bei den jugendlichen Wehrmännern mit 9555 und insgesamt 5020 Frauen bekämpfen in der Oberpfalz mit ihren männlichen Kollegen den „Roten Hahn“.

WZ

1. Freisinger Feuerwehr-Symposium

Anlässlich des 140-jährigen Bestehens der FF Freising fand jüngst das 1. Freisinger Feuerwehr-Symposium statt. Die Organisatoren konnten rund 150 Gäste aus ganz Bayern in der TU Weihenstephan willkommen heißen.

Der Vormittag stand im Zeichen des Umgangs mit einsatzspezifischen Belastungen nach traumatischen Ereignissen für Betroffene und für Einsatzkräfte. Auf die beispielhafte Frage: „Wie gehen wir damit um, wenn Angehörige den Tod eines Verwandten oder eines Kindes unmittelbar miterleben“ gaben Peter Zehentner, Leiter des KIT München und die Dipl. Psychologin Marion Krüsmann wissenschaftliche Hintergrundinformationen und zeigten Einsatzbeispiele zum Thema Notfallseelsorge und Krisenintervention in ihren Vorträgen.

Vorbeugender Brandschutz

Sehr feuerwehrspezifisch stellte sich das Thema „Vorbeugender Brandschutz bei Festen, Märkten, Beachparties und Städtelfesten usw.“ dar. Brandoberamtsrat Peter Bachmeier von der Berufsfeuerwehr München grenzte einerseits die Aufgaben der Feuerwehren im vorbeugenden Brandschutz klar ab. Andererseits wies er aber unmissverständlich darauf hin, dass Bauordnung, Versammlungsstättenverordnung usw. auch und gerade bei derartigen Festivitäten Gültigkeit hat.

Wertvolle Ratschläge

Mit einer Reihe wertvoller Tipps und Hinweisen sowie eindrucksvollen Beispielen, dass immer etwas passieren kann, stimmte Bachmeier die Teilnehmer sehr nachdenklich. Brandinspektor Gerhard Schmöl-

ler verwies darauf, dass trotz Airbag, Sicherheitsfahrgeizzone und Knautschzone es nach wie vor zu schweren Verkehrsunfällen mit eingeklemmten Personen komme.

Patient im Mittelpunkt

Der Leiter des Trainingszentrums für Rettungsmedizin der Berufsfeuerwehr München stellte die strukturierte Rettung durch standardisiertes Vorgehen vor. „Eine schnelle Rettung ist natürlich immer wünschenswert, aber der Patient steht dabei immer im Mittelpunkt!“ „Schnell“ heiße nicht immer „gut“. Schmöllner stellte sein sehr praxisorientiertes Konzept für die patientenorientierte technische Rettung vor und erhielt dafür aus den Reihen der Teilnehmer großen Beifall.

Erfahrungsbericht

Den Abschluss des Symposiums bildete ein eindrucksvoller Erfahrungsbericht über den Busunfall auf der Inntalautobahn A 93 vom 10. Januar 2003. Der damalige Einsatzleiter Sebastian Ruhsamer ist Kreisbrandrat des Landkreises Rosenheim. Höchst dramatisch stellte er die Ereignisse dieses Tages dar, als ein LKW die Mittelleitplanke durchbrach, ein Reisebus in diesen LKW fuhr und ein nachfolgender Autotransporter ebenfalls in die Unfallstelle fuhr. Extrem erschwerend waren damals starker Schneefall und Temperaturen um -10 Grad C. Der Unfall forderte drei Todesopfer und über 40 Verletzte. DK

Neue Bestimmungen für Straßenausbaubeiträge

Eine Satzung mit kommunalpolitischem Sprengsatz

Landkreis Augsburg (gri). Dass die Gemeinden für die Deckung ihres finanziellen Aufwandes bei der Herstellung von Straßen und Gehwegen von den Bauherren bis zu 90 Prozent Anliegerkosten kassieren, ist hinlänglich bekannt. Dieses werde aber bei der Erstellung des Finanzierungsplanes oft übersehen oder zu niedrig ausgelegt. Zur Mitfinanzierung bei Verbesserungen oder Erneuerungen von bestehenden Straßen vor einem Haus oder entlang eines Grundstückes eines Bürgers, ist die Gemeinde ebenfalls berechtigt, die Anrainer zur Kasse zu bitten. Die Möglichkeit dazu gibt den Kommunen die so genannte Straßenausbaubeitragsatzung. Obwohl der Bedarf an einer solchen Satzung nötiger denn je sei, haben von 45 Kommunen im Landkreis Augsburg noch drei kein solches „Instrumentarium“, erklärte Cornelia Hesse vom Bayerischen Gemeindetag vor den Bürgermeistern des Landkreises Augsburg bei der jüngsten Tagung in Gersthofen. Geladen hatte hierzu der Kreisverbandsvorsitzende, Bürgermeister Georg Klaußner aus Untermeitingen.

In vielen Gemeinden aber sind diesbezügliche Satzungen vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof aufgehoben worden. Folge: Viele Kommunen mussten deshalb für die Kosten bei betreffenden Straßenausbauten selbst aufkommen. Auf Grund dieser neuesten Rechtslage wurde nun vom Gemeindetag eine neue Mustersatzung für die Kommunen erstellt.

Hingewiesen wurde von der Referentin auf einen entsprechenden Gerichtsentscheid, „dass im Straßenausbaubei-

tragsrecht - anders als im Erbschließungsbeitragsrecht - die Berücksichtigung eines Grundstückes bei der Aufwandsverteilung nicht von seiner Bebaubarkeit abhängig sei“. Auf Grund dieser Entscheidung wurde in das neue Satzungsmuster des Gemeindetags eine Regelung über die Heranziehung von Außenbereichsgrundstücken aufgenommen.

Die Eigenbeteiligung der Kommunen beträgt bei Maßnahmen an Ortsstraßen bei so genannten Anliegerstraßen 20

Prozent, bei Haupterschließungsstraßen bei 35 oder 50 Prozent und bei Hauptverkehrsstraßen bei 70 oder 45 Prozent. Als eine „große Kehrtwendung in der Rechtssprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes“ bezeichnete Cornelia Hesse, dass auch für bebaute Grundstücke im Außenbereich bezahlt werden muss, wenn sie an einer Ortsstraße liegen. Im Paragraph 8 „Verteilung des Aufwandes“ der Satzung steht auch, dass Friedhöfe, Sportplätze und Kleingärten, meistens ein Stück außerhalb dichter Bebauung angelegt, ebenfalls betroffen sind.

Grundsätzlich, mit einem gewissen Abschlag, müssten auch landwirtschaftlich genutzte Grundstücke einbezogen werden. Sich in diesem Labyrinth von Para-

graphen zurecht zu finden, sei selbst für Juristen schwierig, wie Bobingens Bürgermeister Bernd Müller meinte. Welche Probleme, Ärger inbegriffen, sich durch diese Satzung ergeben, zeigten die Anfragen mehrerer Rathauschefs. Ein Bürgermeister hat Probleme mit einem Geh- und Radweg zu einem Ortsteil. Nach der Straßenausbausetzung müssten demnach auch diejenigen Landwirte abkassiert werden, die ihre Grundstücke bereits zum Bau abgetreten haben.

„Da kommt Freude auf!“

Ein „bürgermeisterliches Stöhnen“ war im Saale zu vernehmen, als Cornelia Hesse herausstellte, dass bei Gemeinden, die erst jetzt eine solche Satzung erlassen, auch Straßenausbaumaßnahmen aus früheren Jahren rückwirkend auf die Bürger umgelegt werden können. Ironisch meinten viele Bürgermeister: „Da kommt Freude auf!“ Oder wie es Bernd Müller, Bobingen, formulierte: „Das ist eine Sat-



Der Kreisverbandsvorsitzende, Bürgermeister Georg Klaußner (r.) und sein Geschäftsführer Günter Würmseher (l.) überreichten Cornelia Hesse eine Armbanduhr und Georg Radlinger das Verbandkrüglein als kleines Dankeschön. Bild: gri

zung mit kommunalpolitischem Sprengsatz!“ Etwas beruhigend meinte die Referentin, dass der Gemeinderat festlegen kann, dass die Regelung rückwirkend nicht angewendet wird.

Im Anschluss an das Referat von Cornelia Hesse gab Georg

Radlinger von der „Erdgas Schwaben“ (EGS) noch einen Überblick über das Dienstleistungsangebot des Unternehmens. Demnach haben in den letzten sieben Jahren 40 Kommunen im Landkreis Augsburg einen Erdgasanschluss bekommen. Weiter verwies Radlinger auf das breite Angebot der EGS, einschließlich aller Planungs- und Finanzierungsmodalitäten. gri

Stadtteile stärkten die Zukunftsentwicklung

Dillingens „Bürgerfeier“ zum 25. Jubiläum der Gemeindereform Gratulationen für Oberbürgermeister Weigl

Dillingen (jdt). An herausragende Ereignisse der Dillinger Geschichte erinnerte während einer großen „Bürgerfeier“ im festlich geschmückten Stadtsaal Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl: an das Jahr 958, als die Stadt erstmals beim Besuch des hl. Bischofs Ulrich in der Dillinger Burg genannt wurde, an die Universitätsgründung 1549, an 1802, als die Stadt ihre Eigenschaft als Fürst bischöfliche Residenz verlor, an 1878, als Dillingen kreisunmittelbar wurde. In die Reihe denkwürdiger Jahreszahlen reihten sich, so stellte Weigl fest, das Jahr 1972 (Eingliederung in den Landkreis Dillingen) und das Jahr 1978 mit der Gemeindegebietsreform, ein. Der Oberbürgermeister betonte in seiner Rede, mit der erheblichen Vergrößerung des Stadtgebietes sei der Großen Kreisstadt der entscheidende Start in eine neue Zukunftsentwicklung ermöglicht worden.

Oberbürgermeister Weigl hob in seiner Ansprache bei der „Bürgerfeier“ die unverkennbar positiven Wirkungen der Gemeindereform vor einem Vierteljahrhundert hervor. Dillingen wuchs infolge der Eingemeindungen flächenmäßig um mehr als das Doppelte, von nicht einmal 30 auf 75,53 Quadratkilometer. In jeder Beziehung war die Donaustadt an ihre Grenzen gestoßen und hatte auch hinsichtlich der Neubaugebiete und Gewerbeflächen keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr.

Die Eingemeindungen von Hausen (schon 1972) und vier Jahre danach von Donauaualtheim, Fristingen, Kicklingen, Schretzheim und Steinheim sprengten die Ketten zu einer nun möglichen positiven Ausdehnung des Landkreiszentrums. Dillingen wuchs von, nicht einmal 12.000 auf über 18.500 Einwohner. Zahlreiche Neubaugebiete entstanden fast ausnahmslos in den Stadtteilen.

Landrat Anton Dietrich war am Erscheinen verhindert. Seine Rede verlas OB Weigl. Dietrich erinnerte an den zum Teil harten

Widerstand in der einen oder anderen Gemeinde gegen die Verwandlung der Orte in Stadtteile. Letztlich habe sich alles positiv entwickelt, einschließlich der bedeutsamen Stärkung der Zentralität der Stadt.

Dankesurkunden des Freistaates Bayern gab es für neun langjährige Stadträte, „Glück auf“ wünschte Oberbürgermeister Volker Zweig von der sächsischen Partnerstadt Brand-Erbisdorf. Er dankte für die wirksame Förderung der dortigen Verwaltung.

Verbunden war die Festversammlung mit Glückwünschen an Oberbürgermeister Weigl zum 60. Geburtstag. Er hatte eine besondere Feier der Stadt abgelehnt. Zweiter Bürgermeister und Diakon Anton Stehle übermittelte herzliche Glückwünsche von Stadtrat und Bürgerschaft. Die enge Verbundenheit des ehemaligen Klosterschülers Weigl zur Kirche würdigte der Regionaldekan Monsignore Gottfried Fellner, buchstäblich von A bis Z. Weigl sei hilfsbereit, rechtschaffen, ohne Starallüren, ein ehrli-

cher Begleiter und ein „Glücksfall für die Stadt“.

Der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages im Landkreis und auch in Schwaben, Bürgermeister Leo Schrell (Buttenwiesen), äußerte seinen „hohen Respekt“ vor den Leistungen Weigls. Er habe es verstanden, Vertrauen zu schaffen. Mit eigenen Akzenten gratulierten Konrad Ahle, Fristingen, Manfred Schäfenacker, Kicklingen, der frühere Bürgermeister Josef Danemann, Kicklingen, und mit einem Sketch Wolfgang Danner und Helmuth Weiß.

Hans-Jürgen Weigl wurde 1984 erstmals als Kandidat von „SPD/Freie Wähler“ zum Oberbürgermeister gewählt. Vorher war er Fraktionsvorsitzender. Dreimal wurde der Diplom-Rechtspfleger (FH) an die Spitze der Stadtverwaltung, mit deutlichen Vertrauensbeweisen, berufen. Nunmehr im 20. Jahr seiner Amtszeit, tritt Weigl das nächste Mal zur OB-Wahl nicht mehr als Kandidat an. Der Träger der kommunalen Verdienstmedaille in Silber hat auch Verantwortung als stellvertretender Landrat, in Hauptausschuss des Deutschen Städtetages und als Mitglied im Kuratorium der Europäischen St. Ulrichs-Stiftung. Während des Wirkens von Weigl als Oberbürgermeister nahm Dillingen sichtlichen Aufschwung. Davon zeugen auch neue Stadthalle, moderne Sportanlagen, Eichwaldbad-Sanierung, Städtepartnerschaften, Ausbau des Kindergarten-Netzes und interkommunale Zusammenarbeit. □

Rudel dem Staatssekretär Schmid ab für sein engagiertes Eintreten für die Belange der Schwerbehinderten.

Ein Pilotprojekt

Hingewiesen wurde von Rudel darauf, dass die Handwerkskammer für Schwaben als erste Kammer in Bayern, in Zusammenarbeit mit der Regierung von Schwaben, ein besonderes Pilotprojekt gegründet habe. Die Integrationsberaterin Claudia Bröll-Ostler berate die Handwerksunternehmen fundiert in allen Fragen die mit der Beschäftigung von Schwerbehinderten zu tun haben. Zum Schluss protestierte Rudel gegen die vom Bund geplanten Veränderungen der Handwerksordnung, mit „verheerenden Auswirkungen“ . jdt



Zwei besonders behindertenfreundliche Arbeitgeber wurden bei einem Festakt in Augsburg zum „Jahr der Behinderten“ ausgezeichnet. Im Bild (vorne, v.l.): Staatssekretär Georg Schmid, der mit viel Beifall bedachte behinderte Künstler Klaus Kreuzeder, Unternehmer Norbert Müller. Dahinter (v.l.): Oberregierungsrat Johann Mayr, Leiter des Integrationsamtes der Regierung von Schwaben, Handwerkskammerpräsident Manfred Rudel, Geschäftsführer Bernd Radtke (Firma ROKO), Bezirksstagspräsident Dr. Georg Sinnacher, Unternehmer Peter Steck. Bild: jdt

Bayern beispielgebend für andere Bundesländer

Behinderte danken für einmaliges Engagement im Jahr der Menschen mit Behinderungen

Augsburg (jdt). Ein beispielgebender besonderer Akzent wurde im „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003“ im Regierungsbezirk Schwaben, während eines Festaktes in Augsburg, gesetzt. Sozialstaatssekretär Georg Schmid zeichnete, zusammen mit Repräsentanten der Regierung von Schwaben, des Bezirkes und der Handwerkskammer für Schwaben, zwei behindertenfreundliche Arbeitgeber aus. Geehrt wurden das Unternehmen ROKO GmbH, Asbach-Bäumenheim, und die Schreinerei Steck & Müller, Bobingen.

Zur Feier im Panoramasaal des Tagungszentrums der Messe Augsburg hatten gemeinsam Regierungspräsident Ludwig Schmid, Bezirksstagspräsident Georg Sinnacher und Präsident Manfred Rudel von der Handwerkskammer für Schwaben eingeladen. Bisher gab es eine solche Ehrung seit 1999 lediglich in der Stadt Augsburg. Während einer Tagung des Arbeitskreises der schwäbischen Schwerbehinderten-Vertrauensleute wurde auf Anregung von Staatssekretär Schmid beschlossen, solche Auszeichnungen künftig jedes Jahr für ganz Schwaben vorzunehmen.

Der Leiter des Integrationsamtes der Regierung von Schwaben, Oberregierungsrat Johann Mayr, erinnerte an die Talente von Be-

hinderten, auf die aus volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen nicht verzichtet werden dürfe.

Aufträge vergeben

Staatssekretär Schmid betonte im Blick auf die geehrten Firmen die Verpflichtung vors Staat und Gesellschaft, in den Anstrengungen für die Integration der vom Schicksal Betroffenen fortzuführen. An alle zuständigen Institutionen appellierte Schmid, an die Werkstätten der Lebenshilfe und ähnliche Einrichtungen Aufträge zu vergeben.

Das als „behindertenfreundlichste Werkstätte und Selbsthilfefirma“ ausgezeichnete Unternehmen ROKO wurde 1995 gegründet. Es handelt sich um eine

gemeinnützige Firma der Lebenshilfe Donau-Ries und der Lebenshilfe Dillingen, mit Beteiligung der Gemeinde Asbach-Bäumenheim. Niederlassungen wurden geschaffen in Dillingen und Augsburg. Mit ROKO-Geschäftsführer Bernd Radtke wurden zum Festakt auch die Vertreter der zwei nordschwäbischen Lebenshilfe-Kreisvereinigungen willkommen geheißen. Die Lebenshilfe Donau-Ries hatte den 1. Vorsitzenden, Oberbürgermeister Paul Kling (Nördlingen), den 2. Vorsitzenden Manfred Fleischer und Geschäftsführer Erich Geike entsandt. Die Lebenshilfe Dillingen vertraten 1. Vorsitzender Johann Kabrhel, 2. Vorsitzender Volkmar Schäfer und Geschäftsführer Johann Uhl.

Bezirksstagspräsident Sinnacher hielt die Laudatio auf die Firma

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Der neugewählte Kreisvorstand der Kommunpolitischen Vereinigung Nürnberger Land: V. l. Walter Zimmermann, Bezirksvorsitzender Peter Grimm, Alexandra Sternitzke, Egon Egloffstein, Kreisvorsitzender Werner Kundörfer, Uwe Güntner, Christa Begert, Andreas Kögel, Landtags-Listenkandidatin Christina Diener und Bezirksrat Norbert Dünkel.

Kontinuität bei der KPV Nürnberg-Land

Werner Kundörfer führt weiter die CSU-Kommunalpolitiker im Landkreis Dringende Reform der Kommunal Finanzen angemahnt

Reichenschwand - Ohne Gegenstimme wählten die Mitglieder der Kommunpolitischen Vereinigung im Landkreis Nürnberger Land ihren bisherigen Vorsitzenden Werner Kundörfer (Feucht) erneut in dieses Amt. Nach den turnusmäßigen Neuwahlen in Reichenschwand-Oberndorf werden dem langjährigen Kreisrat auch künftig Christa Begert (Velden) und der Laifer Bürgermeister Rüdiger Pompl als Stellvertreter zur Seite stehen. Uwe Güntner, Andreas Kögel, Kurt Sägmüller, Conny Winter, Alexandra Sternitzke, Walter Zimmermann, Egon Egloffstein und die Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler fungieren als Beisitzer.

Im Zentrum der Mitgliederversammlung stand neben den Neuwahlen jedoch eindeutig das Thema, das Kommunalpolitikern landauf, landab derzeit die größten Sorgen bereitet: Die Finanzmisere der Kommunen.

So zeigte sich CSU-Fraktionsvorsitzender im Kreisrat, Norbert Dünkel, besorgt über die Haushaltsentwicklung in Gemeinden, Landkreis und Bezirk. Allein der Landkreis Nürnberger Land müsse mit einer Unterdeckung in Höhe von 8,4 Millionen EURO im Haushaltsjahr 2004 rechnen, ohne für die Ursachen dafür selbst verantwortlich zu sein. Diese sind nämlich in Kostensteigerungen im Sozial- und Jugendhilfebereich, die durch Bundesgesetze geregelt sind, zu suchen. Die Kommunen müssen also Entscheidungen der Bundespolitik umsetzen, ohne dafür Finanzmittel in der nötigen Höhe zu erhalten.

Kein Ergebnis

Sparen könne man in den Rathäusern und Landratsämtern jedoch nur bei den eigenen und freiwilligen Leistungen, meinte Dünkel. Jenen Branchen also, die die Lebensqualität eines Standorts maßgeblich ausmachen, wie etwa Schulen, Kindergärten, Straßenbau, öffentliche Einrichtungen, Kultur und Vereinspflege. Seit zwei Jahren tage in Berlin auch zu diesem Thema eine der vielen rot-grünen Regierungskommissionen, ohne bisher ein Ergebnis vorgelegt zu haben. Erst kürzlich vertagte sich die Kommission zur Reform der Gemeinde Finanzen erneut auf Ende Juni.

Praktikable Lösung

Dünkel, der im September erneut als Kandidat für den Bezirkstag Mittelfranken antritt, mahnte die Verantwortlichen in Berlin, schnellstmöglich eine praktikable Lösung dieses „existenziellen Problems“ vorzulegen und Fehlentscheidungen wie die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage schnellstens rückgängig zu machen. Eine Umsetzung des sog. Konnexitätsprinzips auch im Verhältnis zum Bund sei notwendig. Dabei geht es darum, dass die Kosten einer staatlichen Maßnahme dort getragen werden müssen, wo die Maßnahme beschlossen wird. In Bayern hatte der Landtag erst kürzlich eine entsprechende Verfassungsänderung beschlossen.

Diesen Forderungen schlossen sich auch die Listenkandidatin für den Bayerischen Landtag, Christina Diener, und der Feuchter Bürgermeister Konrad Ruppert an. Dieser kennt als Kreisvorsitzender des Gemeindetags die Nöte seiner Kollegen in den Rathäusern aus erster Hand.

Gebundene Hände

„Die Kommunalpolitiker in der KPV“, so Dünkel abschließend, „können durch ihre Verwurzelung in den Gemeinden viel für das Vertrauen der Menschen in die Politik tun. Wenn allerdings Mißstände in der Bundespolitik auf alle anderen politischen Ebenen durchschlagen, sind auch ihnen die Hände gebunden. Die Fehlentwicklungen müssen dort korrigiert werden, wo sie entstanden sind.“

Mit 211 Mitgliedern ist der Kreisverband Nürnberger Land

inzwischen der mitgliederstärkste Verband der KPV in Mittelfranken, was für den Bezirksvorsitzenden Peter Grimm Grund genug war, Kundörfer und seine Mannschaft in den höchsten Tönen zu loben. Vom „Bernsteinzimmer innerhalb des Bezirksverbandes“ war da die Rede und davon, dass Kundörfer „der mit Abstand fleißigste“ unter den Kreisvorsitzenden sei. Der allerdings gab dieses Lob ganz bescheiden an seine Mannschaft weiter, ohne die er „diese Arbeit niemals hätte leisten können“.

Fleißiger Vorsitzender

14 Veranstaltungen, vom Betriebsbesuch bis zur Großveranstaltung mit Innenminister Beckstein, hatte man in den vergangenen beiden Jahren organisiert, und wenn es nach Kundörfer geht, sollen es künftig noch mehr werden. Für 2003 haben sich jedenfalls bereits der Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, und der KPV-Bundesvorsitzende Peter Götz angekündigt.

Weitere Informationen zur Kommunpolitischen Vereinigung und ihren Aktivitäten finden Interessierte unter www.kpv-nbg-land.de.

Kaltenberger Ritterturnier 2003:

Der Herr der Finsternis

Der Juli ist die Zeit des Mittelalters! An drei verlängerten Wochenenden - jeweils freitags, samstags und sonntags - steht Kaltenberg ganz im Zeichen dieser wilden und frohen, sinnreichen und elendig armen Epoche: Das Kaltenberger Ritterturnier, seines Zeichens die weltweit größte und erfolgreichste Mittelalterveranstaltung, erwartet seine vielen Gäste, die sich vom Markttreiben, von Musik, Tanz, Gaukelspiel, von altem Handwerk und kulinarischen Köstlichkeiten samt süffigem Kaltenberger Bier begeistern lassen wollen.

So nimmt es nicht Wunder, dass auch heuer wieder das Turnier in der Arena im Mittelpunkt steht. Die grandiosen „Cascadeurs Associés“, das Stunttriereteam unter der Leitung von Jackie Venon, werden Ritterspiel und Ritterkampf zeigen, wie es sie nirgends sonst zu sehen und mitzerleben gibt. Venon, lange Zeit gefeierter Turnierstar und legendär als Schwarzer Ritter, ist heute für die Turnierstory und die Turnierregie zuständig, und keine Frage: Er „erzählt“ auch in diesem Jahr eine Geschichte, wie sie sich im tiefsten Mittelalter nicht spannender und dramatischer hätte zutragen können.

Mächte des Bösen

Der Herr der Finsternis heißt die Geschichte des Kaltenberger Ritterturniers 2003. Sie handelt vor allem davon, wie die Mächte des Bösen und dieser obskure Herr der Finsternis das prächtige Ritterspiel bekämpfen und ganz

Kaltenberg in ihre Macht bekommen wollen. Unheil liegt, ganz zweifelsohne, über dem Land, und über dem überschwänglich gefeierten Fest. Selbst für die tapfersten und wagemutigsten Turnierritter ist der Herr der Finsternis ein geradezu unüberwindlicher Gegner. Sollte es möglich sein, dass beim Kaltenberger Ritterturnier, dem mittelalterlichen Kult-Familienfest, erstmals das Böse über das Gute siegt?

6. Juli ist Familientag

Die Antwort darauf kann es nur an Ort und Stelle geben - an den neun Veranstaltungstagen, bei neun atemberaubenden Kaltenberger Ritterturnieren: Vom 4. bis 6. Juli, 11. bis 13. Juli, sowie 18. bis einschließlich 20. Juli 2003. Am 6. Juli, einem Sonntag, ist in Kaltenberg übrigens Familientag. Das bedeutet u.a., dass die Eintrittspreise für Kinder noch einmal deutlich reduziert sind. Weitere Informationen unter www.ritterturnier.de

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Not macht erfinderisch, klar. Aber ob die Not wirklich schon so groß ist?“ Mein Chef, der Bürgermeister, runzelte nachdenklich die Stirn, als er den neuesten Stadtratsantrag von Claudia Elfer las.

Claudia ist ja nicht irgendwer. Wenn von Fanny Bacher etwas auf den Schreibtisch kommt, ist das Ablagekörbchen „Sachen zum Lachen“ gleich bei der Hand. Aber Claudia ist die Hoffnungsträgerin des Bürgermeisters, eine blitzgescheite, talentierte Frau und eigentlich eine ernsthafte Politikerin, der es nicht um Show oder billige Effekte geht. Wenn die ein Thema auf der Pfanne hat, dann ist was dran und sei es nur seismologisch als Stimmungsbarometer.

Worum geht es? Kurz gesagt möchte sie die Stadt in ein großes System des Tauschhandels einbeziehen. Das Grundprinzip gibt es schon lan-



mit Geld „einkaufen“. Könnte man wirklich? Fakt ist, dass sich Otto und Greta Normalverdiener genau diese „kleinen“ Dienstleistungen, die das Leben eigentlich sehr erleichtern oder - siehe das sorglose Ausgehen, weil jemand auf die Kinder aufpasst - mal einen Höhepunkt im Alltag setzen, einfach nicht leisten können. Wenn man jemand sucht, der diese Kleinigkeiten für Geld tut,

ist er in der Regel unzuverlässig, unmotiviert oder schlicht zu teuer. Deshalb war es naheliegend und gleichzeitig genial, das, was früher vielleicht unter dem Sammelbegriff „Nachbarschaftshilfe“ gelaufen wäre, als eine Aktion mit Regeln neu zu erfinden und unter das Motto bürgerschaftlichen Miteinanders zu stellen. Voilà.

Claudia Elfer geht es jetzt darum, die Stadt in diesen Tauschverbund einzubeziehen. Sie soll Bonuspunkte an Eltern vergeben, die im Kindergarten oder in der Schule Wände streichen. Für ehrenamtliche Schulweghelfer soll es Punkte geben statt Handgelder. Und auch das jährliche Ramadama im Stadtwald soll mit Boni belohnt werden. Schwierig, weil sehr schnell die Grenzen des Haushaltsrechts streifend, sind die Dienstleistungen, welche die Stadt für diese Punkte eintauschen kann. Eigentlich sind es nur Sonderaktionen wie freien Eintritt im Museum bei der „langen Museumsnacht“, freie Benutzung des Schwimmbads an bestimmten Tagen oder eine exklusive Stadtführung durch den Bürgermeister.

Mein Chef, der Bürgermeister, will den Antrag noch mal durchdenken. Vielleicht kommt so etwas bei den Leuten ja tatsächlich gut an, wer weiß. „Geiz ist geil“ und sparen will jeder, warum sollte die Stadt da nicht auch mitmachen? Vielleicht hilft das heutige Kalenderblatt dem Bürgermeister beim Denken. Es ist ein Satz des amerikanischen Nobelpreisträgers Linus Pauling: „Wenn der Mensch soviel Vernunft hätte wie Verstand, wäre alles viel einfacher.“

the sabriul

Tauschhandel im Visier

ge: Privatleute schließen sich zu einer Art Dienstleistungsring zusammen. Jeder bietet Fähigkeiten und Dienste an, die andere brauchen können und erhält dafür eine nach Meinung der beiden Partner adäquate Gegenleistung. Also „tauscht“ ein Familienvater einmal samstägliches Rasenmähen bei einer älteren Dame gegen einmal Kinderhüten durch diese, wenn er seine Frau zum Candlelight-Dinner ausführt.

Nachdem die Paare natürlich nicht immer passen, wurde ein Ringtauschsystem mit Bonuspunkten erfunden. So gibt es für Rasenmähen und Babysitting jeweils „X“ Bonuspunkte. Wenn etwa ein Single mäht und eine Oma in der Etagenwohnung sitzt, erhalten sie die Punkte und können diese gegen was anderes tauschen. Also die ältere Dame kann sich einen Begleiter für den Großeinkauf im Supermarkt organisieren und der Single jemanden, der in seiner versifften Bude Frühjahrsputz macht.

Eigentlich ein klarer Fall von Rückfall in die Naturalwirtschaft, denn all diese nachgefragten Dienste könnte man natürlich auch ohne weiteres

Impulse für den Grenzraum

OB Zankl und Landeshauptmann Pühringer vertiefen Zusammenarbeit

Im Rahmen einer Pressekonferenz in Linz stellten Oberösterreichs Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, Landesrat Josef Fill und OB Albert Zankl die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Passau und Oberösterreich vor und präsentierten neue geplante Projekte, um weitere Impulse für den Grenzraum Niederbayern und Oberösterreich zu geben.

Was die erfolgreiche Kooperation über INTERREG anbelangt, wiesen die Politiker darauf hin, dass gerade im Rahmen der Euregios Bayerischer Wald-Böhmerwald und Inn-Salzach eine Reihe von Projekten laufen. Aktuellstes INTERREG-Projekt sei der Aufbau eines Kooperationsnetzwerkes zur Vermarktung grenzüberschreitender Tagesausflüge und Kurzurlaubsprogramme auf der Donau. Auch sei Oberösterreich über ein entsprechendes INTERREG-Projekt in die Gestaltung des neuen Stadtzentrums in Passau eingebunden.

Dreiländermesse

Auch bei der „Dreiländermesse“ mit Kooperationsabkommen zwischen Passau, Linz und Ried werde zusammengearbeitet. Bereits im Vorfeld werde zwischen Passau, Linz, Ried und Budweis eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit gepflegt, um die Messe zu etablieren und dadurch einen Impuls für den Wirtschaftsstandort Passau zu geben.

Zur Förderung der eigenständigen Regionalraumentwicklung begann man unter finanzieller Beteiligung Oberösterreichs im Mai 2000 damit, das Teilraumgutachten Passau/Schärding zu erstellen. Am 2. April 2003 wurde eine Vereinbarung zur Arbeitsgemeinschaft „Stadt- und Umlandbereich Passau“ von mehreren oberösterreichischen

und bayerischen Umlandgemeinden sowie von der Stadt Passau unterzeichnet. Ziel der AG ist es, den Aktionsplan des Teilraumgutachtens in ihren Wirkungsbereich umzusetzen, die grenzüberschreitende Kooperation zu vertiefen sowie kommunale und regionale Planungen verstärkt aufeinander abzustimmen.

Landesaussstellung 2004

Bei der grenzüberschreitenden Landesaussstellung 2004 unter dem Titel „Grenzenlos. Geschichte der Menschen am Inn“ steht neben der naturräumlichen Betrachtung vor allem das sozialhistorische Verhältnis von Bayern und Oberösterreichern zueinander im Mittelpunkt. Sie wird von Ende April 2004 bis 2. November 2004 an folgenden Ausstellungsstellen zu sehen sein: Oberhausmuseum der Stadt Passau, Kloster Asbach (Landkreis Passau), Ensemble Hofgasse in Schärding und in den Historischen Kellergewölb des Stiftes Reichersberg. Vor allem im Bereich der Exponatbereitstellung, der Konzeptentwicklung, der gemeinsamen Vermarktung und des Eintrittskartenverkaufs wird Oberösterreich mit der Stadt Passau, dem Regierungsbezirk Niederbayern und dem Landkreis Passau zusammenarbeiten. Geplant sind grenzüberschreitende Kooperationen im Tourismusbereich.

Der Donautourismus hat sich als wichtiges Standbein etabliert.

Passau und Oberösterreich sind an einer Fortsetzung dieser erfolgreichen Beziehung interessiert und werden den Ausbau des „sanften“ Tourismus (Schiff und Fahrrad) weiter forcieren.

Als besonders erfolgreich gestaltet sich die Kooperation im Bereich Radtourismus entlang der Donau. Der Donauradweg boomt. Der grenzüberschreitende Arbeitskreis Tourismus hat über das Rad fahren hinaus weitere touristische Attraktionen ins Leben gerufen (Wandern auf dem Donau-Höhen-Wanderweg, Forcierung der Inn- und Donauschiffahrt, Autorundreise entlang der „Straße der Kaiser und Könige“). Auch die Donauschiffahrt-Anlagen in Oberösterreich haben sich seit 1999 fast verdreifacht. Vom 22. bis 24. Mai 2003 veranstaltete der Oberösterreich-Tourismus in Passau erstmals eine „Oberösterreich - Road Show“ mit zahlreichen Erlebnisangeboten wie Kletterturm, Schminkstation für Kinder oder Showbühne mit Live-Acts.

Thema Hochwasser

In Zukunft soll es schließlich auf Expertenebene einen Austausch zu den Themenbereichen Hochwasserschutzmanagement und Hochwasserprävention, insbesondere in den Segmenten Hochwasserschutzpläne, Zusammenwirken von Behörden und Einsatzorganisationen vor Ort, Alarmierung, Warnung und Kommunikation und Information geben. Darüber hinaus nahmen Vertreter der Stadt Passau am 3. Oberösterreichischen Zukunftsdialoog zum Thema „Hochwasser“ in Linz teil. DK

4. Umwelttag im Tölzer Land:

Nachhaltig wirtschaften im Landkreis

Mit dem vierten Umwelttag des Landkreises Bad-Tölz/Wolfratshausen am 29. Mai sowie der bayernweiten Aktion „Bayern Tour Natur“ vom 29. Mai bis 1. Juni wurden im Landkreis zwei Großveranstaltungen miteinander verknüpft. Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung der Bayern Tour vor zwei Jahren wurde Bad-Tölz/Wolfratshausen einmal mehr als Startort gewählt. Umweltminister Werner Schnappauf und Ministerpräsident Edmund Stoiber ließen es sich auch heuer nicht nehmen, die Tour zu begleiten - eine Tour, bei der alle Teilnehmer die Natur bewusst und mit allen Sinnen erleben konnten.

Im Landkreis standen dieses Mal die Natur und die Erdgeschichte des Loisach-Kochelseemoores sowie das Thema „Frische Fische aus der Region“ im Mittelpunkt. Die Loisachtal-Forellenzucht stellte dabei in Aquarien und mittels Schautafeln die heimischen Fischarten vor.

Bei Ausflügen mit dem Fahrrad und per pedes wurden überdies die Loisachtalgemeinden

Bad Heilbrunn, Bichl, Benediktbeuern, Kochel am See und Schlehdorf besucht. Das Motto des Umwelttages „Nachhaltig wirtschaften - erneuerbare Energien im Landkreis“ konnte dabei passender nicht sein.

Walchenseekraftwerk

Bei der Erkundungsfahrt durch das Loisachtal bekamen

nämlich alle Interessierten die Gelegenheit, das bekannte Walchenseekraftwerk, eine Photovoltaikanlage beim Einödthof in Brunnenbach, die Energiezentrale des Klosters Benediktbeuern sowie unter anderem auch das Kraftwerk Schönmühl zu besichtigen.

Umweltpreisverleihung

Höhepunkt des Umwelttags war die Umweltpreisverleihung des Landkreises im Zentrum für Umwelt und Kultur im Kloster Benediktbeuern. Laut Landrat Manfred Nagler vergibt der Landkreis seit zehn Jahren im Zwei-Jahres-Rhythmus diesen Preis. Damit sollen besondere Leistungen auf allen denkbaren Gebieten des Umweltschutzes anerkannt werden.

Die mit je 500 Euro dotierte Auszeichnung erhielten folgende Preisträger: Greilings Altbürgermeister Hermann Schinner für „Mehr Greilinger Dächer für die Sonne“, die Vitalhofbäuerinnen Benedikta Lautenbacher (Kochel am See), Regina Mayer (Dietramszell),

Maria Schwaiger (Jachenau), Maria Seybold (Kochel am See), Maria Waldhauser (Königsdorf), Hertha Klostermeier (Münsing-Holzhausen), Maria Singer (Münsing), der Landesbund für Vogelschutz, Kreisgruppe Bad Tölz-Wolfratshausen, das Naturbad Lenggries, und die Gemeinde Dietramszell für „Nachhaltige Energienutzung in gemeindlichen Einrichtungen“.

Die Gemeinde hat Landrat Nagler zufolge in den vergangenen Jahren, beginnend 1999, die der Gemeinde gehörenden Gebäude Hallenbad Ascholding, Kindergarten Linden und Schule Dietramszell sowie das Rathaus selbst durch Erneuerung der Energieversorgung mit Wärme und Strom unter Einsatz regenerativer Energien so umgerüstet, dass nicht nur das Gemeindefiskus entlastet wurde, sondern auch wesentlich zur Entlastung der Umwelt beigetragen wird.

Überzeugende Leistung

In seiner Festrede wies Ministerialdirektor a.D. Prof. Werner Buchner darauf hin, dass der Bad Tölz-Wolfratshausener Umwelttag in überzeugender Weise das nachhaltige Wirtschaften, die Bedeutung der erneuerbaren Energien und die Möglichkeiten des Naturerlebnisses Loisachtal vor Augen geführt habe. Die Preisverleihung gebe Anlass, Rückschau zu hal-

ten auf die Entwicklung des Umweltschutzes in Bayern und im Tölzer Land in den zurückliegenden drei Jahrzehnten.

Danach sei im Landkreis lange vor der Konferenz von Rio festgelegt worden, dass Umweltschutz im Kontext mit der Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und im Zusammenhang mit notwendigen sozialen und ökonomischen Erwägungen gehandhabt werden muss. Dementsprechend sei, so Buchner, die Verantwortung für öffentliche Maßnahmen nicht Sonderbehörden, sondern in wesentlichen Bereichen den Behörden der allgemeinen Inneren Verwaltung, insbesondere den Landratsämtern, übertragen worden, so dass es maßgeblich auf das Wirken gewählter Mandatsträger ankomme.

Formen der Partnerschaft

Nach dem Grundsatz des kooperierenden Umweltschutzes seien vielfältige Formen der Partnerschaft von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Verbänden entwickelt und erfolgreich eingesetzt worden. Alles in Allem sei festzustellen, dass trotz vieler Interessenskonflikte der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ihre Nutzung in Bayern als Gemeinschaftsleistung von Gesellschaft und Staat sorgfältig und erfolgreich ge-

handhabt werden. Im landesweiten Verbund und mit eigenen Initiativen habe das Tölzer Land dazu Vorbildliches geleistet. Dies gelte um so mehr, als es wegen der räumlichen Lage zum Verdichtungsraum München erhebliche Belastungen insbesondere aus der Naherholung zu tragen habe.

Buchner konstatierte, dass die gesetzlich übertragenen Aufgabenstellungen für die Wasser- und Abfallwirtschaft sowie für den Natur- und Landschaftsschutz erfolgreich gemeistert würden. Darüber hinaus zeichne sich das Tölzer Land durch vielfältiges freiwilliges Engagement und landesweit anerkannte Maßnahmen und Einrichtungen der Umwelterziehung und Umweltbildung aus.

Zum 10-jährigen Jubiläum der Umweltpreisverleihung im Landkreis sei festzustellen, dass Gemeinde und Vereine, Verbände und einzelne Bürger in einer Vielzahl von unterschiedlichsten Projekten und auf freiwilliger bzw. ehrenamtlicher Basis erhebliche Beiträge zur umweltgerechten nachhaltigen Entwicklung geleistet haben. Die Vielzahl schlüssiger Vorschläge für die Preisverleihung - 19 an der Zahl - zeige, wie breit dieses Engagement inzwischen angelegt sei. Die heutigen Preisträger stünden deshalb stellvertretend auch für weitere wertvolle Initiativen. **DK**

Vorschau auf GZ 13

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 13, die am 26. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Gewässer • Hochwasser • Grundwasser
- Abfall und Recycling
- Altlastensanierung • Bodenreinigung
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV